

Gemeinsame Texte

23

Im Dienst an einer gerechten Gesellschaft

Dokumentation der Diskussionsphase und Gemeinsame
Feststellung zur Ökumenischen Sozialinitiative

17 | 12 | 2015

Gemeinsame Texte

23

Im Dienst an einer gerechten Gesellschaft

Dokumentation der Diskussionsphase und Gemeinsame
Feststellung zur Ökumenischen Sozialinitiative

www.sozialinitiative-kirchen.de

17 | 12 | 2015

INHALT

Vorwort.....	5
1. Dokumentation des Kongresses zur Ökumenischen Sozialinitiative am 18. Juni 2014 in Berlin	9
2. Auswertung der Diskussionsphase der Ökumenischen Sozialinitiative	
2.1 Auswertung der Beiträge auf der Homepage www.sozialinitiative-kirchen.de <i>Dr. Andreas Mayert</i> Sozialwissenschaftliches Institut der EKD (Hannover)...	106
2.2 Auswertung der Reaktionen in den Printmedien <i>Christoph Krauß</i> Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle (Mönchengladbach).....	171
3. Gemeinsame Feststellung zur Ökumenischen Sozialinitiative	
3.1 Im Dienst an einer gerechten Gesellschaft Gemeinsame Feststellung vom 2. Oktober 2015	190
3.2 Statement des Vorsitzenden des Rates der EKD <i>Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm</i>	198
3.3 Statement des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz <i>Reinhard Kardinal Marx</i>	202

Vorwort

Mit der Gemeinsamen Feststellung, die wir am 2. Oktober 2015 in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt haben, ist die Ökumenische Sozialinitiative zum Abschluss gekommen. Begonnen hat der Prozess der Ökumenischen Sozialinitiative am 28. Februar 2014, als unsere beiden Vorgänger, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch und Dr. h. c. Nikolaus Schneider, den von einem gemeinsamen Expertengremium erarbeiteten Text in Frankfurt am Main veröffentlicht haben. Der Titel des Impulstextes „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ gibt das Leitmotiv der Ökumenischen Sozialinitiative wieder: Es geht um die Verantwortung der Gesellschaft und damit auch um die Mitverantwortung der Kirchen für die soziale, intergenerationelle und ökologische Gerechtigkeit. Gerade vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrisen nach 2008 war es den beiden Kirchen in Deutschland ein besonderes Anliegen, sich auf Impulse für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung zu verständigen und diese in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen.

Der zentrale Bezugspunkt für die Beteiligung sowohl der gesellschaftlichen Gruppen und kirchlichen Verbände als auch Einzelner am Prozess der Ökumenischen Sozialinitiative war das offene Diskussionsforum auf der Homepage www.sozialinitiative-kirchen.de. Mit dieser Mitwirkungsmöglichkeit wurde ein neuer Weg der Beteiligung eröffnet, der auch der technischen Entwicklung seit dem Gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 Rechnung trägt. Die dort eingestellten Kommentare und Stellungnahmen wurden umfangreich ausgewertet; das Ergebnis der Evaluierung wird in dieser Dokumentation der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Darüber hinaus erfolgte eine Auswertung der in

den verschiedenen Medien veröffentlichten Beiträge zur Ökumenischen Sozialinitiative. Auch diese Erarbeitung hat Eingang gefunden in die vorliegende Dokumentation. Verantwortlich für die Erstellung der beiden Evaluierungsberichte waren das Sozialwissenschaftliche Institut (SI) der EKD in Hannover und die Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle (KSZ) in Mönchengladbach.

Der Kongress „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ am 18. Juni 2014 in Berlin war eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg der Ökumenischen Sozialinitiative. Diese Veranstaltung gab Gelegenheit, die verschiedenen Themen und Positionen zur Sozialinitiative zu bündeln und mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses zu diskutieren. Die Aufnahme der Vorträge und Statements der Tagung in diese Dokumentation ist deshalb auch eine Würdigung des ertragreichen Tages in Berlin.

Auch nach dem Abschluss der Ökumenischen Sozialinitiative muss weiter Raum bleiben für Auseinandersetzungen der Kirchen mit den gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Fragestellungen. Diese offene Perspektive ist notwendig, da sich im politischen, ökonomischen und sozialen Bereich fortwährend neue Problemfelder einstellen. So zeigt beispielsweise die aktuelle Flüchtlingsbewegung, wie schnell neue Themen die politische Agenda beherrschen können. Die Kirchen werden diese Veränderungsprozesse auch künftig aus sozialethischer Perspektive begleiten und sich ihrer Verantwortung bei der Bewältigung der gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen der Zukunft stellen.

Abschließend danken wir allen, die zum Gelingen der Ökumenischen Sozialinitiative beigetragen haben. Ein ganz besonderer Dank gilt vor allem den vielen engagierten Einzelpersonen, Gruppen und Verbänden, die sich mit ihren Beiträgen in die

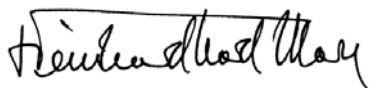
Diskussion der Sozialinitiative über die gerechte Gestaltung unserer Gesellschaft eingebracht haben. Gerne möchten wir sie einladen, sich auch künftig mit uns zusammen für die Verwirklichung einer gerechten Gesellschaft einzusetzen.

Hannover/Bonn, 17. Dezember 2015



Landesbischof
Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Vorsitzender des Rates
der Evangelischen Kirche
in Deutschland



Reinhard Kardinal Marx

Vorsitzender der Deutschen
Bischöflichen Konferenz

I. Dokumentation des Kongresses zur Ökumenischen Sozialinitiative am 18. Juni 2014 in Berlin

Begrüßung und Eröffnung

Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Mitglied des Rates der EKD 12

Zukunftsfähig? Reaktionen auf die Sozialinitiative in der Öffentlichkeit

Prof. Dr. Peter Schallenberg

Theologische Fakultät Paderborn

Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen

Zentralstelle (KSZ) 18

Die Verbindung von Freiheit und Gerechtigkeit

Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio

Bundesverfassungsrichter a. D. 21

Wirtschaft, Arbeit, Bildung – Relevanz der Sozialinitiative

Jörg Hofmann

Zweiter Vorsitzender der IG Metall 32

Hans Peter Wollseifer

Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

(ZDH) 35

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Zeichen der Gerechtigkeit

Andrea Nahles

Bundesministerin für Arbeit und Soziales 39

Wie wirkt die Sozialinitiative in die Kirchen?*Alois Glück*

Präsident des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken (ZdK) 46

Prof. Dr. Traugott Jähnichen

Ruhr-Universität Bochum 50

Maria Loheide

Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland 55

Kommentar zur Halbzeit*Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck*

Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und
soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz 57

Impulse für die Zukunft:**Themen der Sozialinitiative zur Diskussion gestellt****Generationengerechtigkeit***Prof. Dr. Jörg Althammer*

Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt 60

Response*Lisi Maier*

Vorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen
Jugend (BDKJ) 64

Finanzmarktregulierung*Prof. Dr. Hans-Peter Burghof*

Universität Hohenheim 66

Prof. Dr. Bernhard Emunds

Philosophisch-Theologische Hochschule Sankt Georgen 69

Matthias Wittenburg

Mitglied des Vorstandes der HSH Nordbank AG 75

Response

Dr. Brigitte Bertelmann

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der
Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau..... 79

Ökologisch-soziale Marktwirtschaft

Prof. Dr. Hans Diefenbacher

Stellv. Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen
Studiengemeinschaft (FEST)
Beauftragter des Rates der EKD für Umweltfragen..... 84

Dr. Markus Kerber

Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der
Deutschen Industrie (BDI)..... 88

Hildegard Müller

Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes der Energie-
und Wasserwirtschaft
Sprecherin des Sachbereichs Wirtschaft und Soziales
des ZdK..... 92

Response

Regina-Dolores Stieler-Hinz

Bundesvorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer-
Bewegung (KAB) 94

Schlusswort

Reinhard Kardinal Marx

Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz..... 99

Begrüßung und Eröffnung

Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie alle herzlich zu diesem Kongress. Wir wollen heute die zehn Thesen der Ökumenischen Sozialinitiative diskutieren. Wir wollen uns aus den ganz unterschiedlichen Kontexten heraus, aus denen wir hierhergekommen sind, über die Stärken und die Defizite der zehn Thesen austauschen und damit zur Orientierung über die Frage beitragen, wohin unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eigentlich gehen soll.

Sowohl aus der Sicht der Gesellschaft insgesamt als auch aus der Sicht der Kirche sind Zusammenkünfte wie die heutige von zentraler Bedeutung.

Diskurse, wie wir sie heute führen wollen, sind aus der Sicht der Gesellschaft unverzichtbar. Eine Gesellschaft, die nicht mehr nach ihren grundlegenden Orientierungen fragt, wird blind. Faktisch wird sie nicht mehr vom Willen der Menschen geleitet, wie das für das Selbstverständnis einer Demokratie zentral ist, sondern sie wird bestimmt von Mächten, die sich der demokratischen Kontrolle entziehen. Wirtschaftliche Dynamiken gehören heute in einer global vernetzten Welt ganz bestimmt zu den wirkmächtigsten Kräften, die auf unsere Gesellschaft Einfluss nehmen, ohne hinreichend demokratisch kontrolliert zu sein.

Deswegen gehört es zu den größten Herausforderungen unserer Zeit, den Primat der Politik wiederzugewinnen. Und das heißt: auf der Basis eines öffentlichen Diskurses politische Richtungsentscheidungen zu treffen, die mehr sind als pragmatisches Durchmogeln von Wahl zu Wahl – Richtungsentscheidungen, die wirklich Ausdruck einer bewussten Rechenschaft über die Frage sind, wie wir leben wollen. Es tut einer Gesellschaft gut,

wenn solche Richtungsentscheidungen Ausdruck der ethischen Grundorientierungen sind, die unsere Kultur prägen und die für die Selbstachtung unserer Kultur von zentraler Bedeutung sind.

Angesichts der zentralen Bedeutung, die die jüdisch-christliche Tradition für unsere Kultur spielt, braucht unsere Gesellschaft die Kirchen und ihre über so viele Jahrhunderte gewachsene Kompetenz zur Auslegung und Aktualisierung dieser Tradition.

Auch umgekehrt gibt es gute Gründe dafür, dass die Kirche diesen Dienst an der Gesellschaft nicht schuldig bleibt. Es kann keinen Zweifel darüber geben, dass zum Auftrag des Evangeliums auch die Beteiligung am öffentlichen Diskurs zu politischen Fragen gehört. Wie anders könnte die Kirche das Doppelgebot der Liebe ernst nehmen? Gott lieben und den Nächsten lieben – das gehört nach der Aussage Jesu untrennbar zusammen. Und wer sich von der Not des Nächsten anrühren lässt, kann gar nicht anders als alles zu tun, damit diese Not überwunden wird. Dass dabei auch politische Fragen eine Rolle spielen müssen, liegt auf der Hand. Dass die biblischen Propheten mit so leidenschaftlichen Worten einen Kult kritisiert haben, der die Gerechtigkeit zur Nebensache erklärt, ist eine klare Konsequenz dieser Einsicht. Öffentliche Theologie ist der Versuch, in öffentlich diskutierten Fragen von ethischer Relevanz aus der Sicht der christlichen Tradition Orientierung zu geben. Sie gehört zum „Kerngeschäft“ der Kirche. Es kann daher keine Frage sein, ob die Kirche zu politischen Fragen Stellung bezieht, sondern nur, wie sie es tut.

Diese Überzeugung leitet uns als Kirchen, wenn wir uns wie in den 10 Thesen der Ökumenischen Sozialinitiative öffentlich zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland äußern. Dass diese Thesen so viel Interesse gefunden haben, ist nicht zuallererst wichtig, weil sich hier eine gesellschaftliche Großorganisation ihrer eigenen gesellschaftlichen Relevanz zu versichern hät-

te. Es ist vielmehr wichtig, weil es zeigt, dass diese Gesellschaft über die Grundlagen, von denen her sie lebt, nachzudenken bereit ist – und das ist ein Zeichen der Reife.

Dass es Nachdenkbedarf gibt, liegt nun allerdings auch auf der Hand. Und dass die aktuelle Politik weit davon entfernt ist, auf die damit verbundenen Herausforderungen eine hinreichende Antwort zu geben, ist für mich auch klar.

Ich nenne nur drei Fragen:

1. Wie kann die zunehmende Ungleichheit in der Gesellschaft, auf die die Thesen der Sozialinitiative an mehreren Stellen hinweisen, überwunden werden? Wenn auf der einen Seite in den nächsten Jahren unvorstellbarer Reichtum von einer Generation an die nächste weitervererbt wird und auf der anderen Seite Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen schon jetzt ihre Altersarmut vor Augen haben, dann ist klar: Generationengerechtigkeit hat immer auch etwas mit Verteilungsgerechtigkeit zu tun.
2. Wie kann unsere Wirtschaft ökologisch so grundlegend transformiert werden, dass auch Menschen in anderen Teilen der Welt und zukünftige Generationen einen fairen Anteil an den Ressourcen dieser Erde bekommen? „Umweltschutz auf der einen und Armutsbekämpfung sowie soziale Gerechtigkeit auf der anderen Seite bilden die Leitplanken für eine nachhaltige Wirtschaft. Deutschland und Europa müssen beim Aufbau einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft auf nationaler, europäischer und globaler Ebene eine Vorreiterrolle übernehmen.“ – So heißt es in den 10 Thesen der Sozialinitiative. Wie weit wir davon entfernt sind, zeigt ein bloßer Blick auf die internationale Verteilung der CO₂-Emissionen: Der für die Erde gerade noch verträgliche CO₂-Ausstoß pro Kopf pro Jahr beträgt 2 t. Tansania hat einen

Pro-Kopf-Ausstoß von 0,2 t. In Deutschland sind es über 10 t, gegenwärtig fatalerweise wieder mit steigender Tendenz. Schon jetzt bekommen Menschen in anderen Teilen der Welt die desaströsen Folgen des Klimawandels zu spüren, ohne selbst irgendetwas zu seiner Verursachung beigetragen zu haben. Sie zahlen den Preis für unseren Lebensstil. Und wenn jetzt keine grundlegenden Veränderungen passieren, zahlen auch hierzulande die zukünftigen Generationen für unseren heutigen Lebensstil.

Es widerspricht den Maßstäben ethischer Verantwortung, wenn die Energiewende in unserem Land heute mit Kostenargumenten gebremst wird. Die Kosten werden dadurch nicht vermindert, sondern sie werden verlagert. Wer heute dadurch einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen will, dass er die ökologischen Kosten in die Budgets zukünftiger Generationen hinein vertagt, verstößt gegen grundlegende Anforderungen der Generationengerechtigkeit. Hier muss die Politik überzeugendere Antworten geben.

3. Wie kann das Weltwirtschaftssystem und insbesondere seine Finanzarchitektur so gestaltet werden, dass es nicht mehr Spielwiese für Profitmaximierung ohne Wertschöpfung sein kann, sondern wirklich den Menschen dient, allen voran den Schwächsten? „In nicht wenigen Teilen unserer Welt“ – sagen die Thesen der Sozialinitiative – „ist es immer noch so, dass wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Fortschritt in bedrückender Weise auseinanderklaffen.“ In einer Welt, so füge ich hinzu, in der noch immer jeden Tag 25.000 Menschen sterben, weil die vorhandenen Ressourcen nicht richtig verteilt sind, muss die Armutsorientierung des Wirtschafts- und Finanzsystems zum zentralen Kriterium der Beurteilung seiner Effizienz werden. Von dieser Job-Beschreibung sind jedenfalls aus der Sicht christlicher Ethik keinerlei Abstriche zu machen!

Die Herausforderungen, die ich hier nur anhand von drei Fragen benannt habe, müssen noch viel intensiver diskutiert werden als das bisher der Fall ist. Und ich bin überzeugt davon, dass in den Thesen der Ökumenischen Sozialinitiative eine gute Grundlage dafür steckt. Manche waren enttäuscht, weil das Wort nicht die aufrüttelnde prophetische Qualität hat, die von ihnen vielleicht erhofft worden war. Aber man sollte das Potenzial für grundlegende Neubestimmungen des politischen Diskurses, das in ihnen steckt, nicht unterschätzen. Dieses Potenzial zu nutzen, ist für mich eine wesentliche Zielbestimmung für die Diskussion um das Papier, die ja nun begonnen hat und immer mehr Fahrt aufnimmt und die hoffentlich durch diesen Kongress noch einmal einen besonderen Schub bekommt. Wir werden die Ergebnisse dieser Diskussion noch einmal ausdrücklich ökumenisch aufzunehmen haben, indem wir Rechenschaft darüber ablegen, wo die Diskussion unsere Wahrnehmung geschärft hat.

Zwei Stärken können wir in diesen Diskussionen als Kirche in der Zivilgesellschaft fruchtbar machen:

Wir sind erstens weltweit vernetzt und wollen die Perspektive unserer Schwestern und Brüder aus den lokalen Kontexten in anderen Teilen der Welt in unsere Diskussionen hier einbringen. Wenn wir deutsche oder europäische Debatten führen, tun wir das immer in universalem Horizont. Wir haben als weltweite Kirche immer auch die weltweiten Auswirkungen unseres Handelns hier in Deutschland im Blick.

Wir haben zweitens als Kirchen in unseren Reihen eine Fülle von Kompetenzen unterschiedlicher Akteure. Dass Glieder unserer Kirche an ganz unterschiedlichen Stellen Verantwortung in der Gesellschaft tragen, ist eine große Ressource. Es ist die besondere Chance einer nach wie vor volkkirchlichen Situation, dass so viele Menschen, die Verantwortung tragen, bereit sind, sich auf christliche Grundorientierungen einzulassen und

sie in den Diskurs einzubeziehen. Das ermöglicht, ethische Grundorientierungen wie die biblische Option für die Armen und ein Höchstmaß an Sachkompetenz sinnvoll aufeinander zu beziehen und miteinander ins Gespräch zu bringen. Und es ermöglicht die „Zweisprachigkeit“, die wir als öffentliche Kirche in der Zivilgesellschaft brauchen. Denn wir sprechen sowohl die Sprache unserer christlichen Tradition mit ihrer biblischen Überlieferung als auch die Sprache des säkularen Diskurses, in der wir deutlich machen können, warum der Sachgehalt unserer ethischen Grundorientierungen für alle Menschen guten Willens plausibel zu machen und deswegen auch für öffentliche Diskussionen als fruchtbar zu erweisen ist.

Alles hat seine Zeit. Prophetisches Reden hat seine Zeit und pastorale Begleitung hat seine Zeit. Moralische Dramatisierung hat seine Zeit und diskursive Auseinandersetzung hat seine Zeit. Erschrecken hat seine Zeit und Zuversichtlich-Sein hat seine Zeit. Kritisieren von falschen politischen Entscheidungen hat seine Zeit und Unterstützen von richtigen politischen Entscheidungen hat seine Zeit.

Am heutigen Tag wird vielleicht für etwas von alledem Zeit sein. Ich danke Ihnen, auch im Namen von Kardinal Marx, dass Sie den Weg hierher gefunden haben. Ich danke Ihnen, dass Sie sich an den heutigen Diskussionen beteiligen wollen. Ich danke Ihnen, dass Sie mit uns zusammen „Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ übernehmen wollen.

Ich wünsche unserer Versammlung einen guten Verlauf und in allem Gottes Segen.

Zukunftsfähig? Reaktionen auf die Sozialinitiative in der Öffentlichkeit

Prof. Dr. Peter Schallenberg

Wenn man die öffentlichen Reaktionen im Internet und in den Printmedien analysiert, ist zunächst hervorzuheben, dass einhellig positiv wahrgenommen wurde, dass die beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland sich gemeinsam zu sozio-ökonomischen Fragen äußern. Entsprechend zahlreich waren auch die Reaktionen und Rückmeldungen zur Sozialinitiative, die allerdings oft auch Kritik am veröffentlichten Text äußerten. Viele Kommentatoren, darunter sowohl katholische wie auch evangelische Sozialverbände, loben allerdings einhellig das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und unterstützen auch explizit die Feststellung des Textes der Sozialinitiative, dass diese Soziale Marktwirtschaft weiterentwickelt werden müsse zu einer ökologischen Sozialen Marktwirtschaft mit einem starken Staat, der die Rahmenordnung vorgibt. Prof. Dr. Georg Cremer, Generalsekretär der Caritas, etwa unterstreicht, dass die Wirtschaftsordnung kein Selbstzweck sei, sondern die dem Menschen zugewandte Seite der rechtsstaatlichen Ordnung, der rechtsstaatlichen Demokratie, die Inklusion möglich macht. Einige Kommentatoren betonen, dass diese Stärkung des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft mit einem starken Staat keineswegs so selbstverständlich sei, wie man meinen könne. Deshalb wird dieses Bekenntnis der großen Kirchen sehr positiv gewürdigt.

Trotz der breiten Zustimmung zur Betonung der Sozialen Marktwirtschaft wird vereinzelt bemängelt, dass verschiedene Aspekte fehlten: So vermisst Dieter Wetzel, der 1. Vorsitzende der IG Metall, den bereits in anderen kirchlichen Verlautbarungen (etwa in der Enzyklika *Laborem exercens* von 1981) stehenden Satz, dass Arbeit stets Vorrang vor dem Kapital haben müsse.

Alois Glück, der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, vermisst die Ausbuchstabierung des Subsidiaritätsprinzips.

Neben dieser eher an einzelnen Punkten ansetzenden Kritik Einzelner wird von mehreren Kommentatoren, institutionell und individuell, grundsätzliche Kritik geübt, die sich im Wesentlichen in vier Punkten zusammenfassen lässt:

Zum einen wird kritisiert, dass der Text zu ausgewogen sei. Damit stehe man zwar in der Mitte der Gesellschaft, positioniere sich jedoch (aus Sicht mancher Kommentatoren) nahezu langweilig. Eine mehrfach erwähnte Beschreibung lautete, die Sozialinitiative sei das „Begleitschreiben der Großen Koalition“ (u. a. Kirchenbote – Wochenzeitung für das Bistum Osnabrück vom 9. März 2014 und Joachim Frank in der Berliner Zeitung am 1. März 2014, auch Volker Resing, KNA, 28. Februar 2014 und Claudia Keller am 3. März im Tagesspiegel, Reinhard Binger in der FAZ vom 1. März 2014.). Dieser Kritikpunkt kann dadurch verdeutlicht werden, dass sowohl die Arbeitgeberverbände als auch die Gewerkschaften einzelne Punkte ausmachen, in denen sie ihre Haltung reflektiert finden. Die Arbeitgeberverbände begrüßen das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, die Gewerkschaften die Absage an die „Ideologie der Deregulierung“ (S. 25 der Sozialinitiative). Allerdings liegt dies in der Natur der Sache, denn es war ein Anliegen der Sozialinitiative, Gemeinsamkeiten herauszustellen und nochmal zu verdeutlichen, was Soziale Marktwirtschaft, die eben einen breiten Rückhalt in der Gesellschaft hat, im Kern bedeutet.

Ein zweiter Schwerpunkt der Kritik betont, dass der Text der Sozialinitiative auf einer sehr abstrakten Ebene verbleibe und konkrete Fragestellungen ausblende. Bei diesen aber beginne die Kontroverse, die in dem sehr allgemein gehaltenen Papier vermisst werde. Der Blick auf die konkreten Problemlagen an

den Rändern der Gesellschaft fehle. Dies genau war jedoch in der Sozialinitiative beabsichtigt, um die Konkretionen und die darin notwendigen Diskussionen nun in Gang zu setzen, wie es auf dem Kongress im Juni 2014 auch geschehen ist.

In einem dritten Kritikpunkt wird herausgestellt, dass die Sozialinitiative zwar eine sehr gute Analyse der Situation liefere, jedoch keine aus der Analyse abzuleitenden sozialetischen Forderungen erhebe. Einige Kommentatoren vermissten etwa eine konkretere Nennung der Option für die Armen, aus der sozialetische Forderungen zu entwickeln seien. Auch hier ist darauf zu verweisen, dass ja mit dem Text der Sozialinitiative eine Diskussion angestoßen werden sollte, nachdem der Text selbst die gemeinsame Einschätzung der gegenwärtigen Situation dargestellt hatte.

Als letzter inhaltlicher Kritikpunkt wurde von verschiedenen Kommentatoren das Fehlen einzelner Themen bedauert, etwa Migration und Familie. Mehrfach wird angemerkt in Reaktionen auf die Ökumenische Sozialinitiative, dass es den Kirchen gut angestanden hätte, die Rolle von Ehe und Familie, besonders von Familie, nicht nur und nicht in erster Linie als ökonomische Ressource herauszustellen, sondern als Grundlage der Gesellschaft, und dass gerade dies zu einem Sozialwort gehört, das sich nicht einfach nur als ordnungspolitisches Wirtschaftswort versteht. Aber auch andere Themen, wie die Demokratisierung der EU und der Aufbau eines europäischen Sozialstaates oder konkretere Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, werden im Papier vermisst.

Schließlich wurde noch eine eher formale Kritik am Prozess erhoben: Von mehreren Seiten wurde die mangelnde Einbindung, besonders auch der Verbände, in den Entstehungsprozess des Papiers beklagt. Zum einen wird ein Konsultationsprozess, wie er vor dem Gemeinsamen Wort 1997 erfolgte, vermisst; zum

andern wird kritisiert, dass die Zeit für differenzierte Stellungnahmen zu kurz gewesen sei. Ebenso wurde u. a. von mehreren Sozialethikern erklärt, dass eine alleinige Dokumentation der Ergebnisse möglicherweise nicht ausreiche, sondern vielmehr eine neue Veröffentlichung hilfreicher sein könnte als eine bloße Dokumentation, und dass Diskussions- und Handlungsprozesse jetzt neu beginnen und in einer konkreteren Weise fortgesetzt werden müssten.

Wenn man eine erste Bilanz ziehen will, kann man konstatieren, dass die Sozialinitiative deutlich wahrgenommen wurde und viele Reaktionen hervorgerufen hat. Die gemeinsame Stellungnahme der Kirchen wurde positiv aufgenommen. Insgesamt wurde das Papier als inhaltlich richtig, aber etwas unkonkret und abstrakt wahrgenommen. Es soll den Beginn einer Debatte und nicht deren Abschluss darstellen. Um dies zu verdeutlichen, wurde auf dem Kongress in Berlin beschlossen, die Debatte bis zum 28. Februar 2015 fortzuführen und sich dann erneut zu Wort zu melden.

Die Verbindung von Freiheit und Gerechtigkeit

Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio

Gerechtigkeit ist die große Leitidee für das Recht, wird aber von Juristen nicht gerne unmittelbar thematisiert. Denn Recht ist das geschriebene Recht, das von Parlamenten erlassene Gesetz, und wird nicht nach moralischem Gutdünken ermittelt. Für den großen deutschen Soziologen Niklas Luhmann geht es dann gerecht zu, wenn Richter gleiche Fälle gleich entscheiden. So wichtig eine solche Konsistenzforderung für das Recht ist, so dürfte doch hinreichend deutlich sein, dass man allein mit der Gleichheitsregel keinen gesellschaftlichen Gerechtigkeitsdiskurs bestreiten kann. Die Ökumenische Sozialinitiative betritt die

Bühne des gesellschaftlichen Gerechtigkeitsdiskurses, wenn sie davon spricht, mit Freiheit verantwortlich umzugehen. Dabei wird aber bereits deutlich, dass Gerechtigkeitsfragen immer im weit aufgespannten normativen Kontext einer Gesellschaft stehen. Und dieser normative Kontext hat in allen Gesellschaften der westlichen Neuzeit einen Ausgangspunkt, der in der gleich bemessenen Würde der Menschen liegt und in ihrem fundamentalen Recht, sich selbst zu bestimmen und als Persönlichkeit frei zu entfalten. Die persönliche Freiheit ist Ausgangspunkt und Problem, weil erklärt werden muss, wie die Freiheit der Vielen mit der Ordnung der Gemeinschaften in Einklang zu bringen ist. Für den modernen Liberalismus John Stuart Mills' oder Adam Smith', von Immanuel Kant bis John Rawls gründet die gerechte Gesellschaft in dem Versprechen gleich bemessener Freiheit eines jeden Menschen in einem Regelsystem, das dazu dient diese Freiheit zu ermöglichen und zu entfalten. Wenn sich jeder innerhalb einer zivilisierten Friedensordnung frei entfalten kann und dabei den anderen in seiner gleichen Würde und in seinem Freiheitsanspruch achtet, dann entfaltet sich eine gerechte Gesellschaft als Ergebnis und in der Verantwortung urteilsfähiger Subjekte.

Es liegt auf der Hand, dass eine soziale Ordnung, die von der freien Entfaltung der Persönlichkeit ihren Ausgang nimmt, im Ergebnis nicht materielle Gleichheit für alle produzieren oder garantieren kann, weil das die Chancen und Risiken persönlicher Freiheit dementieren und strangulieren würde. Deshalb wird an das liberale Freiheitsmodell, wie es sich seit dem Zeitalter der Aufklärung durchgesetzt hat, eine große Frage gestellt: Was geschieht, wenn die Ergebnisse der Freiheit der unüberschaubar vielen Einzelnen zu einer spontanen Ordnung führt, die die Grundlagen der Freiheit untergräbt und die den Stand der Gesellschaft gefährdet. Dabei wird vor allem auf die asymmetrische Verteilung materieller Güter geachtet, die wie ein

stahlhartes Gehäuse die künftige Entfaltung der Freiheit behindere und als gesellschaftliche Macht, als eine entfremdete zweite Natur empfunden werden kann. Was wäre, so die bange Frage, wenn soziale Ungleichheit in diesem zunächst nur materiell verstandenen Sinne immer weiter zunehmen und nicht abnehmen würde?

Die junge Bundesrepublik nach 1949 hat viel verdrängt, aber auch eine neue Durchlässigkeit gelebt, sie wurde amerikanisiert, modernisiert, verlor schon durch die Aufnahme Vertriebener und den unbedingten Willen zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg, durch die moralische Diskreditierung der alten Eliten, ihre bis 1933 spezifische Schichtung. So konnte der Soziologe Helmut Schelsky bereits Anfang der Fünfzigerjahre im Blick auf die neue bundesrepublikanische Gesellschaft davon sprechen, dass wir es erstmals mit einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft zu tun hätten, wobei das „Nivelliert“ nicht kritisch gemeint war. Es war der Hinweis darauf, dass Klassenschranken ebenso verschwinden wie Adel, Privilegien und Bildungsabschottung. Die Soziale Marktwirtschaft war eine durchlässige Leistungsgesellschaft, die dynamisch, fordernd und aufgabenorientiert war. Es ging nicht um ängstliche Bewahrung gesellschaftlicher Positionen, nicht um die Vorrechte von Gruppen und Stellungen, sondern um den Wiederaufbau, die Integration der Vertriebenen und die Stabilisierung der Nachkriegsdemokratie. Manches deutet heute darauf hin, dass aus der nivellierten Mittelstandsgesellschaft unter den Bedingungen der Sozialen Marktwirtschaft inzwischen auf der Folie der Globalisierung eine neue „Dreidrittelgesellschaft“ geworden ist. Damit ist gemeint, dass es zu einer stärkeren Ausdifferenzierung zwischen einer arbeitenden Mitte, zahlenmäßig immer noch deutlich die größte Gruppe, der neuen Unterschicht der Modernisierungsverlierer und der neuen Oberschicht internationalisierter Eliten kommt. Eine solche Beschreibung wird beunruhigend, wenn da-

hinter das Phänomen der Fragmentierung steht. Unter Fragmentierung verstehen wir die alltagskulturelle Abschließung einer Gruppe, die andere nicht mehr angemessen wahrnimmt, sich ihre Welt selbst gestaltet und gegenüber fremden Perspektiven immunisiert. Ein solcher Vorgang ist in einer pluralen Gesellschaft ein ganzes Stück weit legitim, kann aber die Offenheit, die Durchlässigkeit und schließlich die Akzeptanz einer Gesellschaft gefährden. Selbstverständlich sind beispielsweise in einer freien Gesellschaft Privatschulen neben öffentlichen Schulen möglich, das Grundgesetz enthält eine entsprechende Garantie. Wenn aber mehr oder weniger systematisch und nicht nur im Schulverlauf vorübergehend die Kinder der Oberschicht auf internationale Eliteschulen gegeben werden, löst sich ein bis dahin funktionierender Konsens auf. Er löst sich ebenso auf, wenn es uns gleichgültig wird, dass am anderen Ende gesellschaftlicher Positionen, Kinder gar nicht mehr zur Schule geschickt werden, Eltern gleichgültig oder gar feindlich ihren schulischen Erfolgen gegenüberstehen und eine Sozialisierung des Müßiggangs fördern.

Solch verschiedene Wege der Sozialisierung sind alles andere als ein Randphänomen. In einer prinzipiell offenen Gesellschaft, die auf das Prinzip personaler Freiheit setzt, hängt fast alles von der inneren Disposition, Motivation und Kompetenz der Menschen ab. Frauen und Männer können die Welt nach ihrem Bilde gestalten und sie sich aneignen. Die moderne Welt ist plastisch und reich an Möglichkeiten, man kann sie für sich und andere nutzen und verändern. Fehlt es aber an Erziehung, Motivation, Wertebindung, fehlt es an Bildung und Fertigkeiten, so steht der freigelassene Mensch ohnmächtig vor der kalten und anonymen Fassade sozialer Artefakte, die ihm wie eine zweite unbeherrschbare Natur vorkommt. Es kommt darauf an, dass die Menschen ihre Existenzgrundlage durch eigene Arbeit erwirtschaften und damit in die Mitte der Gesellschaft rücken,

ohne ihr Selbstbild und ihre soziale Umwelt rein ökonomisch zu verzerren. Es geht also bei wirtschaftlichen Fragen nicht nur um Leitzinsen, Konjunkturförderungen oder Industriepolitik. Es geht zuallererst um die Frage: Welchem Leitbild folgen die Menschen, wenn sie in den ausdifferenzierten Handlungssystemen der Gesellschaft, in Ingenieurbüros, in Kommunikationsabteilungen, bei Banken, Handwerksbetrieben oder in der Gastronomie, Leistungen erbringen und Mehrwert schaffen? Die neuzeitliche Gesellschaft nimmt ihren Ausgangspunkt im Prinzip personaler Freiheit und entscheidet sich damit für ein höchst voraussetzungsreiches, man kann sagen riskantes Organisationsprinzip. Die Vorstellung, dass jedem Menschen Würde zukomme und er aus sich heraus schöpfergleich sich selbst entwerfe, ist die Leitmelodie seit dem Renaissancehumanismus und hat tiefe geistesgeschichtliche und religiöse Wurzeln. Die antike Philosophie ist eine große Quelle ebenso wie die abrahamitische Vorstellung einer unmittelbaren Beziehung zu Gott, die jeder Einzelne hat, weil er gottesebenbildlich geschaffen worden ist. Diese Zentralität der Würde des Menschen und seine Freiheit zur persönlichen Entfaltung sind vom Grundgesetz in den ersten beiden Artikeln an den Anfang gestellt worden ebenso wie die damit verbundene Vorstellung der Gleichheit der Menschen unter dem Gesetz, die Art. 3 GG zum Thema macht.

Damit steht zugleich auch fest, wo der Fixpunkt für Gerechtigkeitsfragen liegt. Der normative Maßstab für Gerechtigkeitsfragen ist der einzelne Mensch in seiner Würde und in dem Recht zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit. Jede gesellschaftliche Entwicklung, die Gruppen von Menschen oder Einzelne zu einer instrumentellen Verfügungsmasse werden lässt, ist ungerecht, weil sie der individuellen Entfaltungsordnung widerstreitet. Dafür stehen nicht nur die zivilisatorischen Entgleisungen des 20. Jahrhunderts: das Opfern von unzähligen Soldaten in den Massenschlachten des Ersten Weltkriegs, sozialdar-

winistische, rassistische oder klassenkämpferische Hetze, Konzentrationslager und Gulags, ethnische Säuberungen und das „Ausradieren“ von Städten. Auch heute unter den Bedingungen einer offenen und demokratischen Gesellschaft sind wir nicht immer davor gefeit, den Menschen in einer sozialtechnisch verengten Perspektive als Konsument, als Nutzer, als Vermittlungs- oder Versorgungsobjekt, als Risikoverursacher wahrzunehmen.

In den Institutionen des Rechtsstaats und einer rechtlich begründeten Zivilgesellschaft schlummert ein wesentliches Gerechtigkeitsversprechen. Denn persönliche Freiheit ist immer auch auf den Anderen bezogen, muss den Anderen als gleichrangiges Entfaltungssubjekt in die eigenen Pläne einbeziehen, wenn nicht die Voraussetzungen des eigenen Freiseins demontiert werden sollen. Dem entspricht die Ordnung des Zivilrechts, wenn gleichberechtigte Rechtssubjekte einander gegenübertreten, sich koordinieren und mit übereinstimmenden Willenserklärungen einen Vertrag schließen. Den Anderen dabei als Rechtssubjekt und damit letztlich in seiner Würde ernst zu nehmen heißt nicht, dass man nicht strategische Ziele verfolgen und seinen Eigennutz mehren kann. Davon geht eine nüchterne Gesellschaft, die die menschliche Natur ernst nimmt und nicht verformen will, immer aus. Die Erwartung des freiheitlichen Staates ist aber, dass derart strategisches Kalkül in wirtschaftlichen Beziehungen nicht nur das Recht achtet, sondern in einer Ethik der Freiheit auch jeden Vertragspartner ernst nimmt. Ein Wohnungseinbruch ist eine Verletzung des Rechts, der Privatsphäre und der Eigentumsordnung, er ist aber zugleich – und das weist die Kriminalstatistik und der Versicherungsfall eben nicht aus – eine Verletzung der Würde des Opfers. Ebenso ist die Schließung eines Unternehmens, die Entlassung von Arbeitskräften nicht nur eine Frage gut bemessener Abfindungen und Übergangsgelder, sondern auch eine Frage der Selbstachtung eines jeden Einzelnen, der davon betroffen ist. Umgekehrt wird den Arbeitneh-

mern und ihren gewerkschaftlichen Vertretern ein ganzes Stück Verständnis für die Logik des Marktes und die Unternehmensrentabilität abverlangt. Das Geheimnis der Sozialen Marktwirtschaft lag darin, dass die mitunter gegenläufigen Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf der Folie einer prinzipiellen Achtung und Verständigungsbereitschaft in einem geordneten Rechtsraum der Tarifautonomie ausgetragen wurden.

Als die Globalisierung seit etwa 1990 erheblich an Fahrt gewonnen hat und seit die Weltfinanzkrise die westliche Welt in ihren Zentren erschütterte, mehrt sich die Kritik an einer Marktwirtschaft, die weniger ihre eigentlichen Potenziale entfaltet und ihre soziale Verantwortung betont, sondern ihre Zukunft in der Eleganz finanzwirtschaftlichen Finassierens sieht oder, besser gesagt, gesehen hat. Die Öffnung von Grenzen, die Entwicklung von Marktwirtschaft und offenem Welthandel fördern Freiheit und Wohlstand, sie erhöhen aber zugleich die Notwendigkeit von Anpassungen und Anstrengungen. Die offene Welt macht nicht nur vieles leichter, sondern auch vieles komplizierter und voraussetzungsreicher. Wer ohne ausreichend scharfen Blick auf die weltgesellschaftlichen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wettbewerbs einfach nur den Kapitalismus als Wirtschaftssystem anklagt, macht es sich zu einfach. Der Wirtschaftsliberale, der das Staatsversagen beklagt, macht es sich womöglich ebenfalls zu einfach. Es gilt heute zu erkennen, dass ein Netzwerk von demokratischen Entscheidungsprozessen und wirtschaftlichem Renditekalkül entstanden ist, wobei Standortinteressen, der Versuch Wirtschaftswachstum um beinahe jeden Preis rasch zu erzeugen ebenso wie die Ausnutzung politischer Vorteile für die Unternehmensrentabilität oder für finanzwirtschaftliche Geschäftsmodelle ineinandergreifen. Heute sind die modernen Demokratien, die über rund 50 Prozent der Wirtschaftsleistung politisch mitverfügen, keineswegs nur Zuschauer auf den Tribünen einer entfesselten Marktwirtschaft. Jede gro-

ße Deregulierung, jede Öffnung des Welthandels, über jede nennenswerte Indienstellung wirtschaftlicher Prozesse ist politisch entschieden worden ebenso wie über die öffentliche Verschuldung, die Konjunkturpolitik, das Steuerrecht oder das Haftungssystem.

Die moderne Gesellschaft hat es wunderbar verstanden, durch Spezialisierung ihre Leistungen zu erhöhen. Wir haben wissenschaftliche Forschung und marktwirtschaftliche Dispositionen systematisch als Freiräume organisiert und profitieren alle von dieser institutionellen Freiheit. Aber die politische Kultur des Westens neigt dazu, die Leistungen aller ausdifferenzierten Funktionssysteme unausgesetzt zu fordern und manchmal eben auch zu überfordern. Schon die Bürger verlangen von ihren gewählten Politikern Leistungen, die sich manchmal auch auf Felder erstrecken, die mit freiheitsgerechten, rechtstaatlichen, wirtschaftlich vernünftigen und demokratisch wieder rückholbaren Mechanismen gar nicht zu erreichen sind; etwa wenn Politikern das Versprechen abgenommen wird, innerhalb von wenigen Jahren die Arbeitslosigkeit zu halbieren oder das Wirtschaftswachstum signifikant zu erhöhen. Und ebenso ist das Versprechen, die Wirtschaft sozial gerecht zu machen, nicht einfach per Knopfdruck und Gesetzesbefehl zu erreichen, sondern verlangt langfristige und nachhaltige Konzepte.

Das, was die Sozialinitiative fordert, können sich die meisten Politiker mit gutem Gewissen zu eigen machen. Niemand wird bestreiten, dass wir eine Neugestaltung, eine Rekonstruktion ordnungspolitischer Systeme im Bereich der Wirtschaft brauchen. Ebenso notwendig ist eine Rekonstruktion des ordnungsgemäßen Umgangs des Staates mit seinen Finanzen. Wir haben diese Rekonstruktion auf den Weg gebracht, wir haben in Europa einen Fiskalpakt, eine Härtung der Stabilitätskriterien vereinbart, wir haben eine Bankenunion auf den Weg gebracht, wir regulieren Banken mit höherer Eigenkapitalvorsorge inzwi-

schen etwas strenger. Es ist auch nicht die genuine Aufgabe der Kirchen, hier die beste Rezeptur zu liefern. Was die Verbesserung der Ordnungsrahmen angeht, ist das ethische Urteil auf solides Wissen angewiesen. Wenn allerdings zu erkennen ist, dass kulturelle Dispositionen und Einstellungen einen Ursachenanteil an krisenhaften Entwicklungen haben, sollten wir uns auch zur Selbstkritik ermuntert fühlen.

Moralisches Urteilen ist manchmal deshalb wohlfeil, weil es die Komplexität aufs Schönste reduziert. Wenn man sagen kann, der Kapitalismus ist böse, wird die Welt plötzlich sehr einfach. Und wenn jemand sagt, die Demokratie versage, wird die Welt auch sehr einfach. Aber wie erklären wir eine voraussetzungsreiche Gesellschaft und ordnen sie so sinnvoll, dass sie einerseits funktioniert, aber andererseits die freie Entfaltung möglichst aller Menschen erlaubt und die Würde nicht nur möglichst vieler, sondern definitiv aller Menschen achtet. Das ist unsere Aufgabe, wenn es um Gerechtigkeit geht. Dieses Ziel rückt näher, wenn wir uns auch bei der Lösung ökonomischer Probleme nicht nur ökonomisch verstehen, wenn wir also darüber nachdenken: Was braucht der Mensch eigentlich, um sich frei zu entfalten? Es bedarf gewiss vernünftiger Interaktionssysteme, er braucht Privatautonomie, er braucht eine Wirtschaft, die den Menschen ernst nimmt. Das haben wir in unserem Sozialstaat eigentlich in einer vorbildlichen Weise vorgeführt. Mit kollektivem und individuellem Arbeitsrecht, mit Arbeitnehmermitbestimmungen, einer effektiven Arbeitsgerichtsbarkeit haben wir Strukturen in die Wirtschaft eingezogen, die den Einzelnen freie Entfaltung lässt und jedenfalls Achtung erweist.

Was unsere Gesellschaft jedoch gerne vernachlässigt, sind die nachhaltigen Grundlagen einer freiheitlichen Kultur. Es gibt nicht nur Grenzen der Ökologie, so dass es eine wichtige Erkenntnis der zivilisierten Intelligenz ist, mit Natur auch bei steigendem Wirtschaftswachstum so umzugehen, dass sie nach-

wächst, dass sie nicht zerstört wird. Da sind wir noch lange nicht am Ende angelangt mit diesem ökologischen Thema und deshalb weist die Sozialinitiative auch auf diesen Punkt hin.

Es gibt aber nicht nur ökologische Grundlagen, es gibt doch auch kulturelle Grundlagen einer Gesellschaft. Sorgen bereitet mir manchmal – und das ist auch an die Kirche gerichtet –, dass wir den Menschen in seiner Fähigkeit zum Glücklichen nur noch über ökonomische Zuweisung begreifen und nicht mehr als Mensch in all seinen Bezügen wahrnehmen. Ich komme aus einer Gemeinde, die sich um die Hospizbetreuung alter, sterbender Menschen besonders kümmert und was man dort sehen kann, das ist für mich viel dramatischer als bestimmte, politisch diskutierte Fragen. Hier geht es nämlich um eine „Ent-Gemeinschaftung“ am Lebensende; weit entfernt von jeder ökonomischen Nützlichkeit. Da finden wir bereits die Menschen, die keine Angehörigen mehr haben oder keine Angehörigen, die es für notwendig halten, sich um ihre alten Eltern, Großeltern zu kümmern. Unsere Gesellschaft kann auch anders verelenden als ökonomisch und eine Sozialinitiative – mit Verlaub – könnte darüber auch etwas sagen. Wenn sie eine Sozial- und nicht nur eine reine Wirtschaftsinitiative sein will. Wir müssen auch über das, was andere als kommunitaristisch nennen, etwas mehr nachdenken. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein und er lebt nicht gern allein. Der moderne Mensch ist darauf angewiesen in formalisierten Sozialsystemen geschickt zu interagieren wie in einem Arbeitsverhältnis oder in einem Mietverhältnis. Aber er lebt auch in originären Gemeinschaften. Das können Freundschaften sein, das können soziale Netzwerke sein und sind es auch verstärkt. Ehe und Familie sind immer noch der Kern jeder Zivilgesellschaft, was hier an Zusammenleben geschieht und eingeübt wird, was als Zuwendung erfahren wird, lässt die Chancen einer Demokratie und praktischer Gerechtigkeit wachsen oder schrumpfen. Deshalb stehen Ehe und Familie unter dem

besonderen Schutz des Grundgesetzes, wie es Artikel 6 Absatz 1 unserer Verfassung sagt. Das Grundgesetz schätzt und schützt Gemeinschaften, die zwischen dem Einzelnen und dem Staat stehen und konstruktiv eine Gesellschaft zusammenhalten. Solche Gemeinschaften sind auch Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände, die eine Wirtschafts- und Sozialordnung maßgeblich prägen, wie dies Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes bestimmt. Und natürlich sind dies auch Kirchen und Religionsgemeinschaften, die deshalb staatskirchenrechtlich, religionsverfassungsrechtlich besonders hervorgehoben werden. Solche gewachsenen Gemeinschaften müssen von dem Willen und Wollen der Menschen getragen werden, damit sie einen gesellschaftlichen Raum organisiert prägen, der für die freie Entfaltung des Menschen und die Beförderung einer gerechten Sozialordnung unentbehrlich ist. Denn hier wachsen alltagspraktisch Gerechtigkeitsmaßstäbe. In einer evangelischen oder katholischen Gemeinde wird das Leitbild einer Gleichheit in der gleichen Achtung der Person immer wieder vermittelt. Jeder wird akzeptiert, ganz gleich wie der Schöpfer ihn ausgestattet hat, gleich ob er arm oder reich ist. Im Gottesdienst sitzt der Vorstandsvorsitzende eines Dax-Unternehmens neben demjenigen, der schon lange aus allen Arbeitsbeziehungen entfernt wurde, weil man ihn für gestört hält oder weil er einfach nicht im Leben zurechtkommt. Diese Form der Nähe entsteht gewiss nicht nur in christlichen Gemeinden, aber in der Gottesebenbildlichkeit und in der gleichen Nähe zu Gott liegt solche Gleichachtung nahe. Wenn solche Gemeinschaften erodieren, weil wir in einer auf Konsum und rücksichtslose Selbstverwirklichung gerichteten Orientierung glauben, wir brauchen so was nicht, weil Selbstverwirklichung immer nur das Abstreifen aller Bindungen und aller Verantwortungen heißt, dann ist unsere Gesellschaft falsch programmiert. Vielleicht liegt in der Missachtung der kulturellen Wurzeln des Menschen und des Wertes prägender Ge-

meinschaften der eigentliche Grund für die Weltfinanzkrise, für die europäische Schuldenkrise. Wir werden diese Krise überwinden, ich bin sicher, aber wir werden sie umso besser und nachhaltiger überwinden, wenn wir uns die Frage stellen: Was macht denn sonst noch ein erfülltes Leben aus? Warum sind denn Kinder zum Beispiel wichtig, wenn man eine Familie gründet? Warum ist die Zukunft in Kindern wichtig? Das sind Fragen, die haben etwas mit einer Sozialinitiative zu tun. Dabei geht es nicht nur um einen ökonomischen Lastenausgleich, sondern auch um die Erhaltung und Pflege des familiären Freiheitsraums. Es geht um die Räume, in denen wir etwas anderes lernen als wirtschaftliches Kalkül und politische Machtstrategien. Es geht um so etwas öffentlich beinahe Unaussprechliches, aber Entscheidendes wie Liebe. Das können wir politisch nicht kommunizieren, das kann auch keine Sozialinitiative ins Werk setzen, aber sie könnte daran erinnern, an die Grenzen des Rechts, des Staates und der Wirtschaft. Wie dem auch sei, wir schulden jedenfalls Dank für ein ausgewogenes Papier, das eine gute Grundlage ist, um zu diskutieren und eben auch zu diskutieren über die ökonomische Blickverengung, über die politische Blickverengung, unter der wir alle manchmal etwas leiden.

Wirtschaft, Arbeit, Bildung – Relevanz der Sozialinitiative

Jörg Hofmann

Ich bedanke mich herzlich für die Einladung zu Ihrem Kongress „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“. Ich danke Ihnen aber auch für die gemeinsame Initiative, die Sie unter demselben Titel am 28. Februar dieses Jahres vorgestellt haben. Sie ist ein wichtiger Beitrag zu einer der größten Herausforderungen unserer Zeit: die immer tiefere gesellschaft-

liche Spaltung zu überwinden. In diesem Sinne ist das Sozialwort von großer Relevanz. Das gilt umso mehr, als gerade mit Blick auf das Thema Arbeit viele wichtige Anstöße enthalten sind.

Meine Damen und Herren, auch die IG Metall möchte zu mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft beitragen. Unser Fokus liegt auf der Welt der Arbeit. Wir wollen eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt. Denn unserer Gesellschaft ist die Arbeit ja nicht ausgegangen. Die Erwerbstätigkeit ist nach wie vor zentraler Dreh- und Angelpunkt unserer Gesellschaft.

Mehr denn je definiert sich der Mensch durch Erwerbsarbeit – sieht sich aber gleichzeitig mit einer sinkenden Wertschätzung seiner Arbeit konfrontiert. Sie werden mir sicher zustimmen, wenn ich sage: Arbeit ist eben keine Ware wie jede andere, beliebig abrufbar und wegwerfbar. Nein, Arbeit hat ihren Preis, Arbeit stiftet Sinn, aber Arbeit hat auch ihre Würde.

Die Wertschätzung der Arbeit beginnt damit, dass die Bedürfnisse der Menschen nach sicherer Beschäftigung und fairer Vergütung anerkannt werden. Genau das aber ist für Millionen von Beschäftigten nicht der Fall. Die Politik muss manche falschen Entscheidungen der Vergangenheit korrigieren. Und sie handelt endlich. Etwa im aktuellen Gesetzgebungsverfahren zur Stärkung der Tarifautonomie und Einführung eines Mindestlohnes.

Gute und nicht prekäre Arbeit muss endlich wieder zum Normalzustand in unserem Land werden. Das ist unser Anspruch. So wollen wir die Zukunft der Arbeit gestalten. Auch mit unserer Tarif- und Betriebspolitik. Ich bin Ihnen deswegen ausgesprochen dankbar dafür, dass Sie in dem Gemeinsamen Wort den Wert der Tarifautonomie so deutlich betont haben.

Die Koalitionsfreiheit ist ein Freiheitsrecht, das, so will es das Grundgesetz, die Gestaltung der Welt der Arbeit den Sozialpartnern zuweist. Dem Staat kommt vorab die Aufgabe zu, Rah-

menbedingungen zu schaffen, die dies unterstützen. Aber die Bedingungen für erfolgreiche Tarifpolitik sind nicht einfacher geworden. Auch wenn die IG Metall seit einigen Jahren wieder wächst – Mitgliederverluste und Verbandsflucht haben die Tarifpartner geschwächt.

Und Globalisierung und Digitalisierung sind gewaltige Herausforderungen, denen sich auch die Tarifpartner stellen. Veränderte Produktionsabläufe und Qualifizierungsanforderungen, neue Formen der Arbeitsorganisation oder neue Arbeitszeitmodelle müssen entwickelt und tarifvertraglich abgesichert werden. Dazu gehört auch, so ist es dem Gemeinsamen Wort zu entnehmen, „eine mehr am Lebenslauf der Beschäftigten orientierte Gestaltung der Arbeit“.

Ja, wir brauchen ein neues Normalarbeitsverhältnis. Arbeit muss für abhängig Beschäftigte Sicherheit und faires Einkommen, aber auch Pflege von Kindern und Familienangehörigen, berufliche Entwicklungschancen und eine altersgerechte Arbeitszeitgestaltung ermöglichen. Sie muss Sicherheit und Flexibilität vereinbaren. Wertschätzung von Arbeit beinhaltet auch Respekt vor den individuellen Lebenslagen der Beschäftigten.

Ich weiß, dass das Thema Zeit auch für die Kirchen große Bedeutung hat. Denn Zeitpolitik ist ein Mittel gegen die völlige Ökonomisierung des Lebens. So kann ich mir vorstellen, dass wir manche Gemeinsamkeiten entdecken und zu dem Ergebnis kommen, dass wir eine neue Arbeitszeitdebatte brauchen, um Digitalisierung gestalten und Entgrenzung etwas entgegenzusetzen zu können. Arbeit, und macht man sie noch so gerne, braucht auch einmal ein Ende! Für mich ist daher die Arbeitszeitpolitik eine entscheidende Stellschraube für die Gestaltung guter und zukunftsfähiger Arbeit. Meine Damen und Herren, die IG Metall lädt Sie herzlich ein, mit uns Diskurse um die Zu-

kunft der Arbeit zu führen. Wir können gemeinsam eine Vision der Zukunft der Arbeit entwickeln.

Dies setzt Beteiligung und Ergebnisoffenheit voraus. Wir wollen die IG Metall zu einer Beteiligungsgewerkschaft machen. Bei der Entwicklung einer neuen Beteiligungskultur sind wir gut vorangekommen. Dies gilt für unsere Arbeit vor Ort, im Betrieb. Dies gilt auch für die Entwicklung unserer Programmatik. In einer in Deutschland einmaligen Beschäftigtenbefragung haben wir zwei Millionen Menschen nach ihren Erwartungen an gute Arbeit, ein gutes Leben und eine durchsetzungsstarke Gewerkschaft befragt. Über 500.000 Menschen haben uns geantwortet. Wir haben gesagt, dass dieses Votum die Grundlage für unser Handeln sein wird. Das gilt übrigens ausdrücklich auch für unsere Tarifpolitik! Unser Ansatz lautet: beteiligen, einmischen, die Arbeitswelt gestalten. Wertschätzung verlangt eben auch Partizipation und Mitbestimmung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf eine lebhaftige Diskussion.

Wirtschaft, Arbeit, Bildung – Relevanz der Sozialinitiative

Hans Peter Wollseifer

Die Sozialinitiative der Kirchen bietet wichtige Orientierungen und Impulse. Viele Aussagen zu den drei Themenbereichen Wirtschaft, Arbeit und Bildung sind aus Sicht des Handwerks sehr realitätsbezogen.

So würdigen die Kirchen beim Thema Wirtschaft die Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsrahmen, der bestmöglich Wettbewerb, Leistungsstreben und Marktwirtschaft mit dem sozialen Ausgleich verbindet. Diesen Aufgaben kann die Wirtschaft am

besten gerecht werden, wenn sie sich auf Wachstumskurs befindet. Dazu brauchen wir eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, Investitionen in unsere Infrastruktur und bessere Rahmenbedingungen für unternehmerische Investitionen durch eine Stärkung von Eigenkapital.

Die Kirchen stellen zutreffend fest: Gerechtigkeit wird nicht dadurch erreicht, dass wir den Gewinnern alles wegnehmen und es den Verlierern geben. Das Handwerk mit einer Million Betrieben in Deutschland und durchschnittlich 6 bis 8 Mitarbeitern – vom Ein-Mann-Unternehmen bis hin zum Dienstleister mit einigen Tausend Mitarbeitern – steht für Subsidiarität, Hilfe zur Selbsthilfe und Eigenverantwortung. Als eines der Kernelemente einer marktwirtschaftlichen Ordnung benennt das Papier der Kirchen den schon von Walter Eucken formulierten Grundsatz: Diejenigen, die Gewinne erzielen, sollen auch haften. Das halten wir für richtig. Das ist die Lebenswirklichkeit in unseren Betrieben. Handwerk arbeitet nachhaltig, nicht kurzfristige Gewinnmaximierung ist das Ziel, es wird in Generationen gedacht. Unsere Meisterinnen und Meister übernehmen Verantwortung für Familie und Betrieb, für die Beschäftigten und die Kunden und darüber hinaus für die Gesellschaft. Das unterscheidet die kleinen und mittleren Unternehmen von den großen Einheiten.

Das ist keine Schönwetterveranstaltung. Wir haben auch in Zeiten der Krise Verantwortung übernommen. Personal wurde eben nicht im großen Stil freigesetzt. Wir haben versucht, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten, weil wir wissen, dass der Mensch nicht nur eine Arbeitsressource ist. Wir haben eine sehr hohe Sozialbindung und flache Hierarchien in den Betrieben. Die Devise ist: Man kennt sich, man hilft sich. Von daher haben wir kein Verständnis dafür, wenn Gewinne privatisiert werden und Verluste sozialisiert werden sollen.

Beim Thema Arbeit nennen die Kirchen die Sozialpartnerschaft als ein wichtiges Instrument, um Krisen zu bewältigen. Auch nach Meinung des Handwerks muss es weiterhin starke Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände geben, die miteinander verhandeln. Natürlich sind wir nicht immer einer Meinung, aber ich bin zuversichtlich, dass wir auch in Zukunft so manches Problem sozialpartnerschaftlich lösen werden.

Die Kirchen sprechen weiterhin die individuelle Betreuung der Langzeitarbeitslosen an. Das ist in der Tat eine wichtige Aufgabe. Die Forderung nach einem öffentlich geförderten Arbeitssektor im Papier der Sozialinitiative sehen wir dagegen kritisch. Damit haben wir im Handwerk keine guten Erfahrungen gemacht. Infolge der Konkurrenz durch Ein-Euro-Jobs, u. a. im kommunalen Bereich, haben zahlreiche Betriebe, z. B. unsere Gebäudedienstleister, Aufträge und Arbeitsplätze verloren. Damit werden Menschen freigesetzt, die sich am Ende als Arbeitslose in öffentlich geförderten Beschäftigungsmaßnahmen wiederfinden. Einen solchen Teufelskreis wollen wir nicht.

Vielleicht noch eine kritische Anmerkung zum Mindestlohn, der ebenfalls im Text der Sozialinitiative angesprochen wird. Wir im Handwerk halten gesetzliche Mindestlohnregelungen nicht für ein geeignetes Instrument, Vollzeiterwerbstätigen den Lebensunterhalt zu sichern. Vielmehr sollten die Löhne auch weiterhin von den Sozialpartnern, also den Experten der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände, ausgehandelt werden. Die Sozialpartner kennen die branchentypischen Unterschiede; sie wissen, dass bei einem Baubetrieb die Wertschöpfung viel höher ist als bei einem Friseurbetrieb. Sie wissen auch, dass der Lebensunterhalt in Frankfurt/Oder günstiger ist als in Frankfurt am Main. Ich finde, die Tarifpartner haben ihre Aufgabe bisher ausgesprochen gut erledigt. Wichtige Voraussetzungen dafür bleiben Flächentarife und Allgemeinverbindlichkeitserklärungen.

Schließlich noch einige Anmerkungen zum Thema Bildung: Wir finden es gut, dass sich die Kirchen zur frühkindlichen Bildung äußern. Auch nach unserer Einschätzung ist das eine ganz große Aufgabe. Wir brauchen mehr Kindertagesstätten und mehr qualifizierte frühkindliche Betreuung. Das Betreuungsgeld halten wir in diesem Zusammenhang allerdings für kontraproduktiv.

Sehr wichtig ist für uns die Unterstützung der Kirchen in der Bildungspolitik. In der Tat darf diese sich nicht einseitig auf akademisch Qualifizierte fokussieren. Das Handwerk setzt sich für die Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung ein. Leider gibt es derzeit einen gesellschaftlichen Trend hin zu Abitur und Hochschule. Der ehemalige Kulturstatsminister Nida-Rümelin spricht vom „Akademisierungswahn“. Wenn wir diesen bildungsökonomischen Irrsinn weiterbetreiben, haben wir bis zum Jahr 2030 vier Millionen mehr Akademiker und eine Million weniger Fachkräfte. Wir produzieren dann arbeitslose Akademiker, vor allem in den Geisteswissenschaften. Wir riskieren außerdem Engpässe in der handwerklichen Versorgung, wenn die Fachleute fehlen.

Der Fachkräftemangel ist auch eine Folge der demographischen Entwicklung. Das Handwerk bemüht sich daher intensiv um mehr Nachwuchs. Das Potenzial der qualifizierten Frauen wird über Aktionen wie den „Girl’s Day“ erschlossen. Jugendliche mit Migrationshintergrund werden gezielt angesprochen und von fremdsprachigen Ausbildungsberatern betreut. Unser Wirtschaftsbereich kümmert sich auch um schwächere Schulabgänger, durch Nachhilfe und individuelle Begleitung beispielsweise. Für junge Väter und Mütter bieten wir Teilzeitausbildung an.

Eine Herausforderung ist, die Kompetenz älterer Mitarbeiter in unseren Betrieben besser zu nutzen. Die Erfahrung von älteren Menschen muss noch mehr Wertschätzung in unserer Gesellschaft erfahren, und die Älteren sollten zu mehr Weiterbil-

dungsaktivitäten ermutigt werden. Auch hier sind sich Kirchen und Handwerk einig.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Zeichen der Gerechtigkeit

Bundesministerin Andrea Nahles

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
verehrter Kardinal Marx,
verehrter Herr Landesbischof Bedford-Strohm,
verehrte Frau Nothelle,

ich danke Ihnen ganz herzlich für die Einladung. Es ist ein wichtiges Signal, wenn sich die beiden großen Kirchen aufmachen, gemeinsam Stellung zu beziehen. Das hat mich als Christin gefreut, das hat mich aber auch als Politikerin gefreut.

Es gab in den letzten Monaten eine ausgiebige Debatte über das Verhältnis der Sozialinitiative zum Sozialwort von 1997. Das möchte ich jetzt beiseitelassen. Ich nehme die Sozialinitiative als das, was sie ist: eine Stellungnahme im Jahr 2014. Und da gibt es genug Stoff zur Diskussion.

Wie sieht „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Zeichen der Gerechtigkeit“ aus? Diese Frage haben Sie mir gestellt. – Ich antworte einmal mit einer Gegenfrage: Was meint die Sozialinitiative mit Gerechtigkeit?

Wenn wir in den Text schauen, finden wir keine direkte Antwort. Wir finden wohl einige biblische Hinweise. Sie stellen aber die Barmherzigkeit voran. Und die Gerechtigkeit wird stets mit Menschlichkeit, mit Solidarität verbunden. Allein steht sie nicht. Das gleiche Phänomen finden wir im Grunde durchgehend: Gerechtigkeit begegnet uns als Generationengerechtigkeit,

als Beteiligungs- und Verteilungsgerechtigkeit, als soziale Gerechtigkeit, als Chancengerechtigkeit. Was aber ist Gerechtigkeit für sich genommen, ohne weitere Attribute?

Für mich ist bei der Definition zweierlei wichtig: Gerechtigkeit ist zum einen ein relationaler Begriff. Im Sinnbild der Waage, auch die hat immer zwei Schalen. So wird Gerechtigkeit erlebt in Beziehungen zu anderen Menschen und zur ganzen Gesellschaft. Gerechtigkeit wird außerdem nicht abstrakt, sondern sehr konkret erlebt. Sie wird meist nicht mit dem Kopf wahrgenommen, sondern mit dem Herzen – oder mit dem Bauch – gefühlt: bei der Arbeit, im Alltag, im Umgang mit anderen Kolleginnen und Kollegen. Die meisten Menschen haben ein ziemlich genaues Gefühl, wo es gerecht zugeht und wo nicht. Und trotzdem lassen sich aus diesem Gefühl heraus noch keine verallgemeinerbaren Handlungsanforderungen ableiten. Das macht die Sache schwierig.

Ich will für mich eine Definition versuchen: Was verstehe ich also unter Gerechtigkeit? Meiner Überzeugung nach ist ihr ethischer Kern, dass jede und jeder das gleiche Maß an Respekt und Sicherheit verdient. Gerechtigkeit ist also sehr stark mit dem Begriff der Gleichheit verbunden. Aus dem Gefühl, gleich wie andere respektiert zu werden und abgesichert zu sein, erwächst wiederum Freiheit. Freiheit und Gerechtigkeit bedingen sich.

Das ist ein Versuch. – Ich weiß, es sind schon viele dicke und kluge Bücher darüber geschrieben worden. Und es werden wahrscheinlich auch noch viele geschrieben werden, ich freue mich jedes Mal wieder darüber. – Aber ich möchte den Initiatoren und Autoren der Sozialinitiative Mut machen und ihnen ins Gebetbuch schreiben: Gerechtigkeit hat ihren eigenen Wert, sie verdient auch ohne Attribute ihren Raum – auch bei all den Schwierigkeiten, die es dann mit einer eigenständigen Definition gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es war maßgeblich Ihr Engagement, das Engagement der Kirchen, das einen regelmäßigen Armuts- und Reichtums-Bericht der Bundesregierung angestoßen hat. Als Arbeitsministerin liegt die Aufgabe, diesen Bericht zu erarbeiten, nun bei mir. Da ist die Frage der Definition von Gerechtigkeit dann durchaus etwas, das ich als Politikerin mit in meinen Alltag nehme. Der nächste Armuts- und Reichtums-Bericht steht etwa Ende 2016 beziehungsweise Anfang 2017 an. Ich möchte, dass wir ihn etwas anders aufzusetzen als bisher. Vor allem möchte ich das Thema Reichtum eingehender beleuchten. Dabei geht es mir nicht allein um die Statistik. Leider ist doch mittlerweile eine gewisse Routine eingetreten, Zahlen aufzuhäufen, die belegen sollen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich größer wird. Und es gibt dabei insbesondere reichlich Datenmaterial über Armut, über Armutsgefährdung in unserem Land.

Aber was bedeutet es eigentlich, arm zu sein – und vor allem, was bedeutet es, reich zu sein? Das ist ein spannender Punkt, der viel mit der Chance auf Teilhabe, aber auch der Chance zur Durchsetzung der eigenen Interessen zu tun hat. Es geht schlicht auch um Macht.

Wenn es uns angesichts dessen gelingt, die Begrifflichkeiten etwas aufzufächern, stärker zu differenzieren, wenn wir nicht bei der reinen Statistik stehen bleiben, dann dringen wir hoffentlich etwas tiefer. Die letzten Worte von Papst Franziskus zeigen, dass auch er diese – wie ich finde – sehr interessante Debatte führen möchte: Was heißt eigentlich Reichtum, wie verhalten sich Reiche in Bezug auf die Teilhabechancen der anderen? Und was bedeutet es, von Chancen abgeschnitten zu sein? Reichtum bedeutet prioritären Zugang, oft sogar exklusiven Zugang. Und das betrifft nicht allein diejenigen, die im Niedriglohnsektor arbeiten, sondern da fühle ich – ehrlich gesagt – dann auch mich angesprochen und frage mich: Wie ge-

hen wir mit Monopolen um, mit der Macht von Großunternehmen? Was heißt es eigentlich, wenn Unternehmen wieder die Macht haben, Gesellschaften zu formen? Denn das geschieht vor unser aller Augen.

Ich würde mir wünschen, dass wir die Sozialinitiative zum Anlass nehmen, an diesem Punkt miteinander intensiv zu diskutieren. Daran anzuknüpfen bei der Erarbeitung des neuen Armuts- und Reichtums-Berichts, das wäre dann das Angebot meinerseits.

Mich hat es sehr gefreut – damit bin ich beim zweiten Punkt, den ich erwähnen möchte: Die Ökumenische Sozialinitiative setzt sich intensiv mit dem Wert von Arbeit auseinander – und mit dem Selbstwert, den Arbeit vermittelt. Das steckt doch etwa hinter der Frage, wie wir mit den Arbeitsmarktchancen gerade von Langzeitarbeitslosen umgehen. Ja, Erwerbsarbeit ist ein wichtiger Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe. Und: „Kein Mensch darf als ‚nicht-aktivierungsfähig‘ abgeschrieben werden.“ Dies ist für mich einer der Süsselsätze der Ökumenischen Sozialinitiative und er bedeutet mir viel. Warum? Viele Menschen, die langzeitarbeitslos sind, wollen arbeiten. Darunter sind zum Beispiel viele Alleinerziehende. Wir haben noch nicht die richtigen Wege gefunden, ihre Integration – oder, wie es die Sozialinitiative ausdrückt: ihre Inklusion – zu schaffen.

Rund eine Million Langzeitarbeitslose verzeichnet die Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Fast die Hälfte von ihnen ist bereits länger als vier Jahre arbeitslos, viele haben „multiple Vermittlungshemmnisse“, wie es verklausuliert heißt. Aber was steckt dahinter? Wir müssen doch, wenn wir ehrlich sind, davon ausgehen, dass eine halbjährige Aktivierungsmaßnahme, wie sie sie derzeit immer wieder angeboten bekommen, bei solchen Menschen nicht wirklich zum Erfolg – nämlich einer dauerhaften Integration in ein Normalarbeitsverhältnis – führt – ja, füh-

ren kann. Ich möchte darüber eine ernsthafte und ehrliche Debatte führen und dazu lade ich auch Sie herzlich ein!

Zur Ehrlichkeit gehört für mich übrigens auch zu sagen, dass wir in der Wendezeit und in den Jahren danach die Möglichkeiten des sozialen Arbeitsmarktes überdehnt haben. Heute verzeichnen wir hervorragende Zahlen – jeden Monat freue ich mich, mit Herrn Weise über die neuen Arbeitsmarktzahlen zu telefonieren –, doch gerade bei der Langzeitarbeitslosigkeit bewegt sich viel zu wenig. Also haben wir mit unseren bisherigen Ansätzen und Maßnahmen gewissermaßen den Grund erreicht. Es ist daher Zeit, noch einmal neu heranzugehen, sich ehrlich damit auseinandersetzen und für diese Menschen neue Wege in Arbeit zu suchen. Ich werde im Herbst mit einem Gesamtkonzept die Diskussion suchen und lade auch Sie zur Mitarbeit ein. Caritas und Diakonie etwa haben wertvolle eigene Erfahrungen und ich würde mich freuen, wenn von ihnen, aber auch aus dieser Sozialinitiative Impulse kommen, die wir aufnehmen können.

Ich komme zu meinem dritten und letzten Punkt: Man merkt der Sozialinitiative an, dass sie sich mit dem Mindestlohn etwas schwergetan hat. Und wenn wir ehrlich sind, hat sich unsere Gesellschaft ja insgesamt lange schwer damit getan. Selbst die Gewerkschaften waren am Anfang skeptisch. Denn es ist damit doch auch das Eingeständnis verbunden, dass das, was wir als eine Stärke unseres Landes sehen: die Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft – dass dies in manchen Bereichen unserer Wirtschaft nicht mehr funktioniert, und zwar dauerhaft. Wenn es diese Tarifwüsten nicht gäbe, bräuchte es keinen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Wir haben versucht, diesen Tarifwüsten mit Branchen-Mindestlöhnen Herr zu werden, rund zehn solche Mindestlöhne gibt es mittlerweile in Deutschland. Drei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen unter ihrem Schutz. Dennoch arbeiten immer noch rund fünf Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Stundenlöhne

unter 8,50 Euro. Wenn man von den Menschen her denkt, von ihrer Würde und dem Wert ihrer Arbeit, kann man sich mit beschämend niedrigen Löhnen nicht auf Dauer abfinden. Dann ist die Politik gefordert zu handeln. Das tun wir.

Dabei teile ich in keiner Weise die Befürchtungen, dass damit hunderttausende Menschen ihre Arbeit verlieren. Dennoch setze ich alles daran, den Übergang in den Mindestlohn so auszugestalten, dass er gut gelingt. Es hat noch nie jemand einen flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland eingeführt, demzufolge bin ich offen für Hinweise und Hilfe. Wir bemühen uns, mit einer Übergangsfrist bis Ende 2016 eine vernünftige, kluge Einphasung gerade für die Branchen hinzubekommen, die Schwierigkeiten haben, es von heute 6 Euro in einem Sprung auf 8,50 Euro zu schaffen. Aber es ist klar: Der Mindestlohn kommt. Und das ist gut für die Menschen. Daher freue ich mich, dass sich die Kirchen am Ende auch gemeinsam dazu durchringen konnten, das auch klar als sozialen Fortschritt zu markieren.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Wort zu den Chancen der jungen Menschen in Europa sagen. Wir erleben zurzeit, dass wir in der Europäischen Union bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nicht so vorwärtskommen, wie wir das an anderen Stellen geschafft haben, etwa mit komplexen Konstrukten zur Rettung der Banken. Ich will das gar nicht gegeneinanderstellen, sondern möchte deutlich machen, dass es inakzeptabel ist, dass wir jetzt schon seit Jahren in Europa eine Jugendarbeitslosigkeit auf solch hohem Niveau haben, dass sie den Europäischen Geist auf Dauer schädigt, weil sie diese jungen Menschen die Hoffnung nimmt. Dem ist nicht mit einigen Projekten beizukommen, sondern die sozialen Fragen, die Fragen der Menschen müssen ganz oben auf die europäische Agenda. Neben der Wettbewerbsunion brauchen wir eben auch eine Sozialunion, wir brauchen aber vor allem gute Perspektiven nicht nur in Deutschland, sondern auch den anderen Ländern.

Meine Überzeugung ist: Das geht nicht ohne Wachstum. Es muss nachhaltiges Wachstum sein, auch das ist für mich keine Frage mehr. Doch wir brauchen für die Krisenländer eine nachhaltige Wachstumsperspektive.

Schließlich macht Gerechtigkeit nicht an Grenzen halt. Menschenwürdige Arbeit ist daher ein Thema, was uns auch international beschäftigt. Zusammen mit meinem Kollegen, Entwicklungsminister Müller, bemühen wir uns um mehr Gerechtigkeit entlang der Wertschöpfungsketten, etwa die Durchsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen sowie der Verbote von Kinder- und Sklavenarbeit. Mich ärgert es schon, dass wir für solche Themen meist keine große Resonanz im eigenen Land finden. Doch bei den Kirchen finden wir offene Ohren und Unterstützung. Dafür meinen herzlichen Dank. Ohne Unterstützung kommen wir bei diesen wichtigen Themen nicht vorwärts.

In diesem Sinne ist die Sozialinitiative, das Sozialwort 2014, ein gutes Wort. Aber hoffentlich nicht das letzte Wort.

Fragen von Dr. Claudia Nothelle (Tagungsmoderation)

Claudia Nothelle: Herzlichen Dank, Frau Nahles. Es gäbe sehr sehr viel zu diskutieren. Mich würde es reizen, mit Ihnen in einen Diskurs über Gerechtigkeit und Barmherzigkeit einzusteigen. Aber das würden wir heute nicht schaffen. Und da ich weiß, dass Ihre Zeit knapp bemessen ist, möchte ich dennoch eine sehr grundlegende Frage an Sie stellen. Nämlich: Ein solches Wort wie dieses Sozialwort der Kirchen, wie wird das in der Politik jenseits von aktiven Christinnen und Christen, wie Sie eine sind, wahrgenommen? Spielt das eine Rolle, hört das jemand, oder ist die Stimme der Kirche oder der Kirchen eine von vielen?

Andrea Nahles: Mein Eindruck ist, dass es überhaupt nicht als nur eine Stimme von vielen wahrgenommen worden ist. Ich

meine aber auch: Hätte es an der Sozialinitiative mehr Grund zum Ärgern gegeben, wäre es sicher noch intensiver diskutiert worden. Für mich – und das höre ich auch von Kabinettskollegen – ist es als großer Wert zu sehen, dass nach langer Zeit überhaupt wieder einmal eine ökumenische Stimme politisch laut geworden ist. Das ist ein ganz wichtiger Punkt und für sich genommen schon ganz wesentlich. Es gibt natürlich, das habe ich ja versucht deutlich zu machen, auch einige Punkte, wo die Debatte noch nicht am Ende ist und wo wir dann sicherlich auch noch streiten können.

Claudia Nothelle: Einer der Kritikpunkte, so hieß es ja zu Beginn, an dem Papier war: Es ist so nah an der Großen Koalition. Da muss das doch für sie alle ein Wohlfühlpapier gewesen sein, oder?

Andrea Nahles: Erstmal: Nah an der Großen Koalition ist ja nichts Schlechtes. Zweitens: nie. Denn Sie machen sich jetzt zu klein. Wenn die beiden Kirchen sich zusammensetzen, ist man schlecht beraten, die Kraft und Macht zu unterschätzen, die dies haben kann. Und – ehrlich gesagt – ich bin gar nicht so sehr aufs Wohlfühlen aus: Also jucken Sie uns ruhig!

Wie wirkt die Sozialinitiative in die Kirchen?

Alois Glück

Die Ökumenische Sozialinitiative liefert einen wichtigen Impuls zu den ethischen Maßstäben, die für das Handeln in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wegweisend sind. Die gegenwärtigen Herausforderungen, vor denen wir in Deutschland und weltweit stehen, werden auf richtige Weise analysiert und die entscheidenden Fragen zur ordnungspolitischen Handhabung und Gestaltung dieser Zeichen unserer Zeit aufgeworfen. Da-

hinter steht letztlich die große Leitfrage, wie wir in Zukunft miteinander leben wollen und wie wir auch für die kommenden Generationen ein gutes Leben ermöglichen und gewährleisten können. Klar ist, dass das Ziel die Entwicklung einer nachhaltigen Kultur des Lebens sein muss.

Der unmittelbare Bezug der Sozialinitiative zur Botschaft von Papst Franziskus in *Evangelii gaudium* wird insbesondere in der Forderung deutlich, sich für eine Wirtschaftsweise einzusetzen, die dem Menschen dient und den Menschen in den Mittelpunkt allen Handelns stellt. Dafür sind zugleich das verantwortliche Handeln des Einzelnen und erneuerte ordnungspolitische Rahmenbedingungen notwendig. Der wegweisende Leitgedanke zur Umsetzung dieses Anspruchs ist eine Verantwortungskultur, die für alle Lebensbereiche wie das Finanz- und Wirtschaftswesen, das Sozialsystem oder den Bildungsbereich zu entwickeln und zu etablieren ist.

Zur Verwirklichung dieser Verantwortungskultur bedarf es meiner Ansicht nach der Ergänzung von zwei entscheidenden Aspekten, die in dem Sozialpapier bisher höchstens eine untergeordnete Rolle spielen:

Erstens steht fast ausschließlich die möglichst gerechte Verteilung der vorhandenen Ressourcen innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft im Fokus. Dies ist ein ganz wichtiger Aspekt und notwendiger Gegenstand vieler ethischer und politischer Debatten. Jedoch braucht es auch einen funktionierenden Markt und Wettbewerb als Voraussetzung zur Erwirtschaftung dieser Ressourcen, die es zu verteilen gibt. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass diese Ressourcen als existentielle Grundlage für den Sozialstaat auch morgen und übermorgen noch vorhanden sind. Auf welche Weise dies auf Dauer und auch für zukünftige Generationen gelingen kann, wird im Papier nicht thematisiert. Dabei beruht das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft

genau auf der Verbindung dieser beiden Aspekte: der Stärken und Vorteile des marktwirtschaftlichen Wettbewerbes und dem sozialen Ausgleich. Diese Verbindung ist damals wie heute die geniale Antwort auf einen ungezügeltten Kapitalismus, in deren Mittelpunkt das christliche Menschenbild steht, das die Prinzipien der Personalität und somit der Eigenverantwortlichkeit jedes Einzelnen sowie der begründeten Solidarität in sich vereint.

Es kann nicht richtig sein, dass das Leitbild einer Sozialen Marktwirtschaft für den sozialen Ausgleich in Anspruch genommen und gelobt wird, die andere Komponente – Wettbewerb und Markt – jedoch in ihrer Bedeutung für die Entwicklung von Lebenschancen und Lebensqualität vernachlässigt wird. Die realen Bedingungen des Wirtschaftens und des Wettbewerbs um Arbeit und Marktanteile in der globalisierten Welt sind ein bestimmender Rahmen für das verantwortliche Handeln sowohl der Unternehmer und Manager als auch der Entscheidungsträger in der Politik. Wenn wir zukünftig weiterhin zur Spitzengruppe der Länder mit guter Lebensqualität gehören wollen, setzt das voraus, dass auch die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und unserer staatlichen und demokratischen Systeme Weltspitze bleibt. Dies zu sagen und zu vermitteln ist von grundlegender Bedeutung für die notwendigen Entscheidungen und für die Akzeptanz der Menschen für viele Entscheidungen.

Für die gesamte Volkswirtschaft und für die Verantwortlichen in Politik und Staat ist hier dieselbe Situation gegeben wie für deutsche Unternehmen, deren Produkte und Dienstleistungen in großer Konkurrenz mit Spitzenprodukten aus Ländern mit hoher Leistungsfähigkeit und guten Qualitätsstandards stehen. In diesen Unternehmen gibt es die Arbeitsplätze morgen und übermorgen nur noch, wenn die Firma auch mit den Entwicklungen in der Spitzengruppe der Welt mithalten kann. Dafür braucht es die richtigen staatlichen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen. Nur so können die wirtschaftlichen Voraussetzungen

für den Sozialstaat auf Dauer geschaffen und Verteilungs- und Chancengerechtigkeit ermöglicht werden.

Diese fundamentalen Rahmenbedingungen werden in der Sozialinitiative kaum angesprochen. Das birgt die Gefahr, die Anspruchsmentalität und Erwartungshorizonte der Menschen weiter zu fördern, aber nicht die notwendige Bereitschaft zur Veränderung und zur Anstrengung einzufordern. Kirchliche Positionen und Verlautbarungen zu politischen und gesellschaftlichen Fragen müssen sich aber intensiv mit diesen ökonomischen und politischen Realitäten beschäftigen, um von den Entscheidungsträgern ernst genommen zu werden.

Der meiner Ansicht nach zweite ergänzungsbedürftige Punkt knüpft an diese Feststellung an. Das Sozialpapier richtet sich in erster Linie an den Staat und die politischen Verantwortungsträger, befasst sich aber kaum mit der Subsidiarität als notwendigem Verantwortungs- und Gestaltungsprinzip für unsere Gesellschaft. Dies beinhaltet die eigene Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger für eine soziale und humane Gesellschaft.

Diese Verantwortung konkretisiert sich in vielfältigem bürgerschaftlichem Engagement, das für die soziale Qualität eines Landes von herausragender Bedeutung ist und in der Vergangenheit zu wichtigen sozialen Fortschritten geführt hat. Als Beispiele dafür sind die Behindertenhilfe oder die Hospizbewegung zu nennen. Auch in anderen Aufgabenfeldern wie im Umweltbereich kamen viele innovative und wegweisende Entwicklungen durch engagierte Bürgerinnen und Bürger. Auf dieses Engagement können wir auch in Zukunft nicht verzichten. Wir sind zur Bewältigung vieler Herausforderungen wie dem Klimaschutz oder der demografischen Veränderungen sogar darauf angewiesen.

Viele Initiativen, Projekte und Ideen, die gesellschaftliche Entwicklungen vorangebracht haben und in der Gegenwart von Bedeutung sind, kamen dabei von engagierten Christinnen und

Christen und aus dem gesamten kirchlichen Bereich. Ein neues Sozialpapier der christlichen Kirchen müsste diesem Aspekt daher viel größere Bedeutung zumessen.

Dieses Engagement ist aufgrund der veränderten Sozialstrukturen heute natürlich auch einem Wandel unterworfen. Somit sind nicht nur Veränderungen im staatlich verantworteten Sozialstaat notwendig, sondern auch neue und innovative Antworten zur Bildung sozialer Netzwerke und zur Neugestaltung von bürgerschaftlichem Engagement. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die stärkere Verbindung von ehrenamtlichen und professionellen sozialen Diensten.

Als Kirchen haben wir hier und in vielen anderen Feldern eine wichtige Vorbildfunktion, wenn wir Gesellschaft und Politik verändern und gestalten wollen. Dazu gehört auch, dass wir den eigenen ethischen Maßstäben in unserem Handeln als Arbeitgeber, in der Finanz- und Anlageverwaltung, als Auftraggeber und als Kunde gerecht werden müssen. Nur dann sind wir ein glaubwürdiger Partner für andere im gesellschaftlichen Dialog.

Wie wirkt die Sozialinitiative in die Kirchen?

Prof. Dr. Traugott Jähnichen

Überblickt man die Stellungnahmen von Verbänden und sozialpolitischen Gremien der Kirchen oder auch von einzelnen Sozialethikern, so ist es ein gemeinsamer Grundzug dieser Voten, dass die Initiative der Kirchen für eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ – im Folgenden als „Sozialinitiative“ bezeichnet – durchgängig mit dem Wirtschafts- und Sozialwort der beiden Kirchen aus dem Jahr 1997 „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ verglichen wird. Sowohl in for-

maler wie auch in inhaltlicher Hinsicht wird in den meisten vergleichenden Stellungnahmen das damalige Wirtschafts- und Sozialwort als vorbildlich dargestellt. Dies gilt einerseits im Blick auf den breiten Konsultationsprozess, auf dessen Basis das Wirtschafts- und Sozialwort seinerzeit entstanden ist. Dementsprechend wird im Blick auf die Sozialinitiative ebenfalls eine Fortsetzung und Vertiefung der Diskussionen gefordert, wobei gewünscht wird, neben den Stellungnahmen kirchlicher Gruppen und Verbände auch andere gesellschaftspolitische Positionierungen einzubeziehen. Die Ermöglichung eines breiten Prozesses der Beteiligung für eine Fortschreibung der Initiative, wie es für das Wirtschafts- und Sozialwort sowie zuvor für den sogenannten Wirtschaftshirtenbrief der US-amerikanischen Bischöfe kennzeichnend war, wird in den meisten Stellungnahmen mit höchster Priorität genannt.

Schaut man sich andererseits die inhaltlichen Vergleiche mit dem Wirtschafts- und Sozialwort an, wird der Sozialinitiative – um es zusammenfassend zu resümieren – angelastet, dass zu wenig neue Fragestellungen aufgenommen worden seien und zudem die profilierte politische Deutlichkeit des damaligen Wortes fehle. Diese inhaltliche Kritik vieler Voten ist jedoch zumindest zu relativieren. Es dominiert innerhalb der kirchlichen Diskussionen gegenwärtig meines Erachtens eine Haltung, welche die Sozialinitiative in mancherlei Hinsicht unterschätzt. In dem Text der Sozialinitiative finden sich durchaus viele innovative Perspektiven, die allerdings durch einen breiteren Diskussionsprozess vertieft werden könnten und welche – dies ist die Kernthese meines Statements – über den deutschen Kontext hinausführen sollten. In den meisten kirchlichen Stellungnahmen, die das Wirtschafts- und Sozialwort von 1997 als Maßstab anlegen, wird weithin vergessen, dass die damalige Stellungnahme sehr stark auf die nationale Perspektive begrenzt gewesen ist, seinerzeit sicherlich mit einigen guten Gründen. Demgegenüber wen-

det sich die Sozialinitiative den neuen, wesentlich durch die Globalisierung hervorgerufenen Problemstellungen weitaus entschiedener zu und diskutiert internationale wirtschaftliche Entwicklungen, die zwangsläufig schwieriger „auf den Punkt“ zu bringen sind als rein nationalstaatliche Fragestellungen. Diese Perspektive soll im Folgenden anhand von drei Beispielen kurz begründet werden.

Mit Nachdruck wird von der Sozialinitiative – explizit in der Tradition des Sozialwortes – die Bedeutung des Ordnungsmodells der Sozialen Marktwirtschaft herausgestellt. Eine klare Ordnungspolitik wird zu Recht als Grundlage sowohl einer ökologisch orientierten Wirtschafts- wie einer sozial gerechten Gesellschaftsentwicklung angesehen. Diese ordnungspolitische Grundentscheidung erfordert in der Gegenwart jedoch unbedingt eine Ausweitung des Modells im Blick auf die Ebene der EU. Allein im nationalstaatlichen Rahmen ist die Soziale Marktwirtschaft kaum noch zukunftsfähig. Zu Recht betont daher die Sozialinitiative die Aufgabe der Gestaltung einer europäischen Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft (vgl. Nr. 10), was konkret durch eine stärkere Implementation des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft im europäischen Rahmen geschehen könnte. Voraussetzung hierfür wäre eine intensive ordnungspolitische Diskussion in allen europäischen Ländern, wobei nicht zuletzt die christlichen Kirchen im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung eine bedeutende Rolle spielen könnten. In diesem Sinn ist zu überlegen, ob mittelfristig eine Weiterführung der Diskussion der Sozialinitiative im Rahmen eines breit angelegten europäisch-ökumenischen Diskurses geschehen könnte. Auf diese Weise würden die Kirchen zu einer zivilgesellschaftlichen Verständigung in Europa über die ordnungspolitischen Grundlagen und Ziele des Wirtschaftens beitragen. Dies dürfte angesichts der nach wie vor nicht ausgestandenen Euro-Krise und der weithin umstrittenen Wege zu einer Konsolidie-

rung der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik von kaum zu überschätzender Bedeutung sein.

Des Weiteren ist positiv herauszustellen, dass sich die Sozialinitiative weitaus intensiver als das Sozialwort von 1997 den Herausforderungen der Globalisierung stellt und diese Problematik speziell im Blick auf die seit 2008 in eine virulente Krise geratenen internationalen Finanzmärkte diskutiert. Nur kurz angedeutet werden in dem Papier demgegenüber die Prozesse der sich vertiefenden internationalen Arbeitsteilung, wobei es zum Aufbau von transnationalen Wertschöpfungsketten kommt, welche die lohnintensiven Prozesse der Fertigung immer mehr in die Länder des Südens auslagert. Zwar wird in der Sozialinitiative eine entwicklungspolitische Verantwortung Europas benannt (vgl. Nr. 10). Dass jedoch Europa und konkret die europäischen Konsumenten faktisch von höchst problematischen Arbeitsbedingungen in vielen Teilen der Welt profitieren, müsste angesichts der ökumenischen Verbundenheit der Kirchen in der einen Welt in einer kirchlichen Stellungnahme deutlicher benannt werden. Speziell die beiden großen christlichen Kirchen mit ihren weltweit präsenten Sozialwerken (Brot für die Welt, Caritas international, Misereor u. a.) und den vielen Kontakten zu Partnerkirchen in den Ländern des Südens haben beste Voraussetzungen, die Verantwortung für eine gerechtere Gesellschaft im Horizont der weltweiten christlichen Ökumene zu konkretisieren. Über die europäische Ebene hinaus könnte somit ein vertiefter Dialog mit den Kirchen in den Ländern des Südens eine weitergehende Perspektive sein, um die heutigen wirtschaftsethischen Herausforderungen unter den Bedingungen der Globalisierung angemessen wahrzunehmen. Auch in diesem Sinn wäre somit eine Ausweitung der Diskussion über den deutschen Horizont hinaus wünschenswert.

Schließlich stellt die wachsende soziale Ungleichheit seit rund drei Jahrzehnten in fast allen OECD-Staaten und auch im welt-

weiten Maßstab eine der grundlegenden gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart dar. Das Problem der zunehmenden Ungleichheit, das in Deutschland nachweisbar, allerdings weniger stark ausgeprägt ist als in einigen anderen europäischen Ländern, in den USA oder in China, wird in der Sozialinitiative durchaus angesprochen (vgl. Nr. 7 u. a.), ohne dass jedoch die Gründe für die wachsende Ungleichheit – etwa die zunehmende Spreizung der Arbeitseinkommen, eine sinkende Lohnquote und höhere Erträge durch Vermögen u. a. – oder auch die ökonomischen und sozialen Folgen näher ausgeführt werden. Über die Gründe und Konsequenzen wachsender Ungleichheit müsste sowohl im nationalen, im europäischen wie auch im weltweiten Rahmen intensiver diskutiert werden, nicht zuletzt da höhere Ungleichheit offensichtlich mit einem geringeren Wirtschaftswachstum verbunden ist. Ferner bedarf es einer breiten öffentlichen Debatte, um mögliche Mechanismen gegen diese Entwicklung politisch umzusetzen. Insbesondere ist hier an vermehrte Investitionen im Bildungssektor zur Schaffung von mehr Chancengerechtigkeit zu denken – die Kirchen können hier an ihre entsprechenden Impulse, speziell die EKD an die Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ (2006) erinnern. Aufgrund der wachsenden sozialen Ungleichheit werden mögliche wirtschaftliche Wachstumspotenziale gegenwärtig nicht ausgeschöpft und es droht die Verschärfung von sozialen Konflikten, welche die gesellschaftliche Desintegration vertiefen. Dem entgegenzuwirken und mit Nachdruck die Ermöglichung von gerechter Teilhabe und die Stärkung des sozialen Zusammenhangs zu fördern, ist eine zentrale Aufgabe der Kirchen im öffentlichen Diskurs.

Die hier genannten Herausforderungen, ebenso wie die anderen inhaltlichen Themen, die explizit im Rahmen dieses Kongresses erörtert werden, sind von der Sozialinitiative angesprochen und pointiert als Felder christlicher öffentlicher Verantwortung benannt worden. Hilfreich wäre in diesen wie in anderen Punkten

eine vertiefende gesellschaftliche Debatte, wobei neben den innerkirchlichen und weithin auf den deutschen Kontext konzentrierten Diskussionen weitergehende Dialoge in Europa und nicht zuletzt mit den Kirchen des Südens zu einer entscheidenden Profilierung führen könnten. Auf diese Weise würden sich die christlichen Kirchen als Stimme der sozialen Gerechtigkeit in der bundesdeutschen Gesellschaft – ggf. aber auch darüber hinaus in der EU und im Kontext der weltweiten Ökumene – profilieren und wesentlich zum Aufbau einer internationalen Zivilgesellschaft beitragen, welche die Prozesse der ökonomischen Globalisierung im Sinn des Projekts der „öffentlichen Theologie“ kritisch zu begleiten vermag.

Wie wirkt die Sozialinitiative in die Kirchen?

Maria Loheide

1. Es ist gut, dass die beiden Kirchen gemeinsam soziale Gerechtigkeit in unserem Land einfordern und sich aktiv einmischen. Die Grundperspektive teilen wir voll und ganz.
2. Es ist gut, dass die Kirchen die Politik in der Verantwortung sehen. Politisches Handeln ist nötig und möglich. Die Verantwortung kann nicht allein auf die übermächtigen Globalisierungsprozesse, die Finanzkrise oder die Wirtschaft abgeschoben werden.
3. Die Sozialinitiative bleibt zu häufig unkonkret und im ausgewogenen „Sowohl-als-auch“ stecken.
4. In den konkreten Themen fängt für die Diakonie die Herausforderung aber erst richtig an.

5. Einige Themen sind richtig benannt, z. B. Forderung öffentlich geförderter Beschäftigung, Armutsprävention und -bekämpfung.
6. Andere sind sträflich vernachlässigt:
 - Die Realität der Einwanderungsgesellschaft wird nicht aufgegriffen, obwohl sie unser Land schon heute prägt und mit erheblichen Problemen verbunden ist.
 - Der demographische Wandel wird benannt, aber die Themen Altersarmut und Pflegebedürftigkeit nicht oder kaum. Das sind Themen, die die Frage, ob es in unserem Land gerecht zugeht, zentral betreffen.
 - Teilhabe von Menschen mit Behinderung: Wenn sich soziale Gerechtigkeit an den schwächsten, den verletzlichsten Gruppen einer Gesellschaft misst, sollte man erwarten, dass Menschen mit Behinderung in dem Text wenigstens vorkommen. Das ist selbst unter der Kapitelüberschrift Inklusion nicht der Fall.
7. Fazit: Die Sozialinitiative ist ein Text, von dem aus man weiter diskutieren kann und muss. Das Wort „Initiative“ legt im Übrigen nahe, dass es nicht beim Diskutieren bleibt, sondern es auch um das Handeln geht. Und da ist die Diakonie mit ihren Diensten und Einrichtungen mittendrin, da wo soziale Ungerechtigkeit im Leben der Menschen ganz konkret wird.

Kommentar zur Halbzeit

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

Ich möchte mit einer Vorbemerkung beginnen. In vielfacher Weise ist mir – auch in meiner neuen Aufgabe der Leitung der Kommission VI unserer Bischofskonferenz – die Frage gestellt worden: Was wollte eigentlich die katholische Kirche in ökumenischer Verbundenheit mit dem Sozialwort? Ich möchte die Frage auf zwei Perspektiven reduzieren, die vielleicht dabei helfen können zusammenzufassen, was Sie heute Morgen bedacht und gehört haben.

Zum einen gilt es eine prophetisch-kritische Stellungnahme zu beziehen und zum anderen in anthropologisch-sozialer Perspektive Argumente zu liefern für die konkreten Aufgaben, die uns in den Bereichen, die wir hier heute Morgen verhandelt haben, vor Augen stehen.

Ich glaube, dass beide Perspektiven deutlich geworden sind, auch, dass wir im ersten Bereich, der prophetisch-kritischen Stimme, die vor allem durch Papst Franziskus an Anziehungskraft gewonnen hat, noch lernen müssen. Insofern bin ich all denen dankbar, die heute Morgen gemahnt haben, dass wir auch einen positiven Streit auf den Weg bringen müssen.

Im zweiten Bereich, der anthropologisch-sozialen Perspektive, geht es vor allem darum, die Aufgaben, die vor uns stehen, mit Konturen zu versehen. Diesbezüglich haben wir einiges gemeinsam geleistet. Unter dieser Rücksicht glaube ich auch sagen zu müssen, dass wir nicht nur in einer komplexen, sondern zugleich auch in einer paradoxalen Situation stehen und das möchte ich an fünf Punkten deutlich machen. Dabei gilt es zu schauen, für welche Themen wir heute Morgen sensibilisiert worden sind, die quasi paradoxal und komplex sind.

Das erste Thema, das sind die Fragen der kulturellen Voraussetzungen des Zusammenlebens und des Beitrags der Kirchen für die Aufgaben, die vor uns stehen. Die Stichworte „Verzweckung des Menschen“, von denen wir gehört haben, die mögliche Staatsgläubigkeit von uns Christen und die Frage der Überdehnung der Sozialsysteme stehen dafür. Also eine erste stichwortartige Benennung eines Problems, das wir vor allen Dingen prophetisch-kritisch unterstreichen müssen: Was sind die kulturellen Voraussetzungen des Zusammenlebens? Und: Welchen Beitrag können die Kirchen zu den Themen, die wir heute besprochen haben, leisten? Im Grunde geht es hierbei um das Ziel des „guten Lebens“ in gelingender menschlicher Gemeinschaft.

Der zweite Punkt betrifft die Frage nach der Beteiligungsgerechtigkeit. Nachdem von Seiten der Kirchen auf vielfältige Weise der gesellschaftliche Diskurs auf der Ebene der Verteilungsgerechtigkeit geführt wurde, erscheint es notwendig, gleichermaßen auf das ethische Leitbild der Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit zu rekurrieren. Es geht um die Teilhabe aller Menschen in den unterschiedlichsten Lebensbereichen. Damit sind konkrete Anfragen verbunden: Was bedeutet die im Papier der Ökumenischen Sozialinitiative in den Fokus gestellte Leitidee der Inklusion und Partizipation zum Beispiel für Langzeitarbeitslose, was bedeutet sie für Kinder und Jugendliche ohne Chancen? Hier ist wiederum die prophetisch-kritische Stimme der Kirche gefordert.

Der dritte Bereich berührt die Frage: Wie gehen wir mit den Fragmentierungsprozessen unserer Gesellschaft um? Oder anders gefragt: Was hält unsere Gesellschaft zusammen? Vor allem stellt sich hier die Frage: Was ist der Schlüssel zur Inklusion? Diesbezüglich muss klar gesehen werden, dass unsere Gesellschaft nach wie vor eine Arbeitsgesellschaft ist, und zwar eine Erwerbsarbeitsgesellschaft. Deshalb ist die Teilhabe an der Erwerbsarbeit immer noch das primäre Mittel gesellschaftlicher In-

klusion. Und für die Bildung gilt, dass sie Zukunft ermöglicht: So sind Bildung und Qualifizierung wesentliche Voraussetzungen für Beschäftigungschancen auf dem Arbeitsmarkt. Außerdem dient Bildung auch der Entfaltung der Persönlichkeit, was maßgeblich ist für jede gesellschaftliche Teilhabe.

Der vierte Bereich, der für uns als Kirchen selber von Bedeutung ist: Welche Ansprüche müssen wir als Arbeitgeber an uns selbst stellen angesichts der Forderung nach Beteiligung bzw. nach Anerkennung der Rechte der Arbeitnehmer? Wie schon das Gemeinsame Wort von 1997 betonte, berührt das eigene Handeln in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht die Glaubwürdigkeit der Kirchen (vgl. Nr. 244). Man kann nicht Maßstäbe formulieren und öffentlich vertreten, ohne sie auch an sich selbst und das eigene Handeln anzulegen.

Und schließlich fünftens. Oft ist mir die Frage gestellt worden: Warum ist dieses Wort nicht wie das Gemeinsame Wort von 1997 entstanden? Viele betrachten das Zustandekommen des Textes der Sozialinitiative als Rückschritt. Andererseits muss anerkannt werden, dass auch neue Wege zum Ziel führen können, wenn bestimmte Faktoren Berücksichtigung finden. Es erscheint mir deshalb notwendig, dass Partizipation der Stil der Weiterarbeit sein muss.

An diesen fünf Punkten, meine Damen und Herren, hoffe ich zumindest stichwortartig deutlich gemacht zu haben, wie wir die Vielheit der Perspektiven unter der Rücksicht, dass wir sowohl paradoxal als auch komplex denken müssen, bewältigen können. Dabei gilt es sowohl dem prophetisch-kritischen Potenzial der Kirchen genügend Raum zur Verwirklichung zu geben wie den konkreten anthropologisch-sozialen Bedingungsmöglichkeiten.

Impulse für die Zukunft: Themen der Sozialinitiative zur Diskussion gestellt

Generationengerechtigkeit

Prof. Dr. Jörg Althammer

Sobald sich die Kirchen öffentlich zur Reform des Sozialstaats äußern, steht sofort der Vorwurf der Kompetenzüberschreitung im Raum. Das war bereits beim Gemeinsamen Sozialwort der Kirchen aus dem Jahr 1997 so, und das ist auch beim Text der Sozialinitiative „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ der Fall. Wenn die Kirchen zu konkreten sozialpolitischen Fragen Stellung beziehen, wird die Frage aufgeworfen, mit welchem Recht und mit welcher Kompetenz sich eine Institution in die politische Auseinandersetzung einbringt, deren eigentliche Aufgabe darin besteht, das Wort Gottes zu verkünden. Und es ist ja richtig, dass die Kirchen keine spezifische Expertise in ökonomischen Fragestellungen haben. Den kirchlichen Stellungnahmen gehen zwar eingehende wirtschaftspolitische Beratungen und Konsultationen mit Betroffenen und Sozialverbänden voraus, aber als Institution haben die Kirchen keinen Erkenntnisvorsprung in ökonomischen Fragestellungen.

Diese Feststellung entwertet das vorliegende Papier jedoch in keiner Weise. Denn die Reform des Sozialstaats ist im Kern kein ökonomisches Problem, sondern eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Sozialpolitische Reformen müssen eine Antwort auf die Frage geben, welche gesellschaftlichen Gruppen von sozialen Leistungen erfasst werden und in welchem Umfang sie zur Finanzierung dieser Leistungen herangezogen werden. Ökonometrische Studien können hier einen wertvollen Beitrag leisten, da sie die Anpassungsreaktionen von Versicherten, Arbeit-

nehmern und Unternehmen auf Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen quantifizieren. Sie tragen dazu bei, ein umfassendes Bild über die Kosten und die Be- und Entlastungswirkungen bestimmter sozialpolitischer Maßnahmen zu erhalten. Aber das löst nicht die zugrunde liegende Frage der sozialen Gerechtigkeit. Und wenn es um die soziale Gerechtigkeit geht, dann haben die Kirchen durchaus eine spezifische Kompetenz – weit mehr, als es die Ökonomie für sich beanspruchen kann. Ökonomen liefern das erforderliche Verfügungswissen, um Nutzen und Kosten einzelner sozialpolitischer Maßnahmen abzuschätzen und Reformalternativen aufzuzeigen. Hinzukommen muss jedoch ein Orientierungswissen, das diese Entwicklung normativ reflektiert und verschiedene soziale Zustände ethisch beurteilt. Dieses Orientierungswissen bereitzustellen ist die Aufgabe der Zivilgesellschaft und damit auch der Kirchen.

Demografische Entwicklung und intergenerationale Gerechtigkeit

In dem Gemeinsamen Wort der Kirchen wird als eine der drängenden Fragen gemeinsamer Verantwortung die gerechte Verteilung der mit dem demografischen Wandel einhergehenden Belastungen angesprochen. Es wird in diesem Text nicht bestritten, dass jedes System sozialer Sicherung – gleichgültig, ob es kapitalgedeckt oder umlagefinanziert ist – an geänderte ökonomische und soziodemografische Rahmenbedingungen angepasst werden muss. Aber es wird die Frage aufgeworfen, welche sozialpolitischen Konsequenzen hieraus zu ziehen sind. Vor allem der Anstieg der Lebenserwartung und der deutliche Rückgang der Geburten stellen das soziale Sicherungssystem in Deutschland vor Probleme. Auf diese Herausforderungen hat die Politik mit der Heraufsetzung der gesetzlichen Regelaltersgrenze, einer Absenkung des Rentenniveaus und unlängst mit der Auswei-

tung der Kindererziehungszeiten („Mütterrente“) reagiert. Wenn man diese Maßnahmen ethisch beurteilen möchte, dann sind zunächst zwei Aspekte zu berücksichtigen. Zum einen ist nicht jede Anpassung der sozialpolitischen Leistungen an den demografischen Wandel eine Kürzung sozialer Leistungen. Wenn die durchschnittliche Lebenserwartung ansteigt, so muss auch das Renteneintrittsalter erhöht werden, um die Sozialleistungen konstant zu halten. Ein Verzicht auf die Erhöhung des Renteneintrittsalters würde demgegenüber zu einer Ausweitung der Versicherungsleistungen führen. Deshalb spricht sich das Papier für die Anhebung des Renteneintrittsalters aus – und bezieht damit implizit Position gegen die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren („Rente mit 63“). Zum anderen ist das Konzept der „Generationengerechtigkeit“ für die praktische Sozialpolitik wenig tauglich. Denn es gibt in einer Gesellschaft keine Geburtskohorten, deren Lebenslagen in sich weitgehend homogen wären und die man zu einer kalendarischen Generation zusammenfassen und mit anderen kalendarischen Generationen vergleichen könnte. Jede Generation ist in sich ausgesprochen vielfältig und heterogen. Innerhalb einer Geburtskohorte stehen sich Bezieher hoher und geringer Einkommen gegenüber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit durchgängig sozialversicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit solchen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien und schließlich Familien mit mehreren Kindern den Kinderlosen. Diese unterschiedlichen sozialen Gruppen lassen sich nicht einfach unter einen einheitlichen Generationenbegriff subsumieren. Vielmehr müssen zu jedem Zeitpunkt die Leistungen und Belastungen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen vor dem Hintergrund der Prinzipien des Systems sozialer Sicherung und der gesetzten sozialpolitischen Ziele untersucht und daraus sozialpolitische Schlüsse gezogen werden. Das geschieht im Papier, wenn beispielsweise eine verstärkte Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversiche-

nung gefordert wird. Denn ein umlagefinanziertes Alterssicherungssystem ist auf eine annähernd stabile Generationenfolge angewiesen. Wenn immer weniger Beitragszahlern immer mehr Leistungsempfänger gegenüberstehen, müssen die Versicherungsleistungen dem angepasst werden. Aber in allen Generationen gibt es Eltern, die durch die Geburt und Erziehung ihrer Kinder zur langfristigen Stabilisierung des umlagefinanzierten Systems sozialer Sicherung beitragen. Und es wäre ungerecht, die Versicherungsleistungen von Eltern in dem gleichen Maße abzusenken wie die von Kinderlosen. Insofern ist die Höherbewertung von Kindererziehungszeiten für Geburten vor 1992 („Mütterrente“) ein wichtiger Schritt zur Herstellung horizontaler Gerechtigkeit in der Alterssicherung. Denn es ist ja nicht das Ziel der Anrechnung von Kindererziehungszeiten, die Geburtenraten anzuheben, wie der Sachverständigenrat in seinem jüngsten Jahresgutachten meint („Mehr Vertrauen in Marktprozesse“ – Jahresgutachten des SVR 2014/15, Tz. 564). Kindererziehungszeiten sind vielmehr eine Honorierung der Leistungen, welche die Familien für die umlagefinanzierten Sozialversicherungen erbringen. Und diese Leistungen sind nicht vom Geburtsjahr des Kindes abhängig.

Das Papier der Kirchen verzichtet darauf, das System sozialer Sicherung mit dem Kriterium der Generationengerechtigkeit zu beurteilen. Allerdings werden langfristige Probleme auch nicht ausgeklammert. Als ein zentrales ethisches Problem wird die Tatsache angesehen, dass bei einer weiteren Absenkung des Rentenniveaus die Differenz zwischen Grundsicherungsleistungen und beitragsbezogenen Renten immer geringer wird und für bestimmte Gruppen von Versicherten vollständig verschwindet. In dem Maße, in dem der Unterschied zwischen Beitragszahlern und Beziehern von sozialer Grundsicherung verschwimmt, verliert das Versicherungssystem aber nicht nur gesellschaftliche Akzeptanz, sondern auch seine „sozialethische Begründung“

(S. 40). Damit wird ein sozialpolitisches Problem von enormer Tragweite angesprochen. Denn die Legitimität des beitragsfinanzierten sozialen Sicherungssystems wird davon abhängen, dass es gelingt, einen Abstand zwischen Versicherungsleistung und der Grundsicherung beizubehalten. Das wird langfristig nur gelingen, wenn das Leistungsrecht der Rentenversicherung aufkommensneutral umgestaltet wird. Entsprechende Reformmodelle liegen bereits vor. Sie reichen von der Höherbewertung von Entgeltpunkten über die Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente bis hin zu einer völligen Neugestaltung des Alterssicherungssystems. Alle diese Maßnahmen sind wiederum mit Eingriffen in Besitzstände und entsprechenden Umverteilungseffekten, also Fragen der sozialen Gerechtigkeit, verbunden. Und deshalb wird es auch weiterhin die Aufgabe der Kirchen sein, diesen Prozess kritisch zu begleiten.

Response

Lisi Maier

In der Regel entsteht eine Debatte um die Bewirtschaftung öffentlicher Haushalte dann, wenn eine rigide Sparpolitik das einzige politische Handlungsmittel zu sein scheint. Argumente, die wir als Jugendverbände in solchen Fällen häufig zu hören bekommen, sind dann, dass kein Geld zur Verfügung stehe und die Jugend gar nicht wisse, wie schlecht es um die Finanzen steht. Wir bekommen immer wieder gesagt, jetzt wirkt die Schuldenbremse und da müssen wir alle sparen – auch die jetzt junge Generation. Aber es wäre ja für unsere Zukunft. Doch wenn nicht mehr Investitionen in die heute junge Generation und deren Lebensumfeld getätigt werden, dann schaut es für die Zukunft der heute jungen Generation nicht unbedingt rosig aus.

Junge Menschen nehmen die Rente ab 63 und die Mütterrente eher als einen gerechten Ausgleich für die ältere Generation innerhalb bestimmter Alterskohorten wahr. Und zugleich wissen junge Menschen heute, dass aufgrund veränderter Arbeitsbedingungen und des demographischen Wandels für sie ganz andere Ausgangsvoraussetzungen für die Rente bestehen werden – wenn man das System nicht grundsätzlich überdenkt.

In der aktuellen Rentendiskussion wird eine Arbeitswelt in den Fokus gerückt, die für junge Menschen heutzutage nicht mehr existiert. Viele hangeln sich zunächst von Praktikum zu Praktikum, müssen befristete Verträge und niedrige Entlohnung in Kauf nehmen, diskontinuierliche Erwerbsbiographien mit Phasen der Arbeitslosigkeit und ungewollte Solo-Selbstständigkeit durchstehen und kommen viel später als in früheren Jahrzehnten in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Diese unterbrochenen Erwerbsbiografien sind mittlerweile alltäglich. Die Diskussionen um die Altersvorsorge orientieren sich jedoch immer noch an Normalerwerbsbiographien.

In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Menschen – vor allem von Frauen – in der Altersarmut verdoppelt. Eine halbe Million Menschen leben von Grundsicherung und die Dunkelziffer ist Experten zufolge doppelt so hoch. Der häufigste Grund: unterbrochene Erwerbsbiographien. Deshalb werben wir als BDKJ für eine bedingungslose Grundrente für jede und jeden, die ein würdevolles Leben im Alter möglich macht. Das würde der großen Angst junger Menschen vor der Altersarmut entgegenwirken.

Wirklich solidarisch und gerecht wäre es, alle Einkommensarten in die Finanzierung eines Rentenmodells einzubeziehen: Selbstständige, Beamtinnen und Beamte, vor allem diejenigen die ihr Einkommen aus Kapital beziehen. Dadurch werden die

Lasten gerechter verteilt – und das ganz unabhängig von Generationendebatten.

Finanzmarktregulierung

Prof. Dr. Hans-Peter Burghof

Im Gefolge der Finanzkrise ab 2007 wurden zahlreiche Anstrengungen unternommen, um zukünftigen Krisen besser begegnen zu können. Viele dieser Maßnahmen sind sinnvoll und erhöhen die Stabilität des Bankensystems. Dennoch ist auch hier Augenmaß gefordert. Nicht jede Regulierung ist gerechtfertigt. Und ein Übermaß an Regulierung kann Nebenwirkungen entfalten, die dem Regulierungszweck genau entgegenwirken. Die Wirtschaftswissenschaften haben dazu Kriterien entwickelt: Soll eine ökonomische Institution reguliert werden, sollte der Regulierer diese zunächst in ihrer Funktion verstanden haben. Er muss ein Marktversagen nachweisen können. Und schließlich muss das Regulierungsinstrument in der Verringerung der Auswirkungen des Marktversagens einen Nutzen stiften, der die schädlichen Nebenwirkungen, die jeder staatliche Eingriff in die Wirtschaft mit sich bringt, überwiegt. Sind diese Kriterien nicht erfüllt, tritt durch den staatlichen Eingriff an die Stelle des Marktversagens ein Staatsversagen.

Die neue Intensität der Regulierung wirft hier eine Reihe von Fragen auf. Immer weniger Geschäfte können profitabel in derart regulierten Banken durchgeführt werden. Manche entfallen einfach, so etwa die Beratung in Gelddingen für weniger vermögende Kunden, die heute einen vollkommen unvertretbaren Aufwand erforderlich macht. Um einigen Missbräuchen entgegenzusteuern, hat der Regulierer gerade den Menschen den Zugang zu dieser Bankleistung entzogen, die sie besonders benötigen. Andere, lohnendere Geschäfte verlagern sich an weniger

regulierte Finanzplätze oder, in geeigneter Umgestaltung, auf Unternehmen, die der Bankenaufsicht nicht unterliegen. Globale Unternehmen suchen für ihre Geschäfte Standorte, an denen sie einer möglichst geringen Regulierungsintensität unterworfen sind. Und viele neue Konzepte im Finanzsektor, die innovativ wirken, sind vor allem deshalb erfolgreich, weil sie nicht mit hohen Regulierungskosten belastet werden. Dieser sogenannte Schattenbankensektor wächst seit der Finanzkrise kräftig an. Er ist sehr innovativ darin, sich einer möglichen Regulierung zu entziehen. Und im Umkehrschluss: Der betriebswirtschaftliche Wert einer Innovation misst sich weniger daran, ob sie den Menschen Nutzen stiftet, sondern vielmehr daran, ob es mit ihr gelingt, der Regulierung zu entgehen. Damit entsteht ein großer Bereich wenig oder gar nicht kontrollierter Risiken für die Stabilität des globalen Finanzsystems, während der regulierte Teil des Finanzsystems durch mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und Ertragsschwäche in seiner Stabilität bedroht wird.

Ein weiterer adverser Effekt ergibt sich aus der Tatsache, dass die neue Regulierung ein schon seit langem beobachtbares Ungleichgewicht in Europa weiter verschärft: Die Regulierungskosten belasten kleine Banken relativ zu ihrer Größe wesentlich stärker als die Großbanken. Diese Tatsache widerspricht der eigentlichen Absicht des Regulierers, sich auf die großen, systemischen Institute zu konzentrieren. Mit der Übernahme der Bankenaufsicht durch die Europäische Zentralbank scheint sich dies weiter zu verschlimmern. Die kleinen Banken sind der hohen Komplexität der neuen aufsichtlichen Normen und der Vielzahl an Informationspflichten kaum noch gewachsen. Neben den zahlreichen krisenbedingten Fusionen entsteht ein weiterer Konsolidierungsdruck, sobald die kleineren Banken vor dem Regulierer kapitulieren. Manche Marktbeobachter werden dies begrüßen, weil sie unterstellen, dass große Banken effizienter seien. Dafür gibt es jedoch jenseits einer bestimmten Mindestgröße

keinen empirischen Nachweis. Damit bleiben als wesentliche Effekte dieser vom Regulierer und nicht durch den Markt vorangetriebenen Veränderung der Größenstruktur im Bankenmarkt weniger Wettbewerb und vor allem weniger Stabilität des Bankensystems. Denn es sind gerade die großen, in vielen Geschäftsfeldern aktiven und intensiv, auch international, vernetzten Institute, die eine Bankenkrise so gefährlich machen.

Eine sinnvolle Lösung wäre es, die Aufsicht über die kleineren Institute vollständig von der Aufsicht über die Großbanken zu trennen und die kleinen Institute mit einem eigenen, stark vereinfachten Normenkatalog zu regulieren. Damit würde die intensivere und damit auch teurere Aufsicht über die europäischen Großbanken zu einer Art Too-big-to-fail-Steuer, die zumindest einen Teil der negativen externen Effekte der systemischen Institute in deren Entscheidungsfeld internalisiert. Damit wäre es nicht mehr so erstrebenswert, too-big-to-fail zu werden, sondern die Größe müsste sich als Notwendigkeit aus dem jeweiligen Geschäftsmodell der Bank ergeben. Diese differenzierende Lösung wäre auch sehr viel markt-konformer als etwa die häufig geäußerten Vorschläge, Großbanken einfach entlang letztlich beliebiger Grenzen in weniger systemische kleine Einheiten zu zerlegen. Aber es fällt den Aufsichtsbehörden sehr schwer, solche Bereiche einer geringeren Regulierungsintensität zu tolerieren.

Die hohe Intensität der Regulierung kann auch dazu führen, dass die Menge der betriebswirtschaftlich tragfähigen Geschäftsmodelle für Banken drastisch schrumpft. Gegenwärtig korrespondiert dieses Problem mit der anhaltenden Niedrigzinspolitik der EZB, die viele Geschäftsmodelle der Banken gefährdet, indem sie z. B. die Entgegennahme von Spareinlagen zu einem Verlustgeschäft macht. Aufsicht und Zentralbank determinieren damit das Geschäftsmodell. Die Banken werden so einander immer ähnlicher. Je homogener jedoch die Institute sind, umso anfälliger ist das Gesamtsystem, da die Institute zum gleichen

Zeitpunkt von den gleichen Risiken bedroht werden. Sind alle Institute gleichzeitig in der Krise, ist es für den Staat kaum noch möglich, das Bankensystem zu stützen, und die wirtschaftlichen Schäden einer solchen Bankenkrise wären sehr viel gravierender, da die Wirtschaft nicht, wie in der vergangenen Finanzkrise, auf andere, weniger betroffene Institute ausweichen kann.

Unter allen drei Aspekten – Regulierungsarbitrage, Größenstruktur und Vielfalt der Geschäftsmodelle – kann also gerade das Bemühen der Aufsicht, besonders sorgfältig und intensiv ihre Aufgaben zu erfüllen, dazu führen, dass sie ihr eigentliches Ziel verfehlt. Ein Bankensystem, das von großen, einander sehr ähnlichen Banken geprägt ist, wäre unter dem Gesichtspunkt der Systemsicherheit ein Alptraum. Mehr Aufsicht bedeutet eben, so viel man sich bemühen mag, nicht immer im Ergebnis eine bessere Aufsicht. Dafür fehlt dem gegenwärtig entstehenden dichten Netz von Regulierungen die eigentlich ausschlaggebende systemische Perspektive: Schaffen wir mit der neuen Regulierung tatsächlich ein Bankensystem, das von seiner Struktur her stabiler auf mögliche Belastungen reagiert als das heutige Bankensystem? Oder besteht nicht vielmehr die Gefahr, dass das neue Aufsichtssystem zwar die Sicherheit der einzelnen Bank erhöht, insgesamt aber Strukturveränderungen auslöst, die das Finanzsystem als Ganzes noch krisenanfälliger machen?

Finanzmarktregulierung

Prof. Dr. Bernhard Emunds

(1) Kirchliche Stellungnahmen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, die gesellschaftliche Diskussionsprozesse anstoßen wollen, müssen über die kleinteiligen „Stellungskämpfe“ der Parteien im politischen Alltag hinauskommen und ethische Perspektiven aufzeigen. Die Veröffentlichung des Textes „Gemeinsame Verant-

wortung für eine gerechte Gesellschaft“ – im Folgenden nur noch kurz „Sozialpapier“ genannt – durch den Rat der EKD und die Deutsche Bischofskonferenz im Februar 2014 halte ich für einen Fehlstart. Das liegt zum einen daran, dass das Verfahren der Debatte über das Sozialpapier nicht geklärt ist. Bis zur Stunde ist unklar, ob die Ergebnisse der Diskussionen in einem neuen Text gebündelt werden. Wer mag sich schon in einen Prozess einbringen, in dem die kirchliche Basis und die Vertreter anderer gesellschaftlicher Gruppen ihrem Unmut Luft machen können, die kirchenamtlichen Positionen aber in Stein gemeißelt sind? Zum anderen war die Veröffentlichung des Sozialpapiers meines Erachtens deshalb ein Fehlstart, weil es sich bis auf wenige Passagen im Klein-Klein der Großen Koalition verheddert.

Dabei können kirchliche Stellungnahmen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik über das Alltagsgeschäft der Politprofis hinauskommen, ohne sich in die himmlischen Höhen abstrakter Wertreflexionen zu verflüchtigen. Eine Möglichkeit, über die kleinteilige Tagespolitik hinauszukommen, hat Bischof Homeyer zu Beginn jenes Konsultationsprozesses aufgewiesen, aus dem dann das Sozialwort von 1997 hervorging. Er forderte Christen und Nichtchristen auf, sich „nicht von Denkblockaden einschnüren zu lassen“, sondern auch nach dem Wünschenswerten zu fragen: „In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Wie wollen wir unser gemeinsames Leben gestalten?“ Eine andere, dem Jahr 2014 vermutlich besonders angemessene Möglichkeit hätte darin bestanden, einige grundlegende Fragen zu stellen: Die Kirchenleitungen hätten einige fundamentale gesellschaftspolitische Herausforderungen der Gegenwart identifizieren können, auf die es eben noch keine fertigen Antworten gibt, sondern die im Gegenteil das Potenzial haben, die eingefahrenen Überzeugungen der verschiedenen politischen Lager zu verunsichern. In dem vorliegenden Sozialpapier entwickeln die Kirchenleitungen lei-

der nur an wenigen Stellen Perspektiven, die über die 185 Seiten des Koalitionsvertrags hinausgehen.

(2) Wohl noch am ehesten gelingt das im Bereich der Finanzmarktpolitik (vgl. Seiten 7 f. sowie die Thesen 1 und 3 des Sozialpapiers). Hier wird eine für die wirtschaftsethischen Reflexionen der Christlichen Sozialethik typische Perspektive deutlich, die sich ansonsten in anderen wirtschaftsethischen Ansätzen nur selten findet: In der Christlichen Sozialethik geht es nicht nur darum, schädliche Effekte oder Nebenwirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten einzudämmen. Vielmehr wird das Wirtschaften insgesamt auf die Lebens- und Entfaltungsinteressen aller Menschen ausgerichtet. Um dieser weitreichenden Zielsetzung willen sollen die nationalstaatlichen Regierungen und die internationalen Organisationen aktiv werden; sie sollen das Wirtschaftsgeschehen gestalten und ihm vor allem eine verlässliche und faire Rahmenordnung geben. Dies wird in dem Sozialpapier in aller wünschenswerten Deutlichkeit gesagt.

So beschränkt sich der Text nicht darauf, solche finanzwirtschaftlichen Aktivitäten zu problematisieren, durch die das Risiko einer Finanzkrise steigt oder bei denen Akteure geschädigt, z. B. Kleinanleger „über den Tisch gezogen“, werden. Vielmehr beklagt das Sozialpapier, dass sich die Finanzindustrie verselbstständigt hat, insofern sich mit vielen ihrer gewinnträchtigen Aktivitäten „kein realwirtschaftlicher Nutzen“ (Seite 16) mehr verbindet. Gemeint sind offenbar Geschäfte, von denen kein Akteur einen Vorteil hat, der nicht Vorstand, Mitarbeiter/-in oder Aktionär eines Finanzinstituts ist. Das ist die eine zentrale Kritiklinie des Sozialpapiers an der Finanzwirtschaft. Die andere Linie passt gut dazu, obwohl sie zugleich auch in anderen Traditionen wirtschaftspolitischen Denkens, etwa im Ordoliberalismus, vertreten wird: Es ist die Kritik daran, dass mit der Sozialisierung der Verluste vieler Finanzinstitute das Prinzip der Haftung weitgehend aufgeweicht wurde. Die Übernahme der Bankverluste

durch den Staat ist zum einen problematisch, weil die Aussicht einer künftigen Verlustübernahme Geschäfte, die besonders einträglich, aber auch besonders riskant sind, noch attraktiver macht. Zum anderen führen die Rettungspakete für Banken zu Belastungen der staatlichen Haushalte, unter denen in vielen Industrieländern wegen der staatlichen Sparpolitik die Benachteiligten besonders zu leiden haben; denn sie sind diejenigen, die auf staatliche Leistungen besonders angewiesen sind.

(3) Allerdings hätten die Kirchen bei beiden zentralen Kritiklinien an der heutigen Finanzwirtschaft auch noch einen Schritt weitergehen können. Warum können Banker und Bankaktionäre mit bestimmten Aktivitäten des Investmentbankings viel Geld verdienen, auch wenn von ihnen kein Externer einen Nutzen hat? Woher kommt das Geld, das da verdient wird? Wenn Geschäftsbanken Kredite vergeben oder Vermögenswerte kaufen, schaffen sie zugleich neues Geld. Deshalb kann man sich das Kredit- und Einlagengeschäft einer Geschäftsbank vorstellen wie eine große Geldmaschine. Entscheidend ist, woran man diese großen Geldmaschinen anschließt! Mit dem neuen Geld dieser Geldmaschinen kann man reale Investitionen und Beschäftigung finanzieren. Man kann mit ihm aber auch Finanztransaktionen und die Käufe bereits bestehender Vermögenswerte bezahlen. Ein zentrales Problem der Finanzwirtschaft ist, dass das Kredit- und Einlagengeschäft heute mit dem stark expandierenden Investmentbanking jeweils in einer Bank eng verbunden ist und dass darüber hinaus ein Großteil der Bankkredite dazu dient, Transaktionen mit Wertpapieren, Derivaten oder Immobilien zu finanzieren. Weil die Geldmaschinen der Kreditinstitute auch (und vor allem) an diese Finanztransaktionen und Vermögensumschichtungen angeschlossen sind, können die Banken mit den entsprechenden Aktivitäten viel Geld verdienen, obwohl diese Geschäfte Dritten keinen Nutzen bringen.

Auch die Kritiklinie mit dem Haftungsprinzip müsste man eigentlich weiter ausziehen: Ohne grundlegende Veränderungen der Finanzwirtschaft wird sich auch in den nächsten Jahrzehnten keine Regierung der Welt in der Lage sehen, das Haftungsprinzip konsequent gegen Banken durchsetzen. Keine wird es wagen, eine Großbank alle Verluste tragen und Konkurs gehen zu lassen, wenn dadurch der gesamte Sektor der Geschäftsbanken ihres Landes in die Krise zu stürzen oder gar eine globale Bankenkrise auszubrechen droht. Das Kredit- und Einlagengeschäft der Geschäftsbanken ist essentiell für jede moderne Volkswirtschaft. Hier kommen die Wirtschaftsakteure an ihr Geld, hier wird ihr bargeldloser Zahlungsverkehr abgewickelt. Weil eine moderne Volkswirtschaft ohne das Kredit- und Einlagengeschäft der Geschäftsbanken nicht „funktionieren“ kann, haben die Banken das „Erpressungspotenzial“ (Seite 25), von dem auch das Sozialpapier spricht. Wer das Haftungsprinzip konsequent durchsetzen will, wer will, dass Institute, die sich mit risikanten Aktivitäten des Investmentbanking verspekuliert haben, auch tatsächlich Konkurs gehen können, der muss auch für kleine Banken und für eine Trennung des Investmentbanking vom Kredit- und Einlagengeschäft eintreten. Nur bei einer solchen Trennung nämlich kann eine Regierung eine Investmentbank, die sich verspekuliert hat, „Pleite gehen“ lassen, ohne das gesamtwirtschaftlich unverzichtbare Kredit- und Einlagengeschäft zu gefährden. Und nur kleine Institute, die nicht allzu sehr mit dem Rest der Finanzwirtschaft verwoben sind, können vom Erdboden verschwinden, ohne das gesamte globale Finanzsystem mit in den Abgrund zu reißen. Nun wird niemand von den Leitungen der Großkirchen ernsthaft erwarten, dass sie in einem offiziellen Papier die Zerschlagung der Deutschen Bank und anderer Großbanken fordern. Aber sie könnten eben unbequeme Fragen stellen, hier z. B. die Frage, wie das Haftungsprinzip durchgesetzt werden kann, solange es riesige Universalbanken gibt.

(4) Bedauerlich ist, dass das Sozialpapier, den in Deutschland üblichen Debattenlinien folgend, nur die Staatsverschuldung problematisiert. Es kommt nicht auf das umfassendere Problem zu sprechen, dass in vielen Industrieländern nicht nur die öffentliche Hand, sondern auch der Unternehmenssektor oder der Sektor der privaten Haushalte hoch verschuldet ist. Hätte der Text dies thematisiert, dann wäre auch die Verbindung des Schuldenproblems mit der Finanzmarktpolitik deutlich geworden; denn eine hohe Verschuldung ist typisch für die Zeit nach einer Finanzkrise. Schließlich geht einer Finanzkrise fast immer eine lange Phase finanzwirtschaftlicher Expansion voraus, eine Phase des anhaltenden Optimismus, in der viele der optimistischen Akteure immer mehr Schulden aufnehmen.

Nicht nur bedauerlich, sondern ärgerlich ist, dass die Autoren des Sozialpapiers in das verbreitete Lamento über niedrige Zinsen einstimmen und dabei – im Vergleich zu anderen Problemlagen – recht scharf formulieren: „Sozialethisch kritisch zu bewerten ist (...), dass die Sparer zur Zeit besondere Belastungen tragen müssen“ (Seite 29). Haben die Autoren übersehen, dass, wenn jemand Zinsen kassiert, ein anderer diese Zinsen zahlen muss? In vielen Industrieländern ist das Problem hoher Schuldenstände des Staates, der privaten Haushalte und/oder der Unternehmen eine schwere Last, die jede wirtschaftliche Dynamik erdrückt. Wie will man aus dieser Zwangslage herauskommen? Allein durch Wachstum? Das ist völlig unrealistisch! Durch eine hohe Inflation oder durch einen globalen Teilerlass von Schulden? Das werden zumindest in Deutschland die meisten nicht wollen! Was bleibt dann außer einer längeren Phase niedriger Zinsen? Statt niedrige Zinsen „sozialethisch kritisch zu bewerten“ hätten die Kirchenleitungen vielleicht auch hier besser eine Frage gestellt: die Frage, wie die hohen Schulden abgebaut werden können, ohne dass wieder einmal die Kleinsparer die meiste Last tragen müssen.

(5) Ein letzter Punkt zum Wirtschaften der Kirchen selbst: Als Katholik, der im Bistum Limburg lebt, hätte ich mir ein offenes Wort der Kirchenleitungen zum Vermögen und zu den Finanzen der Kirchen gewünscht. Hier gibt es viel Intransparenz und auf katholischer Seite ein massives Kontrolldefizit. Ein Absatz zu dieser Problematik hätte die Glaubwürdigkeit der amtskirchlichen Ausführungen zur Finanzwirtschaft erhöht. Einen Absatz dazu hätten sicher viele begrüßt, nicht nur die Katholikinnen und Katholiken im Bistum Limburg.

Finanzmarktregulierung

Matthias Wittenburg

Erlauben Sie mir zunächst kurz auf die Doppelrolle einzugehen, aufgrund derer ich heute hier sitze. Einerseits vertrete ich als Stellvertretender Vorsitzender den Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer (AEU) in Deutschland e. V. Die Mitglieder des AEU stammen aus den unterschiedlichsten Bereichen der Wirtschaft, und da der Arbeitskreis grundsätzlich keine Verbandsmeinung o. ä. vertritt, befördern wir in unserer internen Diskussion heterogene Meinungen ebenso wie in unseren externen Stellungnahmen. Naturgemäß hat sich der AEU sehr intensiv mit der Ökumenischen Sozialinitiative auseinandergesetzt und hierzu auch bereits verschiedentlich geäußert. Daneben bin ich seit etwa eineinhalb Jahren Vorstandsmitglied der HSH Nordbank AG, einem Institut, das noch heute in besonderem Maße mit verschiedenen Folgen der Finanzkrise zu kämpfen hat. Meine nachfolgenden Statements mögen Sie bitte als Ausdruck meiner persönlichen Meinung begreifen, gleichwohl sind diese naturgemäß von Eindrücken aus den vorgenannten Aufgaben geprägt.

Ich kann die wesentlichen, in der Sozialinitiative gemachten Aussagen und Forderungen zur Finanzwirtschaft unterschreiben.

Für vernünftig denkende Menschen ist es unstrittig, dass die vermeintliche Selbstregulierung der Finanzmärkte in den Jahren vor 2008 versagt hat. Die Folge waren nicht mehr beherrschbare Risiken, die durch die bestehenden Mittel der Regulierung kurzfristig nicht mehr eingefangen werden konnten. Es wurden dramatische Rettungsmaßnahmen durch Regierungen und Aufsichtsbehörden initiiert, die den Einsatz atemberaubender Garantiezusagen und (im weitaus kleineren Maße) Kapitalspritzen notwendig machten. Seitdem wurden durch in dieser Form und Menge noch nie da gewesene Regulierungsmaßnahmen eine Vielzahl der krisenursächlichen Fehler adressiert. Banken haben heute ungleich höhere Kernkapitalquoten, riskante Eigengeschäfte wurden deutlich eingeschränkt oder gänzlich verboten, Aufsichtsbehörden haben sogenannte Stresstests durchgeführt und Banken mussten in der Folge ausführlich ihre eigene Abwicklung simulieren. All dies hat die Finanzmärkte nicht vollends risikofrei gemacht – dies ist auch schlechterdings unmöglich – aber doch deutlich beherrschbarer werden lassen. Ein großer Teil der Arbeit ist also schon getan, auch wenn wir noch nicht am Ziel sind.

Lassen Sie mich dennoch auf einige Punkte eingehen, die bei der Diskussion über „die Finanzmärkte“ oder „die Banken“ gerne übersehen werden und meines Erachtens nach auch im Gemeinsamen Papier zu einseitig behandelt wurden:

- Spekulation ist nach der Definition in Wikipedia „in der Wirtschaft eine auf Gewinnerzielung aus Preisveränderungen gerichtete Geschäftstätigkeit“. Diese hat es und wird es immer geben. Sie ist nicht neu und kein isoliertes Phänomen der Finanzmärkte. Jeder Kaufmann, der Ware in sein Schaufenster legt oder eine Investition tätigt, geht davon aus – spekuliert darauf –, dass diese einen Gewinn abwirft. Wir mögen dies moralisch anders bewerten als ein Kredit-

oder Kapitalanlagegeschäft, vom Charakter her gibt es aber keinen Unterschied. Im allgemeinen Sprachgebrauch hat der Begriff „Spekulation“ heute etwas Anrüchiges, Unmoralisches und unterstellt, dass jemand ohne eigenes Zutun einen Gewinn zu Lasten eines anderen macht. Dies ist jedoch falsch.

- Wenn wir nun aber diesen umgangssprachlichen Spekulationsbegriff gleichwohl einmal für einen Moment gelten lassen wollen, so sind 99 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Banken völlig unverdächtig hinsichtlich einer Verwicklung in Spekulationsgeschäfte. Sie sind schlicht nicht damit beschäftigt. Verallgemeinerungen sind hier – wie stets im Leben – unangebracht. Ich möchte Sie herzlich bitten, dies zu bedenken, wenn von „Bankern“ gesprochen wird. Weder Ihre persönliche Bankberaterin noch ein Kreditsachbearbeiter oder Firmenkundenbetreuer haben irgend etwas mit dieser anrüchigen Spekulation zu tun.
- Es ist eine Mär, dass die Staatsverschuldung in Deutschland wegen der Bankenrettung stark angestiegen sei. Nach belastbaren Berechnungen des Internationalen Währungsfonds waren dies per Ende 2012 netto € 44 Mrd. – viel Geld, keine Frage, aber eben auch nur rund 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Bundesrepublik. Natürlich tragen wir über die gemeinsame Währung Lasten in anderen europäischen Staaten mit, aber deren Probleme haben sich durch die Impulse der Finanzkrise lediglich entladen. Entstanden sind diese schon lange zuvor durch eine Vielzahl staatsspezifischer Fehler und struktureller Verwerfungen. Insofern ist die pauschale Verquickung der Begriffe „Finanzkrise“ und „Staatskrise“, wie sie auch im Gemeinsamen Papier stellenweise erfolgt, irreführend.

- Wenn heute noch der Ruf nach „Endlich mehr Regulierung der Banken!“ erklingt, ist dies purer Populismus. Wie ich eingangs schon kurz schilderte, verfügt die Aufsicht heute glücklicherweise weitgehend über die Instrumente, die in der Krise 2008 so dringend gefehlt haben. Dieses Gerüst steht noch nicht in allen Teilen, aber wir sind auf einem guten Weg, die richtigen Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen.
- Zum Abschluss noch ein Reizwort: Bonuszahlungen. Diese sind nicht per se schlecht und in vielen Bereichen der Wirtschaft und des Lebens verbreitet. Im Kleinen sind das schon die Trinkgelder, die wir für einen aufmerksamen Service geben. Sie sind Bonuszahlungen für gute Leistungen. Heute ist das Verhältnis zwischen fester und variabler Bezahlung im Bankwesen wieder deutlich zugunsten Ersterer verschoben, bis zu 80 Prozent der erfolgsabhängigen Komponente ist über mehrere Jahre gestreckt und klaren Malusregelungen unterworfen. Kurzfristigem Denken und Handeln ist dadurch ein wirksamer Riegel vorgeschoben worden.

Zusammengefasst sage ich insofern: Die Finanzkrise hat Verwerfungen und Irrungen auf dramatische Weise sichtbar werden lassen. Solange Menschen am Werk sind, werden wir Fehler und die hässliche Untugend der Gier Einzelner nie ganz ausschalten können. Es hat in unserem Land eine deutlich spürbare Rekalibrierung der Finanzwirtschaft gegeben. Und niemand bei Sinnen wird dies bedauern. Gerade deshalb aber steht es dem Papier auch nicht an, der gesamten Wirtschaft Gier und Maßlosigkeit zu unterstellen. Das Fehlverhalten Einzelner und in einzelnen Branchen berechtigt nicht zu drastischen Verallgemeinerungen. Die Kirchen sind nur dann glaubwürdig, wenn sie bei der Darstellung der Sachverhalte analytisch sauber arbeiten. Das ist in diesem Papier leider nicht stringent geschafft worden.

Response

Dr. Brigitte Bertelmann

Die Finanzmarktkrise ist keineswegs unvorhersehbar wie ein Tsunami über uns hereingebrochen. Lange vor dem Lehmann-Crash war bekannt und auch öffentlich darauf hingewiesen worden, dass die ungeheure Menge an nicht durchschaubaren und nicht kontrollierbaren Risiken, die sich in den Finanzinstituten angesammelt hatten, und die sehr vielfältige, aber intransparente Verflechtung zwischen den Finanzinstituten fast zwingend zu einem Crash führen würden, der sich dann allerdings wie die Wellen eines Tsunami ausbreiten könnte. Lediglich der genaue Zeitpunkt konnte nicht prognostiziert werden. Längst ist auch genauer analysiert worden, dass es nicht die Blase auf dem amerikanischen Immobilienmarkt allein war, die zu dem Crash geführt hat, sondern dass die Ursachen im systemischen Zusammenspiel auf allen Ebenen wirtschaftlichen und politischen Handelns lagen. Die Finanzkrise kann nicht allein auf individuelle Gier, unternehmerische Entscheidungsfehler oder auch mangelnden politischen Mut von einzelnen Akteuren zurückgeführt werden, obwohl das Schwarze Peter-Spiel zwischen Anlegern, Finanzinstituten und ihren Verbänden sowie Politiker/innen sich immer wieder großer Beliebtheit erfreut.

Allerdings hat sich gezeigt, dass gerade einige der großen Banken offenbar über Informationen und auch über die notwendigen Netze und technischen Voraussetzungen verfügten, um einen großen Teil der Risiken, an denen sie vorher gut verdient hatten, die sie zum großen Teil selbst kreiert hatten, an andere Finanzmarktakteure – oft mittlere und kleinere Banken und finanzmarktfernere institutionelle Anleger – abstoßen konnten. Sie waren also in der Lage, den Zeitpunkt, zu dem es kritisch wurde, recht gut abzuschätzen.

Aus all dem wollten die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft lernen. Erinnern wir uns an den G-20-Gipfel im Herbst 2008 – was haben die Staatschefs nicht alles versprochen?

Staaten und damit Steuerzahler mussten einspringen für die Spekulanten und die Finanzinstitute, die gemeinsam die Gewinne einstrichen und die Verluste nicht tragen wollten und konnten – ohne unabsehbare Folgen für das Wirtschaftssystem insgesamt. Nie wieder sollte diese Form der Erpressung möglich sein.

Wenn die Kirchen also in ihrer Sozialinitiative von der Notwendigkeit des Neubaus unseres Wirtschaftssystems sprechen, ist das meines Erachtens genau der richtige Ansatz. Die Frage ist: Was bedeutet das genau und wie kommen wir da hin? Wenn wir die Forderung nach einer „Wieder-Einbettung“ des Finanzsektors in die sogenannte Realwirtschaft ernst nehmen, also die Gestaltung, genauer die Begrenzung des Finanzsektors als Dienstleister für private Haushalte und für Unternehmen, die Waren und Dienstleistungen erstellen, die zu einer guten Versorgung und zu einem guten Leben beitragen, könnte das tatsächlich sehr tiefgreifende Veränderungen mit sich bringen. Die Sozialinitiative weist hier darauf hin, dass es breiter demokratischer Entscheidungsprozesse und eines stärkeren Bewusstseins gemeinsamer Werte bedarf, um diese umzusetzen und die großen Probleme zu lösen: Zu lösen sind sie, denn auch ordnungspolitische Regelungen fallen nicht vom Himmel, sondern sind Ergebnis von Entscheidungen und Aushandlungsprozessen, aber auch Spiegel von Machtverhältnissen.

Das Scheitern von Großbanken stellt allein aufgrund der weitgehend intransparenten Verflechtungen innerhalb des Finanzsektors und der möglichen Dominoeffekte bis heute ein erhebliches Drohpotenzial für Wirtschaft und Politik dar. Das Problem des „Too-big-to-fail“ ist das größte und bedrohlichste und das-

jenige, zu dessen Lösung wir bisher am wenigsten weit gekommen sind.

Es bestehen bei zahlreichen Experten bis heute berechtigte Zweifel, dass die bisherigen Entscheidungen zur Erhöhung der Eigenkapitalbasis, zur Einrichtung eines Bankenrettungsfonds, einer verbesserten und stärkeren Bankenaufsicht und verschiedener sogenannter „Stresstests“ ausreichen werden, um zu verhindern, dass es wieder zu einem überraschenden Zusammenbruch eines größeren Finanzinstituts kommt und um im Fall einer erkannten, drohenden Insolvenz diese so abzuwickeln, dass nicht die Steuerzahler und die kleinen Sparer herangezogen werden.

Die enge Verflechtung bzw. zu große Nähe zwischen Politik und Banken wird als ein Grund dafür genannt, dass keine weitreichenderen Eingriffe in das Bankensystem erfolgt sind. Ein weiterer Grund ist die starke Abhängigkeit von Staaten von großen Finanzinstituten, weil nur deren hohe Platzierungsfähigkeit den Refinanzierungsbedürfnissen bei wachsender öffentlicher Verschuldung gerecht werden kann, solange die Staatsfinanzierung über die Notenbanken untersagt bleibt. (Dies kann ich an dieser Stelle nicht weiter diskutieren.)

Wenn Parlamente und Regierungen unter starkem Druck stehen, schnelle, nicht intensiv diskutierte und reflektierte Entscheidungen mit weitreichenden Folgen zu treffen, kann das die zukünftige Gestaltungsmöglichkeit von Politik weiter einschränken und die Abhängigkeit erhöhen, wie dies als Folge der Staatsschuldenkrise tatsächlich auch geschehen ist. Strukturelle Reformen sind daher nicht nur auf Seiten der Staaten sondern in gleichem Maße im Finanzsektor erforderlich. Die Strukturen und Finanzprodukte der Finanzmärkte müssen nicht nur hinsichtlich notwendiger Verbesserungen des Gläubigerschutzes überprüft werden, sondern auch hinsichtlich der damit verbun-

denen systemischen Risiken. Dies bezieht sich sowohl auf intransparente Risiken bei einzelnen Finanzprodukten wie auch auf die Risiken durch das nahezu unbegrenzte Geldschöpfungspotenzial im privaten Bankensektor.

Welche systemischen Reformen sind erforderlich?

- Klären, welche Finanzleistungen die Realwirtschaft tatsächlich braucht. Was dient dem Wohlstand der Gesellschaft und nicht dem selbstreferenziellen Agieren des Finanzmarktes?
- Das klassische Bankengeschäft stärken, das in der Krise der eigentlich stabilisierende Faktor des Marktes war.
- Verbot von Verdunkelungsoasen zur Geldwäsche und Steuerhinterziehung und zur Umgehung von Regulierung. Off-Shore-Plätze müssen geschlossen werden.
- Einführung eines „Finanzprodukte-TÜVs“ und ein Verbot von Derivaten, die nicht der Realwirtschaft dienen. Die Deregulierung in diesem Bereich und die unüberschaubare Menge spekulativer, oft auch für Fachleute unverständlicher Finanzprodukte haben wesentlich zur letzten Finanzkrise beigetragen.
- Ziel einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft muss die Verbesserung der Lebenssituation der Menschen sein. So wie es die Aufgabe von Notenbanken ist, für Geldwertstabilität, d. h. eine stabile, stetige Preisentwicklung auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten, zu sorgen (Preissteigerungsraten knapp unter oder bis 2 Prozent), so muss auch die inflationäre Preisentwicklung auf den Vermögensmärkten kontrolliert und Blasenbildung bekämpft werden.
- Ratingagenturen dürfen nicht mehr in die Entwicklung von Finanzprodukten einbezogen werden.

- Verpflichtung zu mehr Transparenz von Banken und Finanzinstituten.
- Wir brauchen begrenzende Strukturkennziffern, um systemgefährdende Größe zu verhindern.

Insgesamt ist mehr Mut zu Veränderung gefragt und die Bereitschaft zu gemeinsamen Such- und Lernprozessen. Insbesondere im Finanzsektor ist auch Degrowth eine ernstzunehmende Option, weil das ganze selbstreferenzielle „Geld mit Geld verdienen“ wegfällt und Mittel frei werden für Investitionen in nachhaltige Entwicklung weltweit (Thomas Jorberg, Vorstand GLS Bank).

Die Modelle für alternative Banken, die es mit der GLS, der Triodosbank, der Umweltbank und der Ethikbank nicht nur in Deutschland gibt, haben bisher nur einen sehr geringen Marktanteil. Ihre Geschäftsmodelle umfassen bisher auch nicht alle Bankgeschäfte, um selbst die Bedürfnisse der Realwirtschaft zu decken. Deren Grundsatz aber, Nachhaltigkeit nicht nur in Form von einzelnen Anlageprodukten umzusetzen, sondern zum durchgängigen Geschäftsprinzip zu machen, ist meines Erachtens im wahrsten Sinne des Wortes vorbildlich.

Schließlich müssen wir uns an dieser Stelle bewusst machen, dass Kirchen als institutionelle Anleger Teil des Systems sind. In Erwartung mittel- und längerfristig rückläufiger Kirchensteuereinnahmen beobachten wir eine Welle von Stiftungsgründungen auf allen Ebenen kirchlichen Handelns. Die Einführung von kapitalgedeckter Altersvorsorge in der wohlmeinenden Absicht, zukünftige Haushalte von steigenden laufenden Ausgaben zu entlasten, hat den Druck, auf dem Kapitalmarkt mit rentablen Geldanlagen ausreichende Erträge für die damit verbundenen Verpflichtungen zu erhalten, noch verstärkt. Wie viele andere Anleger leiden auch die kirchlichen Vermögen unter den auf

unabsehbare Zeit sehr niedrigen Zinsen, zumal kirchliche Anlagen außerdem mit einer sehr geringen Risikobereitschaft und zu Recht restriktiven ethischen Anlagekriterien verbunden sind. Selbstkritisch muss hier aber auch festgestellt werden, dass sich die Kirchen damit, trotz aller verbalen Kritik an den negativen ökologischen und sozialen Folgen des bestehenden, auf ressourcenintensives Wachstum und Wettbewerb ausgerichteten Wirtschaftssystems und der daraus in der Sozialinitiative abgeleiteten Forderung nach einem „Neubau unseres Wirtschaftssystems“, nicht hinreichend deutlich für grundlegende strukturelle Veränderungen einsetzen. Angesichts der in der Sozialinitiative deutlich benannten Interdependenz von Finanz- und Schuldenkrise, Klimakrise und zunehmender Ungleichheit liegt hier noch ein längerer Lernprozess vor uns, der stärker als bisher das gemeinsame Recht auf den Zugang und die Nutzung von globalen Gemeingütern und die gemeinsame, aber nicht gleiche Verantwortung für deren Erhaltung und Schutz in den Mittelpunkt stellt. Der „Eine-Welt-Denkansatz“ wird dann notwendigerweise auch die Überprüfung des Wettbewerbsprinzips als dominierendes wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ordnungsprinzip umfassen müssen wie auch die Stärkung und Weiterentwicklung kooperativer Wirtschaftsmodelle fördern. Dazu beizutragen, könnte ein nachhaltiger Dienst der Kirchen in und für die Gesellschaft sein.

Ökologisch-soziale Marktwirtschaft

Prof. Dr. Hans Diefenbacher

(1) Es ist in der bundesdeutschen Diskussion um die Zukunft des Wirtschaftens durchaus konsensfähig, die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu einer „ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ ins Auge zu fassen; in der Regel findet

diese Forderung im ganzen politischen Spektrum Zustimmung. Allerdings sind Überlegungen dieser Art seit den 1970er Jahren des letzten Jahrhunderts zu finden, ohne dass bis heute erhebliche Fortschritte auf diesem Weg zu verzeichnen wären. Und der Konsens beginnt zu schwinden, wenn man versucht, die Kriterien zu benennen, die erfüllt sein müssten, damit der Begriff „ökologisch-soziale Marktwirtschaft“ auch wirklich seine Berechtigung hat.

Der Kongress soll dazu dienen, die in der Ökumenischen Sozialinitiative entwickelte Perspektive zur Grundlage einer Diskussion zu machen, die den Weg „von gemeinsam erkannten Problemen zu praktischen Lösungen“ – so der Einladungstext – in den Blick nehmen soll. Eine Textkritik der vorgelegten Stellungnahme¹ sollte nicht im Zentrum des Kongresses stehen.

(2) Die erste von zehn Kernaussagen des Textes lautet [15]: „Gemeinsame Verantwortung heißt, wirtschaftliches Wachstum in den Dienst für den Menschen zu stellen.“ Aber auf den beiden folgenden Seiten [16/17] wird dann die in der Bundesrepublik überaus aktuelle Wachstumsdiskussion gar nicht behandelt, sondern die Finanzmarktkrise zum Ausgangspunkt der Erörterungen genommen und eine verantwortlich gestaltete Marktwirtschaft gefordert. Jedoch geht die Kernaussage aber zumindest hypothetisch davon aus, dass es auch Wachstumsprozesse geben könnte, die gerade *nicht* im „Dienst für den Menschen“ stehen. Wenn dies aber der Fall ist, dann wäre in einer Diskussion um die Gestaltung einer zukunftsfähigen öko-sozialen Marktwirtschaft zu klären, ob eine unkritische Fortsetzung der traditi-

¹ Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): *Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft*. Gemeinsame Texte Nr. 22 (Hannover/Bonn 2014). [Im folgenden Text beziehen sich die Zahlen in eckigen Klammern auf die Seitenzahl dieser Veröffentlichung.]

onellen Wachstumspolitik nicht sehr viel problematischer sein könnte als ein intelligenter Übergang zu einer „Postwachstumsgesellschaft“. Den Kirchen stünde es gut an, sich auf eine Diskussion einzulassen, die eine positive Vision einer Gesellschaft entwickelt, die kein quantitatives Wirtschaftswachstum mehr benötigen würde, um ihre Probleme zu lösen. Notwendig wäre demnach ein umsetzbares Design des Übergangs zu einer Postwachstumsgesellschaft, die dann nicht mehr als Bedrohung, sondern als Möglichkeit wahrgenommen werden könnte. Dazu bieten kirchliche Diskussionen und praktische Projekte eine große Vielfalt an positiven Beispielen.

(3) Ein möglicher Anknüpfungspunkt hierfür wäre die zweite Kernaussage [19]: „Gemeinsame Verantwortung heißt, die Soziale Marktwirtschaft nachhaltig weiterzuentwickeln.“ Aber auch hier ist der Bezugspunkt im Text wiederum zunächst die Finanzmarktkrise, gestreift werden Fragen der Inklusion, der Partizipation und der Teilhabe, und erst in den letzten zehn Zeilen des Abschnitts [22] werden ökologische Herausforderungen angesprochen, verbunden mit der Forderung, dass den sich entwickelnden Ländern nicht das Recht bestritten werden dürfe, am weltweiten Wohlstand teilzuhaben. Aber wenn der Begriff der Nachhaltigkeit in der Kernaussage wirklich substanziell ernst genommen werden und nicht nur auf die Bedeutung „dauerhaft“ reduziert werden soll, dann bedeutet dies, dass jede wirtschaftliche Entwicklung nur dann zukunftsfähig sein kann, wenn dabei die planetaren ökologischen Grenzen beachtet werden. Auch die Diskussion um Gerechtigkeit kann im 21. Jahrhundert nur im Rahmen einer derartigen „starken“ Definition des Begriffs der Nachhaltigkeit sinnvoll geführt werden – andernfalls wird wenig übrig sein, was den zukünftigen Generationen noch hinterlassen werden kann.

Diese Diskussion führt im Kern auch zu der Frage, welches Konzept von Wohlstand und Wohlfahrt unserer Wirtschafts- und

Gesellschaftspolitik zugrunde liegen soll. Hier könnte die These erörtert werden, dass sich mit zunehmendem Niveau des Bruttoinlandsprodukts (BIP) Wohlfahrtszuwächse in einem Land zunehmend von weiteren materiellen Zuwächsen abkoppeln müssen – und dass allein aus diesem Grund das BIP für das 21. Jahrhundert kein guter Indikator für Wohlstand und Wohlfahrt sein wird.²

(4) Schließlich ist die fünfte Kernaussage des Textes ein weiterer zentraler Anknüpfungspunkt [33]: „Gemeinsame Verantwortung heißt, ökologische Nachhaltigkeit in Lebens- und Wirtschaftsstile zu verankern.“ Diese Aussage hat zunächst einmal eine Dimension, in der die individuelle Verantwortung jeder/s einzelnen Konsumenten/in und Produzenten/in angesprochen ist. Empfehlungen, Anleitungen, Ratgeber gibt es zuhauf, erörtert werden muss hier die Frage, warum längst nicht das getan wird, was ohne jeden Verlust an Lebensqualität getan werden könnte. Aber auch diese Aussage hat unverzichtbar eine politische Dimension, denn solange die „große Politik“ auf internationaler und nationaler Ebene unverändert an den Leitbildern des quantitativen Wirtschaftswachstums, der Konkurrenz und des Wettbewerbs festhält, wird ein Umsteuern auf einen ressourcenleichten Wirtschafts- und Lebensstil de facto behindert und deswegen kaum gelingen. Als Anregung zur Diskussion würde hier eine erneute Lektüre von Karl Polanyi lohnen, der gegen Ende seines Werkes „The Great Transformation“ die Aufgabe der vor uns liegenden Transformation beschreibt: nämlich, zu einem Marktsystem zu kommen, das nicht mehr selbstregulierend sein wird, da die Faktoren Arbeit, Boden und Geld aus dem Markt

² Vgl. ausführlich dazu Diefenbacher, Hans/Diefenbacher, Roland: *Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt* (München 2011).

herausgenommen werden sollten.³ Daraus ergäbe sich die These, dass nur durch eine differenzierte Einhegung des Marktes die Transformation zu einer zukunftsfähigen ökologisch-sozialen Marktwirtschaft gelingen kann, ohne den Markt funktionsunfähig zu machen.

Ökologisch-soziale Marktwirtschaft

Dr. Markus Kerber

Deutschland geht den Weg des Ausgleichs zwischen Ökologie und Ökonomie schneller und bewusster als andere Länder. Das können wir, weil wir mittlerweile eine sehr reife Volkswirtschaft sind, deren Bevölkerung zudem nicht mehr wächst. Deswegen müssen wir nicht mehr stark quantitativ wachsen und haben uns auf ein eher qualitatives Wachstum verlegt.

In weiten Teilen der Welt, insbesondere in der südlichen Hemisphäre, ist die Situation eine gänzlich andere: Für diese Länder wird bis zum Jahre 2050 ein Bevölkerungswachstum von bis zu zwei Milliarden Menschen prognostiziert. Um die Grundbedürfnisse dieser vielen zusätzlichen Köpfe zu befriedigen, müssen sie quantitativ wachsen.

Wir müssen uns ehrlich fragen, warum es uns in den reiferen Staaten des Nordens bisher nicht gelungen ist, den Rest der Welt davon zu überzeugen, ihren Konsum einzuschränken. Auch wenn diese Forderung mit dem Wohle der Ressourcenbasis des Planeten begründet wird, steht sie angesichts des Wohlstandes im Norden ethisch auf tönernen Füßen. Wir können deshalb nur

³ Polanyi, Karl: *The Great Transformation* (1944) – deutsch unter dem gleichen Titel (Wien 1977), zit. nach der Ausgabe: Frankfurt 1978, hier S. 332 f.

„vorleben“ und nicht „bevormunden“: Wir müssen vorleben, wie dieses quantitative Wachstum ressourcenschonend zu schaffen ist.

Damit im Jahre 2050 neun Milliarden Menschen auf diesem Planeten in Würde leben können, muss die Ressourceneffizienz drastisch verbessert werden. Effizienz ist ein urkaufmännisches Prinzip. Es rechnet sich fast immer, denselben Output mit weniger Input zu haben. In fast allen Industriesektoren ist der Pro-Kopf-Verbrauch an Primärenergie gesunken. Die Stahlindustrie in Deutschland verbraucht heute z. B. 50 Prozent weniger Primärenergie als noch vor 50 Jahren.

Ein exzellentes Beispiel ist die Firma Wittenstein, die inzwischen ihre dritte Innovationsfabrik eingeweiht hat. Eine steht mitten in einem Stadtgebiet von Fellbach. Diese neuen Innovationsfabriken sind ausgestattet mit einer Recyclingquote von über 99 Prozent. Wittenstein bezieht nur noch ganz wenige Stoffe fremd. Die Fabrik ist energiepolitisch autark, mit einem Wohngebiet mit erneuerbaren Energien gekoppelt und unter Lärm- und anderen Umweltgesichtspunkten vorbildlich. Die deutsche Industrie ist natürlich noch nicht so weit, dass alle Fabriken so sein können, aber sie gehen schrittweise weiteren Lösungen entgegen.

Wenn wir in Deutschland oder in Europa Stahl mit ungefähr 30 oder 40 Prozent geringerem Ressourcinput produzieren können, dann wäre es falsch, über hohe Energiepreise dafür zu sorgen, dass genau diese effizienten Stahlstandorte kaputt gehen. Denn wenn in anderen Ländern Stahl mit dem dreifachen Energieaufwand produziert wird, ist das für das Gesamtsystem „Welt“ von Nachteil.

Wir sind nicht auf einer Insel der Glückseligen, auf der jede Optimierung automatisch zu einem höheren Level an Ressourceneffizienz oder Energieeinsparung in der Welt führt. Es gibt

nicht nur einen Carbon-Leakage-Effekt, sondern auch einen Investitions-Leakage-Effekt. Der führt dazu, dass Arbeitsplätze dorthin wandern, wo sie nicht ressourcenschonend wirken. Deswegen brauchen wir eine globale Auseinandersetzung mit der Ressourcenfrage.

Ich halte es für wichtig, die Wachstumsdebatte auch auf der normativen Ebene zu führen. Aber rein auf der deskriptiven Ebene muss ich mir im Klaren sein, dass wenn ich heute sieben und im Jahr 2050 neun Milliarden Menschen habe, dann ist das Wachstum – und zwar um zwei Milliarden.

Wenn zudem neun Milliarden Menschen statt im Durchschnitt 70 vielleicht 100 Jahre alt werden, führt das zu einem weiteren Wachstumseffekt. Weil sie 30 Jahre länger leben, werden sie mehr atmen, mehr essen und trinken und generell mehr konsumieren. Wir müssen eine Lösung dafür finden, wie dieses Wachstum mit begrenzten Ressourcen auf diesem Planeten bewerkstelligt werden kann – und zwar so, dass wir das derzeitige Wohlstandsniveau halten und andere dazu anschließen können. Nur so werden wir den Norden und den Süden überzeugen können.

Um sich noch einmal die Dimension vor Augen zu halten: In China entstehen derzeit 100 Städte mit fünf Millionen Einwohnern. Diese Städte haben alle Probleme mit der Strom-, Wasserversorgung und Müllentsorgung, mit Verkehr, Abwasser, Abgasen und so weiter. Wie schafft es China innerhalb von zehn Jahren, aus einer halben Milliarde ländliche eine urbane Bevölkerung zu machen? Mit integrierten Lösungen aus Deutschland, die viel dazu beitragen, dass China gigantische Fortschritte bei der Bewältigung eines riesigen sozialen und politischen Problems erzielen kann.

An einem Tag wie heute, wenn ab 17:00 Uhr die Fabriken hier abschalten, fluten wir Polen, Tschechien und die Niederlande mit unserem Strom. Wir bezahlen die Nachbarn dafür, dass sie

ihre Kraftwerke abschalten und unseren Strom nehmen. Diese Politik ist nicht gerade von Nächstenliebe geprägt. Deshalb müssen wir bei der Lösung der Probleme, die die deutsche Energiewende aufwirft, dringend beim Aufbau von Kapazitätsmärkten und bei der Suche nach Speicherlösungen auf unsere Nachbarn zugehen.

Die Industrie hat über die letzten einhundert Jahre hinaus gezeigt, dass Forschung und Innovationen positive Faktoren für fast alle Wohlstandsindikatoren sind. Ich bin und bleibe deswegen optimistisch, weil Ingenieure und Ingenieurinnen sowie Facharbeiter und Facharbeiterinnen jeden Tag in kleinen Schritten an der Lösung der Probleme unserer Zeit arbeiten. Wir alle – auch Pfarrer und Pastoren in ihren Predigten – müssen Ingenieure und Facharbeiter ermutigen, sonst passiert irgendwann Folgendes: Wenn diese die Zeitungen am Frühstückstisch aufschlagen, beschließen sie, lieber gleich zu Hause zu bleiben. Denn wir Deutsche wollen eigentlich nicht mehr forschen und wir wollen keinen Fortschritt.

Wir verteufeln fast jede neue Technologie a priori als schädlich. Am Ende kommen dann alle zur Kanzlerin gelaufen und sagen: „Wir müssen mehr Leute dazu gewinnen, Mathematik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften, MINT-Fächer zu studieren.“ Wenn man vorher diese Fachrichtungen schlechtredet, dann ist es kein Wunder, dass jeder bei uns Popstar werden will – jedenfalls nicht Ingenieur.

Unser Wirtschaftssystem ist nicht nur dazu da, Wohlstand zu wahren. Es soll den Menschen Entwicklungsmöglichkeiten und Optionen geben. Der Begriff „Wohlstand“ ist zu materialistisch, denn es kann nicht nur darum gehen, dass alle Handys haben. Auch in anderen Ländern haben Menschen die Wahl, ob sie ein Handy oder ein Reihenhaus oder zum Essen gehen oder lieber ein Auto haben wollen. Aber ein großer Teil der Menschheit hat

noch nicht einmal diese Wahlmöglichkeit, weil er nicht in Freiheit lebt. Dieser entscheidende Gesichtspunkt fehlt mir in der heutigen Diskussion völlig: Wir haben eben auch Freiheit in diesem System. Wir haben die individuelle Freiheit zu sagen, zu denken, zu glauben, was wir wollen. Auch darum muss es in einem Wirtschaftssystem gehen.

Ökologisch-soziale Marktwirtschaft

Hildegard Müller

Die Ökumenische Sozialinitiative greift die wichtigen Bereiche Klima und Energie auf. Die Herausforderung wird nun sein, diese Anregungen aufzugreifen und inhaltlich weiter zu bringen und vor allem den Praxisbezug herzustellen. Dafür ist es wichtig, dass wir nicht nur unter uns diskutieren, sondern uns mit anderen, auch anders denkenden Gruppen und Organisationen, zusammenfinden und die aktuellen Herausforderungen diskutieren. Es geht weiter darum, den Kern der Probleme herauszuarbeiten und zu fragen, ob und wie eine Orientierung durch die Kirchen möglich ist. Dabei geht es nicht mehr um die Frage, ob Klimawandel eine Rolle spielt und auch nicht um das Energiekonzept in seinem Anspruch an sich. Es geht um die Begrenzung des Klimawandels und die Bearbeitung der aktuellen Herausforderungen. Wie gehen wir beispielsweise mit Zielkonflikten zwischen Klimaschutz und Naturschutz um, wenn es um die Einrichtung von Anlagen für erneuerbare Energien geht? Das Energieversorgungssystem wird im Laufe dieses Jahrhunderts komplett umgestellt werden. Dabei müssen wir die Belastungen für jetzige und zukünftige Generationen, sowohl für die privaten Verbraucher als auch für die Wirtschaft, akzeptabel gestalten.

Deutschland will bis zum Jahr 2050 80 Prozent der Energieversorgung auf erneuerbare Energien umgestellt haben und eine CO₂-Reduktion von 80 bis 95 Prozent erreichen. Natürlich sind wir mit der Energiewende auf einem richtigen Kurs. Gleichwohl ist es wichtig, in der Umsetzung das umfassende Feld des Energiemarktes im Blick zu haben. Wenn wir in Deutschland den Kohleausstieg beschließen, müssen wir unsere europäischen Partner mitnehmen. Ein Alleingang Deutschlands vermindert zwar den Kohleverbrauch bei uns, dieser wird aber dann durch die derzeitigen Regelungen des Zertifikatehandels in den Nachbarländern ausgestoßen. Wir brauchen daher eine Reform des Emissionshandels auf europäischer Ebene, damit auch der deutsche Kohleausstieg langfristig zu einer echten CO₂-Minderung führt. Um die Klimaschutzziele in Deutschland zu erreichen, müssen neben dem Stromsektor, wo es weiterhin viele Herausforderungen zu bewältigen gibt, auch die anderen Bereiche zur Einsparung von CO₂ in den Blick genommen werden. So bestehen im Wärmemarkt und beim Verkehr große Einsparmöglichkeiten. Die wieder steigenden CO₂-Emissionen der letzten Jahre in Deutschland sind in der Hauptursache durch den Wärmemarkt zu begründen. Hier könnten mit relativ wenig finanziellem Aufwand CO₂-Potenziale eingespart werden. Doch überall dort, wo Klimaschutz und Energiewende auch die Frage persönlicher Verantwortung berührt, wird aktuell kaum darüber gesprochen. Wir kommen bei der Debatte um die Energiewende nicht darum herum, dass die Umsetzung jeden Einzelnen persönlich betreffen wird.

So können wir im nationalen Konsens über Zahlen der Energiewende sprechen und uns einig sein, dass der Klimawandel zum Erhalt der Schöpfung aufgehalten werden muss. Notwendig ist aber eine gesamtgesellschaftliche Debatte über Zielkonflikte in der Umsetzung in Deutschland. Besonders bei den Fragen und Sorgen der Bevölkerung können und müssen wir uns

als Kirche, aber auch als engagierte Christen einbringen. Klimaschutz und Naturschutz sind zwei Bereiche, die uns als Christen besonders wichtig sind. In der Umsetzung der Energiewende sind beide Bereiche betroffen und Auswirkungen müssen abgewogen werden. Wenn hier die Kirche eine qualifizierte, abgewogene Position zu den Chancen und Risiken in die Diskussion einbringt, glaube ich, können wir zwischen den Beteiligten vermitteln und gleichzeitig zu akzeptablen Lösungen beitragen. Als Sachbereich „Wirtschaft und Soziales“ im Zentralkomitee der deutschen Katholiken ist es uns ein Anliegen, neben Erklärungen und Stellungnahmen auch durch das Zusammenbringen von Menschen einen Dialog zu ermöglichen und einen gesellschaftlichen Diskurs anzuregen.

Fest steht, dass durch die Energiewende alle Lebensbereiche betroffen sind. Die Energiewende wird national, aber auch europäisch in den nächsten Jahren eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung bleiben.

Response

Regina-Dolores Stieler-Hinz

„Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ – ein gut gewählter Titel für die Ökumenische Sozialinitiative 2014. Und die 10 Thesen des Papiers sind unterstützenswert, weil sie das Leitwort der „gemeinsamen Verantwortung“ auslegen und ordnungspolitische Grundoptionen formulieren. Niemand wird an ihren Aussagen Anstoß nehmen können.

Doch wir fragen uns, ob die Verfasser denselben Verantwortungsbegriff verwenden wie er sich aus christlicher Sicht darstellen müsste. Er erscheint mir mehr in einer Gesinnungsethik verhaftet zu sein denn in einer Verantwortungsethik. Um wirk-

lich Verantwortung zu übernehmen, ist die Sozialinitiative zu wenig konkret und akzentuiert. Ihr fehlt der prophetische Charakter – ein Auftrag, den Papst Franziskus an die lebendige Kirche in seinem Apostolischen Schreiben ausdrücklich formuliert hat. Die Argumentation der Sozialinitiative erfolgt zu wenig aus der Perspektive der Armen und Ausgegrenzten. Die Kirchen scheinen vor allem Anwälte einer freien Marktwirtschaft zu sein – einer Gesamtordnung, „die den sozialen Zweck sichern soll, ohne störend in die Marktapparatur einzugreifen“ (Müller-Armack).

Überhaupt wird die Soziale Marktwirtschaft (dieses Stichwort zieht sich durch den gesamten Text) in der Sozialinitiative als alternativloses Wirtschaftsmodell dargestellt. Das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft, das zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft fortentwickelt werden soll, wird zur Nachahmung europa- und weltweit empfohlen. Angesichts dieser „Lobpreisung“ fragt man sich, wie es überhaupt zu den sozialen Verwerfungen (z. B. Bildungsausschluss bestimmter Gruppen) und der zunehmenden sozialen Spaltung (Armut, Prekarisierung der Arbeit etc.), die auch im Text benannt und beschrieben werden, kommen konnte. Der Verweis auf falsche ordnungspolitische Rahmensetzungen und politische Entscheidungen reicht nicht aus, um ein Modell als überzeugende Alternative (zu was eigentlich?) zu glorifizieren.

Und hierin sehen wir die eigentliche Schwäche des Papiers. Wir würden gerne den Kirchen zurufen: „Sapere aude! Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.“ Es ist nicht allein die Aufgabe der Christinnen und Christen, Fehlleistungen einer von der Wirtschaft dominierten Politik zu kommentieren oder gar unter dem pragmatischen Aspekt zu entschuldigen. Sondern es ist in erster Linie ihre Aufgabe zu sehen, zu urteilen und zu handeln. Und handeln bedeutet auch, neue Denkmodelle

zu initiieren, die unseren Maßstäben einer gerechteren, solidarisches und nachhaltigeren Welt näher kommen.

Doch die Sozialinitiative setzt einzig auf die Soziale Marktwirtschaft und konserviert damit existierende Kräfteverhältnisse anstatt sie zu transformieren. Es wird weiterhin auf Wirtschaftswachstum gesetzt. Wohlwissend, dass bei der derzeitigen Ressourcenübernutzung ein Mehr hier immer ein Weniger woanders bedeutet und „in ökologischer Hinsicht (...) die Belastungsgrenze erreicht [ist]“ (Sozialinitiative S. 8). Wirtschaftswachstum als einziges Mittel, um Ressourcen gerecht verteilen zu können, entspricht nicht einer Strategie der Hellsichtigkeit, die vielmehr Raum fassen sollte.

Es ist richtig: „Wirtschaftliche Effizienz und sozialer Ausgleich sind politisch gleichermaßen im Blick zu halten“ (Sozialinitiative S. 22). Das Problem ist nur, dass diese Waage ungleich zugunsten des Kapitals geeicht ist. Sonst hätte sich nicht eine Langzeitarbeitslosigkeit manifestiert, würden nicht immer mehr Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen leben, würde die soziale Schere zwischen arm und reich nicht immer weiter auseinanderdriften. Wir sollten eingestehen, dass die Soziale Marktwirtschaft schon weitgehend verloren gegangen ist. Wenn wir nur „weiterentwickeln“, was in den letzten Jahren geschehen ist, würde das heißen, dass Deutschland noch ungleicher wird, dass Markt und Wettbewerb endgültig die Maximen unseres Handelns sind und dass wirtschaftliche Macht noch mehr die gesellschaftlichen Spielregeln bestimmt. Es geht also um Umsteuern, nicht um „Weiter so“. Eine Soziale Marktwirtschaft, die diesen Namen verdient, muss erst in Deutschland wiedergewonnen werden, bevor man sie der Welt als Sozialmodell preist.

Dabei spielt Arbeit eine zentrale Rolle. Es erstaunt, dass ein kirchliches Dokument, das Verantwortung zum Leitmotiv macht und auf den Soziallehren der christlichen Kirchen basiert, sich

so wenig zum Thema gute Arbeit als Scharnier in die Lebenswelt auseinandersetzt. Es fehlen qualitative Maßstäbe, die dem Anspruch menschenwürdiger Arbeit und dem Ziel gesellschaftlicher Teilhabe für alle genügen. Gegenüber dem „Sozialwort“ von 1997 bedeutet der vorliegende Text im Hinblick auf den „Arbeitsbegriff“ einen deutlichen Rückschritt, indem Arbeit einseitig auf Erwerbsarbeit hin linearisiert wird und somit etwa die prekären Schnittstellen zwischen den verschiedenen, gleichwertigen Formen menschlicher Arbeit von Frauen und Männern nicht in den Blick geraten. Dieses Manko trägt umso mehr, als die Kirchen einen „chancenorientierten gesellschaftspolitischen Diskurs“ einfordern, wie dieser auch immer aussehen soll und könnte. „Hauptsache Erwerbsarbeit“ ist ein Zurück in das Industriezeitalter.

Wir begrüßen, dass die Sozialinitiative den gesetzlichen Mindestlohn unterstützt. Doch gleichzeitig warnt sie vor den Gefahren einer staatlichen Regulierung bei Jugendlichen, Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen. Unseres Erachtens ein Widerspruch zu dem Postulat der Beteiligungsgerechtigkeit ohne Diskriminierung.

Im Großen und Ganzen bedeutet die Richtung des Textes eine Zustimmung zu den sogenannten „Hartz IV-Reformen“ als Richtungsentscheidung, die politisch durch Fördern und Fordern weiterverfolgt werden sollte. Auch die positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt werden einseitig auf die „Arbeitsmarktreformen der letzten zehn Jahre“ zurückgeführt, zumindest wird unterstellt, dass diese dazu einen wirksamen Beitrag geleistet haben. Wenngleich auch der Text einige negative Auswirkungen, noch anstehende Aufgaben und notwendige Reformen benennt, bleibt die große Linie der Unterstützung des eingeschlagenen und durch die große Koalition fortgesetzten politischen Kurses. Die Kirchen werfen damit alle kritischen Einschätzungen und Alternativvorschläge sowie sozialwissenschaftliche Untersuchungen

über Bord, die auch aus den Kirchen selbst kommen. Sie verkennen die sozialen Auswirkungen dieser Reformen und einer „aktivierenden Arbeitsmarktpolitik“ sowohl für die unmittelbar Betroffenen (Sanktionen!) als auch für das Gesamtgefüge des „Arbeitssektors“. Sie verkennen, dass diese Reformen nicht nur zu einem Abbau der Arbeitnehmerrechte geführt haben, sondern auch eine „Stimmung“ der Angst und des bevorstehenden Abstiegs bei den Beschäftigten erzeugen, die nicht zuletzt zur Disziplinierung der arbeitenden Menschen und damit einer deutlichen Machtverschiebung zugunsten der Kapitalseite beitragen.

Die erhoffte Strategie der Hellsichtigkeit fehlt auch bei dem Thema Rente. Es wird zwischen den geringeren Übeln gewählt. Für die KAB bleibt es weiterhin ein Skandal, dass die Kirchen die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre als „notwendig“ ansehen. Darüber hinaus werden die Menschen auf weitere Anpassungsmaßnahmen eingeschworen, die als „weiterhin unvermeidlich“ erachtet werden. Das von katholischen Verbänden entwickelte und vertretene Modell einer solidarischen Alterssicherung findet keinen Niederschlag, obwohl es eine Alternative zu den auch im Papier befürchteten Entwicklungen darstellt und die Finanzierung der Alterssicherung neu regelt und strukturiert.

Wir wünschen uns eine stärkere Hinwendung der Kirchen auf die grundlegenden Fragen unserer Zeit – insbesondere auf die Frage: „In welcher Gesellschaft wollen wir eigentlich leben?“ Hier sollten die Kirchen einen gesellschaftlichen Disput initiieren und Antworten bieten. Das ist eine Kernkompetenz, die von den Menschen erwartet und auch gefordert wird. Diesen prophetischen Gedanken und die Entwicklung von gesellschaftspolitischen Modellen wie eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft hin zu einer sozial-ökologischen Wirtschaftsdemokratie, die sich kompromisslos auf das Evangelium und die Soziallehre der Kirche beziehen, sollte die Sozialinitiative leisten. Und damit dies gelingt, ist es dringend erforderlich, den

Beteiligungsprozess mit den katholischen Laien und den Verbänden fortzusetzen. Ein Potenzial, das im bisherigen Prozess nicht ausreichend berücksichtigt wurde, aber dringend benötigt wird, um das Papier zu profilieren, zu schärfen und nicht in einem „Weiter so!“ zu verharren. Damit es letztendlich auch Akzeptanz in Gesellschaft und Kirche findet und zu entscheidenden Veränderungen führt.

Schlusswort

Reinhard Kardinal Marx

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das war ein anstrengender Tag und wer alle Diskussionen, alle Vorträge aufmerksam mitverfolgt hat, der hat einiges geleistet. Dafür herzlichen Dank!

Ich bin recht froh über diesen Tag, das darf ich zum Abschluss sagen. Natürlich sind nicht nur positive Worte über den Text zur Ökumenischen Sozialinitiative gesagt worden, sondern es ist die gesamte Bandbreite der Diskussionen – auch das, was man für die Zukunft noch einmal aufgreifen müsste – zur Sprache gekommen. Es war eine intensive, kritische Auseinandersetzung, die von Seiten unterschiedlichster Gruppen sehr sachlich, sehr detailliert und sehr kenntnisreich geführt wurde. Damit wurde schon ein erster wichtiger Punkt erreicht. Der Dank geht an die Evangelische und die Katholische Akademie hier in Berlin für die Organisation, aber auch an alle gesellschaftlichen Gruppen, Verbände, Organisationen und Parteien, die sich in die Debatte eingebracht haben. Die unterschiedlichen Meinungen, wissenschaftlichen Sichtweisen und konfessionellen Positionen zusammenzubringen, so dass über den Impulstext Schritt für Schritt sachlich und intensiv diskutiert werden konnte, ist

etwas Besonderes, und wir als Kirche haben dazu nicht nur den Auftrag, sondern wir sind auch imstande ihn wahrzunehmen.

Das, was wir hier heute erlebt haben in Methode, Inhalt und in der Zahl und Zusammensetzung der Teilnehmer, ist eine Ermutigung, um den bisherigen Prozess fortzusetzen. Dies ist ein zweiter wichtiger Punkt. Die heutige Veranstaltung soll ein Ausgangspunkt sein und kein Endpunkt. Oder anders gesagt: kein Punkt, sondern ein Doppelpunkt. Dabei will ich eines noch einmal klarstellen: Der Text der Ökumenischen Sozialinitiative sollte ein Impulstext sein. Wir wussten, dass wir mit diesen zehn Thesen nicht alles sagen konnten, auch nicht in der hohen Differenzierung, wie es vielleicht in anderen Texten zu den Einzelthemen Gesundheit, Pflege und Schöpfung geschehen ist. Es gibt sehr viele Texte, die wir verfasst haben, zum Teil gemeinsam, zum Teil getrennt im katholischen wie im evangelischen Bereich. Dies alles konnte nicht in diesem Zehn-Thesen-Papier aufgenommen werden. Stattdessen sollte mit diesem Text ein Impuls gesetzt werden, es sollten Themen definiert werden, Themen in den Mittelpunkt gestellt werden, die uns wichtig sind und bei denen wir den Eindruck haben, das sind Zukunftsthemen für die Gesellschaft. Die Kritik an diesem Impulstext ist bei mir und natürlich auch bei den anderen angekommen. Und wir haben klar entschieden: Der Prozess kann nicht in wenigen Monaten abgeschlossen sein und deswegen werden wir daran weiterarbeiten. Ich werde noch Einiges dazu sagen.

Ein dritter Punkt, auf den es mir ankommt: Wir spüren, wie wichtig es ist, dass in dieser Gesellschaft diskutiert wird, dass wir uns austauschen, und zwar über die verschiedenen Fraktionen, Gruppen und Ideologien hinweg. Hier hat die Kirche einen wichtigen Dienst zu leisten. Vielleicht ist dies eine Erfahrung, die auch für andere kirchliche Texte fruchtbar sein kann. Zwar haben manche gehofft, wir wären genauso vorgegangen wie beim Gemeinsamen Wort von 1997, bei dem ich selbst intensiv

mitgearbeitet habe. Aber Methoden kann man immer noch weiterentwickeln, sie sind zukunftsfähig. Dies gilt auch für die Form der Beteiligung, zu der wir Sie in den letzten Monaten eingeladen hatten und zu der wir in den nächsten Monaten bis zum Abschluss des Diskussionsprozesses weiter die Gelegenheit bieten werden. Ich glaube, auch bei anderen kirchlichen Texten werden wir es uns nicht erlauben können, ohne irgendeine Resonanz, ohne Beteiligung, ohne Diskussion zu verfahren. Dies schließt auch ein, dass wir uns unserer Positionen in Fachgesprächen, Workshops, öffentlichen Debatten noch einmal vergewissern. Es geht um die Frage, ob der Text wirklich hält, was wir uns davon versprochen haben. Insofern scheint mir die hier praktizierte Methode auch eine beispielhafte Vorgehensweise zu sein. Es wurde deutlich, dass ein großes Bedürfnis besteht, sowohl in unseren kirchlichen Gruppen wie darüber hinaus, sich auszutauschen, auch kritisch. Es besteht ein großes Interesse, über Gesellschaft, zukunftsfähige Gesellschaft, gerechte Gesellschaft zu reden. Der Wille, sich über solche Themen zu verständigen, sich zu streiten, aber auch zu einem Konsens zu kommen, ist hoch und deswegen sollten wir diesen Prozess weiterführen. Vor allem wollen wir die Frage diskutieren: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Das war ja ein Punkt, der sich wie ein roter Faden durch die Veranstaltung hindurchzog, ausgehend vom Referat von Udo Di Fabio, der die Grundlagen in den Blick rückte. Professor Emunds hat die Frage noch weiter zugespitzt: Wo ist der ethische rote Faden? Auch darüber müssen wir uns noch weiter verständigen. Was ist das Grundlegende, das Fundament, das die ganzen Einzelthemen durchzieht? Vielleicht ist dies in den zehn Thesen nicht genügend deutlich geworden. Sich darüber noch einmal Gewissheit zu verschaffen, diese Aufgabe stellt sich weiter.

Ein Wort zum weiteren Prozess: Ohne dass wir jetzt die Bischofskonferenz und den Rat der EKD eigens einbeziehen müs-

sen, haben sich der Landesbischof und ich darüber verständigt, dass der Diskussionsprozess bis zum 28. Februar 2015 weitergeführt wird. Da der Text Ende Februar dieses Jahres veröffentlicht wurde, steht dann insgesamt ein Jahr für Diskussionen und Wortmeldungen zur Verfügung. Wie bereits gesagt, ist das Interesse für weitere Debatten vorhanden. Die Akademien wollen dazu weitere Veranstaltungen anbieten und die Verbände beabsichtigen, an bestimmten Texten weiterzuarbeiten. So besteht die Erwartung, dass noch vieles entsteht, vielleicht auch spontan, was wir gar nicht alles von oben dirigieren können. Auch das ZdK oder andere Gruppierungen werden sich mit den aufgeworfenen Fragen weiter auseinandersetzen und auf diese Weise das eine oder andere Thema vertiefen. Natürlich werden sich jetzt auch viele die Frage stellen: Kommt jetzt noch ein neuer Text oder arbeiten wir an diesem Text weiter, versuchen bei Abschnitt soundso, Seite soundso unsere Überlegungen unterzubringen? So ein Vorgehen scheint mir nicht weiterführend zu sein. Dieser Impulstext steht, er hat natürlich seine Begrenzung darin, dass er Impulse geben will und nicht eine vollständige Ausarbeitung der zehn Thesen darstellt. Andererseits müssen wir am Ende eines solchen Prozesses trotzdem etwas festhalten und dies kann nicht einfach die Wiederholung dieses Textes sein. Es kann aber auch nicht einfach nur so sein, dass wir einige Zeilen verschieben und uns um bestimmte Formulierungen streiten. Stattdessen soll am Ende dieses Prozesses so etwas wie eine „Gemeinsame Feststellung“ stehen. Hinsichtlich des Begriffs habe ich schon einmal beim evangelisch-katholischen Kontaktgesprächskreis vorgetastet und mein Anliegen ist dort auf Zustimmung gestoßen. Manche von Ihnen erinnern sich vielleicht noch an die Diskussion um die Rechtfertigungserklärung. Als man bei den Auseinandersetzungen, die es damals gab, nicht mehr weiterkam, hat man gemeinsam eine neue Feststellung erarbeitet. Ich könnte mir vorstellen, dass wir

dies aufgreifen und am Ende unseres Prozesses eine solche „Gemeinsame Feststellung“ veröffentlichen. Darin könnte man festhalten, welche Fragen noch zur Beantwortung anstehen, auf welche Punkte wir uns künftig besonders konzentrieren wollen und welche Akteure vielleicht weiter handeln sollen. Auf diese Weise könnten wir als Kirche, als Verantwortliche in den Kirchen, deutlich machen, dass wir zugehört haben, sensibilisiert wurden, aufmerksam geworden sind, so dass gewisse Probleme weiterhin beachtet werden müssen. Dies schließt auch ein, dass wir in bestimmten Fragen vielleicht noch nicht am Ende der Diskussion sind oder dass wir aufgrund der Diskussion einige Aspekte eigens festhalten möchten. Ich kann den Inhalt einer solchen Feststellung natürlich jetzt nicht vorwegnehmen, weil eine solche Erklärung erst am Ende des Weges stehen wird. Aber ich glaube, es wäre wichtig, das Signal zu geben, dass wir den Prozess mit dem Kongress heute nicht beenden wollen. Es wird eine Vergewisserung, eine Feststellung geben, die aufgreift, was in den Monaten der Partizipationsphase an Beiträgen gekommen ist. Über den Inhalt werden wir uns zwischen den beiden Kirchen verständigen müssen, wobei uns die beiden Sozialinstitute bezüglich der Auswertung der verschiedenen Stellungnahmen helfen werden.

Ich kann jetzt die Fragen, deren Diskussion weitergehen soll, nicht alle auflisten, aber wenigstens drei möchte ich nennen: Die wachsende Ungleichheit und die Armut, Altersarmut und Beteiligungsarmut, war heute ein wichtiges Thema. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass dies im Impulstext vielleicht noch deutlicher benannt wurde als 1997. Der zweite Punkt betrifft die Chancengerechtigkeit, die Inklusion, also die Möglichkeit für alle, in dieser Gesellschaft menschenwürdig zu leben. Dazu gehört auch die Frage nach dem Zusammenhalt in dieser Gesellschaft. Ein weiteres wichtiges Thema, worüber wir heute Nachmittag gesprochen haben: Was heißt überhaupt Soziale

Marktwirtschaft? Darüber wurde auch sehr kritisch diskutiert. Natürlich ist die Soziale Marktwirtschaft kein System. Wir reden nicht über Systeme, wir reden über Problemlösung, wir reden über Orientierung, über Rahmenbedingung, wir reden über eine bestimmte Ausrichtung von Wirtschaft, Gerechtigkeit, Freiheit und Staat, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht. Dieses Ziel ist im Grunde noch nie erreicht worden, noch nie zu Ende gebracht worden. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, dass sich die Soziale Marktwirtschaft weiterentwickeln muss, auch international. Die Soziale Marktwirtschaft muss europäisch, global und ökologisch weiter vorangebracht werden. Man könnte hier auch von work in progress sprechen. Dabei darf die Soziale Marktwirtschaft nicht einfach gleichgesetzt werden mit dem Kapitalismus, das ist mir sehr wichtig.

Das alles waren Themen, die heute Nachmittag eine ganz besondere Rolle gespielt haben. Wir werden versuchen, das heutige Gespräch zu dokumentieren, so wie wir dies auch bei der Einladung zu dieser Veranstaltung versprochen haben. Wenn Sie den heutigen Tag noch einmal rekapitulieren wollen, dann verweise ich auf die Audio-Dateien mit den Redebeiträgen, die Sie im Internet finden. Dort können Sie sich all das nochmals anhören, was wir heute hier in dieser wunderschönen Kirche diskutiert haben.

Mir bleibt zum Schluss, herzlichen Dank zu sagen. Herzlichen Dank nochmals den beiden Akademien hier in Berlin, die den Kongress organisiert haben. Dank auch dem Sekretariat der Bischofskonferenz und dem Kirchenamt, die sehr, sehr viel Mühe hatten sowohl bei der Texterstellung, bei den Absprachen als auch bei der Organisation. Mein Dank gilt auch den Referenten. Bei den Panels war die ganze Bandbreite an Positionen vorhanden, so dass niemand sagen kann, hier sei eine Einseitigkeit erkennbar gewesen. Alles, was im kirchlichen Bereich zum Impulstext diskutiert wird, konnte hier auch genannt werden. Zum

Schluss möchte ich auch die beiden Moderatorinnen, Frau Notthelle und Frau Weidenfeld, nicht vergessen: Herzlichen Dank, dass Sie uns konsequent durch die Themen und durch die Agenda geführt haben. Ihnen allen wünsche ich einen guten Nachhauseweg, „take care“, wie es im Flugzeug immer heißt, mögen Sie mit Gottes Segen heil ankommen.

2. Auswertung der Diskussionsphase der Ökumenischen Sozialinitiative

2.1 Auswertung der Beiträge auf der Homepage www.sozialinitiative-kirchen.de

Dr. Andreas Mayert

Sozialwissenschaftliches Institut der EKD (Hannover)

Vorbemerkung	107
2.1.1 Wirtschaftssystem, Wirtschafts- und Finanzpolitik und Finanzmarktregulierung	108
2.1.1.1 <i>Wirtschaftssystem Soziale Marktwirtschaft</i>	108
2.1.1.2 <i>Wirtschaftswachstum und Umweltpolitik</i>	114
2.1.1.3 <i>Haushaltspolitik: Staatsverschuldung, Staatsausgaben und Besteuerung</i>	118
2.1.1.4 <i>Finanzmarktkrise und Finanzmarktregulierung</i>	121
2.1.2 Sozialpolitische Themen	123
2.1.2.1 <i>Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung</i>	123
2.1.2.2 <i>Armut und Ungleichheit</i>	133
2.1.2.3 <i>Alterssicherung</i>	137
2.1.2.4 <i>Familienpolitik</i>	141
2.1.2.5 <i>Bildungspolitik</i>	142
2.1.2.6 <i>Migration</i>	144

2.1.3	Globale und europäische Themen	145
2.1.3.1	<i>Globale Themen</i>	145
2.1.3.2	<i>Europäische Themen – Europäische Schuldenkrise</i>	148
2.1.4	Die Eigenverantwortung der Kirchen als Wirtschaftsakteure	151
2.1.5.	Über inhaltlich-thematische Aspekte hinausgehende Diskussionspunkte	153
2.1.5.1	<i>Entstehungsprozess und Weiterentwicklung des Sozialwortes</i>	153
2.1.5.2	<i>(Fehlende) politische Akzentuierung</i>	157
2.1.5.3	<i>Auslassungen</i>	159
2.1.5.4	<i>Christlich-sozialethische Fundierung des Sozialwortes</i>	161
	Anhang	163
	<i>Liste der Gastbeiträge</i>	163
	<i>Liste der Testimonials</i>	169

Vorbemerkung

Bis zum 02.03.2015 sind 84 Gastbeiträge auf der Homepage veröffentlicht worden. Hinzu kommen 17 Testimonials. Nicht alle Beiträge sind dem Grunde nach Stellungnahmen zum Sozialwort. So sind beispielsweise zehn Beiträge zunächst in einer Kolumne der „Tagespost“ erschienen und wurden dann auf der Homepage übernommen. Sie werden hier dennoch mit aufgenommen.

Einige Strukturmerkmale:

- 51 der Gastbeiträge stammen von Einzelpersonen, 6 von Verbänden, 18 aus Diskussionszirkeln und Gemeinschaftsarbeiten, 3 von kirchlichen Institutionen und 6 aus verschiedenen Sachausschüssen.
- 33 Gastbeiträge stammen von katholischen und 24 von evangelischen Verfassern. 8 Beiträge stammen aus ökumenischen Zusammenschlüssen, bei 16 Autoren lässt sich die Religionszugehörigkeit nicht ermitteln. 3 Autoren verstehen sich explizit als kirchenfern.

Der folgende Text behandelt die Diskussion des Sozialwortes nach fünf Schwerpunkten, die jeweils nach Einzelthemen untergliedert sind. Es wird somit nicht der Weg gewählt, Reaktionen direkt auf die 10 Thesen zu beziehen. Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens werden innerhalb einzelner Thesen vielschichtige Themengebiete behandelt. Zweitens beziehen sich die wenigsten Autoren von Gastbeiträgen oder Testimonials in ihrer Zustimmung oder Kritik auf einzelne Thesen.

2.1.1 Wirtschaftssystem, Wirtschafts- und Finanzpolitik und Finanzmarktregulierung

2.1.1.1 Wirtschaftssystem Soziale Marktwirtschaft

Die Reaktionen auf das Bekenntnis zur (öko-)sozialen Marktwirtschaft lassen sich in vier Kategorien eingliedern: (a) Allgemeine Zustimmung, (b) Zustimmung mit Einschränkungen in Bezug auf die Frage, was eigentlich gemeint ist, (c) Kritik im Sinne einer Infragestellung, ob in Deutschland noch von Sozialer Marktwirtschaft gesprochen werden kann und (d) Ablehnung des marktwirtschaftlichen Systems.

(a) Allgemeine Zustimmung

Das Konzept der öko-sozialen Marktwirtschaft zeigte sich in den Gastbeiträgen insgesamt als weitestgehend unbestritten. Es ist davon auszugehen, dass die Nicht-Erwähnung dieses Konzeptes bei einer Vielzahl von Autoren als grundsätzliche Zustimmung gewertet werden kann. Denn auch wenn z. B. *Dött* (Testimonial) die Auffassung vertritt, das Bekenntnis des Sozialwortes zur Sozialen Marktwirtschaft sei gerade in heutiger Zeit dringend notwendig, weil dieses Wirtschaftssystem immer mehr infrage gestellt werde, wird die Soziale Marktwirtschaft mit oder ohne dem Zusatz „öko“ wohl in der breiten Bevölkerung wie auch von den Autoren der meisten Gastbeiträgen und Testimonials als nicht ernsthaft zur Diskussion stehend betrachtet.

Diejenigen Autoren, die sich dennoch positiv über die Ausführungen des Sozialwortes zur öko-sozialen Marktwirtschaft äußern, heben daher einzelne Passagen des Sozialwortes besonders hervor, die vielleicht weniger selbstverständlich sind. So hebt *Naumer* lobend hervor, dass das Sozialwort die Abgrenzung zu einem Laissez-faire System genau erfasst habe. Ganz ähnlich wird die Abgrenzungsfrage von *Küppers* adressiert, der einerseits eine gelungene Abgrenzung zum – seiner Auffassung nach für die Entstehung der Finanzkrise verantwortlichen – „Vulgärliberalismus“ sieht, zum anderen aber auch im Sozialwort eine Absage an einen (zu) interventionistischen Staat entdeckt. *Janowski* (Testimonial) begrüßt die im Sozialwort zu findende, genauere Beschreibung dessen, was eine Marktwirtschaft „sozial“ mache, namentlich die Gestaltung eines Ordnungsrahmens, der Marktwirtschaft und Wettbewerb in den Dienst des Menschen stelle.

Dass im Sozialwort klargestellt würde, im Rahmen einer Sozialen Marktwirtschaft gehörten Verantwortung und Haftung zusammen, wird von *Eggers* (Testimonial) lobend erwähnt. In ei-

ne ähnliche Richtung zielt *Vogt*, wenn er „die Fokussierung auf das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft sowie auf die ihm zugrunde liegende Spannungseinheit von Freiheit und Gerechtigkeit“ für gelungen hält.

Küppers hebt positiv hervor, dass das Sozialwort zusätzlich genau erfasst habe, dass das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft dynamisch gedacht und „immer wieder neu institutionell ausbuchstabiert“ werden müsse. Ein Bestandteil dieser Dynamik ist sicherlich die Erweiterung des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft um ökologische Inhalte, sprich zur öko-sozialen Marktwirtschaft. Auch diese Erweiterung des Sozialwortes findet neben der wohl überwiegend schweigenden Zustimmung explizites Lob, zum Beispiel von *Losinger* (Testimonial), nach dem es darum gehen müsse, den „ökologischen Gedanken“ in die Soziale Marktwirtschaft zu integrieren. *Bedford-Strohm* (Testimonial) hält diese Weiterentwicklung nicht nur in Deutschland für geboten, sondern wirbt zudem für eine Verbreitung dieses Konzeptes im weltweiten Maßstab. *Glück* (Testimonial) führt neben ökologischen Fragen mit der Globalisierung und dem demographischen Wandel weitere Gegenwarts- und Zukunftsentwicklungen auf, die eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft als einem ethischen Maßstäben genügendem Modell erfordern, so wie es im Sozialwort auch angesprochen werde.

(b) Zustimmung mit Einschränkungen

Zum Teil wird kritisiert, dass das Sozialwort zwar häufig das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft erwähne, eine Konkretion jedoch ausbleibe (so z. B. *Offener Treffpunkt „Wirtschaftsethik“ der katholischen Betriebsseelsorge Böblingen*). Diese etwas allgemein gehaltene Kritik wird von *Wohlgemuth* und *Vogt* spezifizierter vorgetragen. Beide vertreten, wenn auch mit inhaltlich unterschiedlicher Stoßrichtung, die Auffassung, dass

insbesondere die Dynamik einer Sozialen Marktwirtschaft im Sozialwort zu ungenau erfasst werde. *Vogt* hält es für falsch, dass im Sozialwort der Eindruck erweckt werde, die Dynamik der Sozialen Marktwirtschaft erfordere lediglich aktualisierte Anpassungen des Modells. Die ökologischen Herausforderungen und die Verselbstständigung des Finanzmarktes erforderten vielmehr eine Soziale Marktwirtschaft als „evolutionäre Ordnung“, die nur auf der Basis substantieller Weiterentwicklungen zukunftsfähig bleiben könne. *Wohlgemuth* hält den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft insgesamt für konturlos und damit für jede politische Richtung anschlussfähig. Die dynamische Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft weise – unter anderem deshalb – in den letzten Jahren in eine falsche, das „Soziale“ zu sehr betonende und den Markt zu sehr einschränkende Richtung, wie die Mietpreisbremse und der Mindestlohn beispielhaft zeigen würden. *Wohlgemuth* sieht zudem kritisch, dass im Sozialwort von der Marktwirtschaft hauptsächlich im Sinne eines hinzunehmenden Übels gesprochen werde, dessen wirtschaftliche Effizienz nur deshalb genutzt werden solle, um im nächsten Schritt soziale Ziele zu erreichen. Marktwirtschaft sei aber selbst bereits sozial, weil offene Märkte soziale Mobilität förderten und der Wettbewerb ein wirksames Entmachtungsmodell sei.

- (c) Kritikpunkt: Deutschland hat sich vom Konzept der Sozialen Marktwirtschaft längst entfernt

Es gibt zwei Richtungen dieser Kritik. Zum einen wird – z. B. von *Groll* – die Auffassung vertreten, dass das Wirtschaftssystem Deutschlands längst keine Soziale Marktwirtschaft mehr sei, sondern eine „neoliberal-kapitalistische Ökonomie“. Sozialabbau als notwendige Anpassungsmaßnahme zur Sicherung der Sozialen Marktwirtschaft zu bezeichnen, hält *Groll* für „grotesk“. Analog argumentiert auch die *Kirchlich-Gewerkschaftli-*

che Initiative Bayern: „Eine Soziale Marktwirtschaft, die diesen Namen verdient, muss erst in Deutschland wiedergewonnen werden, bevor man sie der Welt als Sozialmodell preist.“

Zum anderen wird hinterfragt, ob nicht bestimmte Entwicklungen der letzten Jahre Anlass zum Zweifel daran geben, ob die Ziele der im Grundsatz noch existierenden Sozialen Marktwirtschaft noch erreicht werden können. So schreibt das *Kolpingwerk:* „Die Tatsache, dass gerade in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich stärker als in vergleichbaren Staaten auseinanderläuft, lässt vermuten, dass Kernprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nicht (mehr) greifen.“ Der *Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche von Westfalen* stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob das neue Sozialwort nicht aktuelle Entwicklungen beschreibe, „die – anders als 1997 erhofft – gerade nicht zu einer Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit geführt haben.“ Vielmehr gefährde die „real existierende Marktwirtschaft“ ein menschengerechtes Miteinander. Ähnliche Überlegungen führen *Segbers* zu der kritischen Beobachtung, dass die „Lehrbuchweisheiten des Sozialwortes“ nicht „gegen das Unbehagen so vieler Menschen gegen eine Marktwirtschaft (helfen), die sich sozial nennt, der aber das Soziale immer mehr abhandengekommen ist.“ Es sei insofern überhaupt nicht klar, „ob die Kirchen die gegenwärtige Wirtschaftspolitik als Ausdruck einer Sozialen Marktwirtschaft begreifen oder von einem abstrakten Model einer Sozialen Marktwirtschaft sprechen.“

(d) Ablehnung des marktwirtschaftlichen Systems

Von gänzlich anderer Qualität ist die Kritik einiger Autoren, die nicht in der Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft das vordringliche Ziel sehen, sondern in der Überwindung der Marktwirtschaft. So schreibt z. B. *Bauer:* „Die Thesen zeigen

scheinbare Alternativen innerhalb der bestehenden kapitalistisch geprägten Marktwirtschaft auf. Doch was unsere Gesellschaft braucht, ist eine Alternative zu diesem System.“ *Bauer* hält die Soziale Marktwirtschaft für ungeeignet, „ökologisch-soziale Katastrophen dauerhaft abzuwenden“, notwendig sei vielmehr ein radikaler Gesellschaftswandel. Die Kirchen sollten nicht „im scheinbar gottgegebenen Kontext der (Sozialen) Marktwirtschaft verharren, sondern eine solche Utopie aufzeigen und einfordern“. Eine ganz ähnliche Ansicht vertritt die *Akademie Solidarische Ökonomie*. Sie hält die Feststellung des Sozialwortes, die Marktwirtschaft habe sich als das bestmögliche Wirtschaftssystem herausgestellt, für ebenso falsch wie das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, wirtschaftliche Freiheit mit sozialem Ausgleich zu verbinden. Letzteres sei eine reine Symptombehandlung, um die schlimmsten Auswirkungen des Kapitalismus zu dämpfen. Aufgabe der Kirche sollte es daher sein „den Götzendienst der Kapitalherrschaft und die Pseudoreligiosität des gelebten Kapitalismus aufzudecken“ und die Alternative einer „kooperativen, partizipativen und solidarischen Ordnungsstruktur“ zu fördern. Analog dazu fordert *Ballewski* die Kirchen dazu auf, den Findungs- und Erprobungsprozess „menschenswürdiger Staats-, Sozial- und Wirtschaftssysteme“ zu unterstützen. Ähnlich äußern sich auch *Salz*, *Böhm* und *Neukirch* sowie *Segbers* und *Groll*, die das Konzept einer Sozialen Marktwirtschaft jedoch nicht vollständig ablehnen.

Auffallend ist, dass sich so gut wie alle Fundamentalkritiker eines marktwirtschaftlichen Systems auf das Lehrschreiben *Evangelii gaudium* von Papst Franziskus beziehen, das deutlicher und weniger naiv als das Sozialwort Kritik am marktwirtschaftlichen System formuliere (*Böhm*). Den Kirchen in Deutschland seien derart scharfe theologische Urteile sozio-ökonomischer Verhältnisse fremd, wie das Sozialwort zeige (*Segbers*).

2.1.1.2 Wirtschaftswachstum und Umweltpolitik

Reaktionen und Kritik werden hier differenziert nach drei Themenfeldern dargestellt: (a) Notwendigkeit eines ökologischen Umbaus, (b) Veränderung der Lebens- und Wirtschaftsstile und (c) Wachstumskritik.

(a) Grundsätzliche Notwendigkeit eines ökologischen Umbaus

Die Forderung nach einem ökologischen Umbau und insbesondere einer Energiewende wird wohl allgemein geteilt und daher auch nur selten ausdrücklich positiv hervorgehoben. Ausnahmen von dieser Regel sind *Kruip, Janowski* (Testimonial) und *Hendricks* (Testimonial). Die in Kapitel I.1 genannten Personen, die die Forderung einer öko-sozialen Marktwirtschaft explizit loben, können ebenfalls zu dieser Gruppe gezählt werden.

Kritik gibt es nur insofern, als der Blick des Sozialwortes zu sehr auf Deutschland gerichtet sei, das zwar Fortschritte bei der Energiewende erzielt habe, aber nach wie vor von der wenig umweltverträglichen Wirtschaftsweise anderer Staaten (mit) profitiere und auch auf andere Weise Anteil an dortigen Umweltschäden habe, so z. B. die *Ökumenische Arbeitsgruppe Sozialwort Auferstehungsgemeinde Freiburg*. Diese kritisiert auch, dass das Sozialwort keine ausdrückliche Empfehlung an Kirchengemeinden enthält, von Vorschlägen nachhaltigen und fairen Wirtschaftens Gebrauch zu machen, z. B. in den Bereichen Energieverbrauch und Einkauf.

(b) Forderung nach einer Veränderung der Wirtschafts- und Lebensstile

Die Forderung nach einer Veränderung der Lebens- und Wirtschaftsstile wird, wenn sie thematisiert wird, weitestgehend un-

terstützt, z. B. von *Hendricks*, *Schneider* und *Janowski*. Allerdings wird die Lebensstilfrage hauptsächlich im Zusammenhang mit Wachstumskritik diskutiert, also an die Ermöglichung des Erreichens eines externen Ziels gekoppelt (vgl. Punkt c). Dass eine Veränderung der Lebensstile unabhängig von anderen Zielen wünschenswert sein könnte, wird ausgesprochen selten diskutiert. Eine Ausnahme ist *Bauer*, der dabei auf einen gewissen Widerspruch des Sozialwortes hinweist. Wenn dieses nämlich erfolgreich sei, würde es dazu führen, dass „mehr Menschen am ‚Haben‘ teilhaben können“. Die Kirchen stünden aber in der Pflicht, die Menschen daran zu erinnern, dass das Streben nach materiellem Wohlstand lediglich eine Form des Hedonismus sei und nie ein Lebensziel sein könne. *Bauer* fordert die Kirchen auf, das Thema Konsumverzicht nicht zu tabuisieren.

Etwas anders gelagert ist die Kritik von *Kiefer*. Er unterstützt zwar die Forderung des Sozialwortes nach einer Veränderung der Wirtschafts- und Lebensstile, hält sie inhaltlich jedoch für unterkomplex und zu sehr auf individuelle Lebensstile bezogen. Viel wichtiger sei eine Veränderung der Wirtschaftsstile: „Ohne strukturelle Anpassungen und ohne Ordnungspolitik wird es nicht gelingen, die Krisen zu bewältigen.“ Auch *Schneider* ist der Auffassung, dass es neben einer Veränderung der individuellen Lebensstile vor allem auch darum gehen müsse „ordnungspolitische und ethische Maßstäbe unseres Wirtschaftens (zu) prüfen und erneuern“.

(c) Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums versus Wachstumskritik

Im Sozialwort findet sich keine grundsätzliche Wachstumskritik. Wachstum solle von einer weiteren Steigerung des Umwelt- und Ressourcenverbrauchs abgekoppelt werden. Das Ziel sei die absolute Entkopplung. Zudem solle stärker auf qualitative

Wohlstandssteigerungen gesetzt werden. Wachstum wird insofern weiterhin für notwendig gehalten, insbesondere in den aufholenden Volkswirtschaften. Lob erhält diese Akzentuierung von *Barrenstein*. Er hält quantitatives und qualitatives Wachstum für eine Grundlage der Generationengerechtigkeit und sieht keinen Widerspruch zum Ziel nachhaltiger Entwicklung. Auch *Dött* lobt, dass Wachstum im Gemeinsamen Wort der Kirchen nicht verteufelt werde. Notwendig sei ein Nachhaltigkeitsdreiklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Andere, wie beispielsweise *Schneider*, fordern, dass sich wirtschaftliches Wachstum in den Dienst der Menschen stellen müsse und halten Wachstum insofern nicht für ein prinzipielles Problem.

Eine größere Anzahl von Autoren setzt sich jedoch auch kritisch mit der grundsätzlichen Wachstumsfreundlichkeit des Sozialworts auseinander. *Emunds* ist zwar der Auffassung, dass es industrialisierte Volkswirtschaften ohne Wachstum schwerfallen dürfte, einen hohen Beschäftigungsstand und eine ausgewogene Einkommensverteilung sicherzustellen. Es müsse jedoch die Frage gestellt werden, „ob ein gesellschaftspolitisches Grundlagenpapier der Kirchen einfach an den Wachstums- und Wohlstandsdebatten der letzten Jahre vorbeigehen kann“. Auch fehle im Sozialwort eine Diskussion darüber, ob weiteres wirtschaftliches Wachstum in Industrieländern überhaupt noch zu Wohlstandszuwächsen führe und ob die im Sozialwort propagierte absolute Entkopplung tatsächlich realisierbar sei. *Jähnichen* hält die von einigen (s. u.) aufgestellte Forderung nach einem Wachstumsverzicht für illusorisch und ein solches Ziel vor dem Hintergrund immer noch bestehender sozialer Verwerfungen in den Industrieländern und insbesondere des Hungers und der Not in Entwicklungsländern auch nicht für wünschenswert, plädiert aber dafür, dass neben der Wachstumsrate weitere ökologische und soziale Indikatoren leitend für politische und wirtschaftliche Entscheidungen sein sollten. Im Falle eines Zielkonfliktes müs-

se auch eine Abbremsung wirtschaftlichen Wachstums erwogen werden. Ähnlich argumentiert der Trägerkreis *Lankwitzer Friedensgespräche*, der für den Fall eines Zielkonfliktes zwischen Wachstum und Nachhaltigkeitszielen fordert, dass Industriestaaten auf Wachstum verzichten sollten, während Schwellen- und Entwicklungsländer ein Recht auf Wachstum zugesprochen werden sollte. In eine vergleichbare Richtung zielt auch die Kritik der *Kirchlich-Gewerkschaftlichen Initiative Bayern*, die Verteilungsfragen für ebenso wichtig wie Wachstumsfragen hält und fordert, dass es vor allem um ein Wachsen von Lebensqualität und Lebenschancen der Armen gehen müsse. Die *Ökumenische Arbeitsgruppe Sozialwort Auferstehungsgemeinde Freiburg* verfolgt einen etwas differenzierteren Ansatz. Für sie soll der ökologische Fußabdruck von Menschen in Industrie- und Schwellenländern darüber entscheiden, wo Wachstum und wo Rückbau nötig seien. In den Industrieländern müsse es unter dieser Prämisse vermutlich um Rückbau gehen.

Andere Autoren sind in ihrer Wachstumskritik radikaler und stehen den Ausführungen des Sozialwortes daher weit reservierter gegenüber. So hält *Groll* es für besonders kritikwürdig, dass „trotz der Erkenntnis, dass die Ressourcen begrenzt und der Klimawandel eine grundlegende Veränderung unserer Wirtschafts- und Konsumweise erfordert“, wirtschaftliches Wachstum im Sozialwort nicht infrage gestellt werde. Allerdings sei ein Wachstumsverzicht im Kapitalismus vermutlich mit erheblichen Krisen verbunden, so dass dieser überwunden werden müsse, um ein solches Ziel ohne erhebliche Negativeffekte zu ermöglichen. *Kiefer* hält die im Sozialwort anklingende Möglichkeit einer absoluten Entkopplung für trügerisch und vermisst daher „belastbare Antworten auf die ungelöste Frage des Götzen Wachstum“. *Schmiedecke* hält „eine quantitative Ausweitung des Produktionsvolumens weder aus energetischer noch aus stofflicher Hinsicht für ökologisch vertretbar“. Das Sozial-

wort ginge über diese Aspekte hinweg. Notwendig sei daher eine Strategie, „die ohne dauerndes quantitatives Wirtschaftswachstum auskommt“. Das *Beuroner Forum* vermisst im Sozialwort eine klare Aussage zur „Wachstumsproblematik“ und empfiehlt den Kirchen „Experimentierorte für den gesellschaftlichen Umbau hin zu einer Postwachstumsgesellschaft“ anzubieten. Die *Akademie Solidarische Ökonomie* bedauert, dass im Sozialwort die vielen Initiativen und Entwürfe einer Postwachstumsökonomie nicht zur Kenntnis genommen werden. Sie ist der Auffassung, dass ein weltweiter Paradigmenwechsel bevorstehe und das „Wachstumsdogma auch in den klassischen Wirtschaftswissenschaften inzwischen infrage gestellt“ würde. *Segbers* verweist in seiner Wachstumskritik zum einen auf Inhalte des Apostolischen Schreibens *Evangelii gaudium* des Papstes, in dem vom naiven Glauben die Rede sei, allein wirtschaftliches Wachstum könne zu mehr Gleichheit und sozialer Einbindung führen. Ein auf Wirtschaftswachstum und ein auf die Effizienz des Marktes ausgerichtetes Wirtschaftsmodell sei keine Lösung, sondern eine entscheidende Problemursache.

2.1.1.3 Haushaltspolitik: Staatsverschuldung, Staatsausgaben und Besteuerung

Die Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung wird von den meisten Autoren nicht bestritten, die Schuldenbremse wird mehrheitlich begrüßt (z. B. *Evangelischer Arbeitskreis der CDU, Fröhlich, Küppers, Dött*). *Losinger* ist erfreut, dass vor allem im Blick auf die Finanzkrise die Frage der Staatsverschuldung deutlich angesprochen werde: „Jede Generation muss selbst für ihren Schuldenberg Verantwortung übernehmen.“

Nur gelegentlich wird diskutiert, ob ein verengter Blick auf Staatsverschuldung und zeitnahe Haushaltskonsolidierung zielführend ist. *Fabian/Thierse* begrüßen, dass im Sozialwort die

Notwendigkeit gesehen wird, dass bei der Sparpolitik konjunkturelle Bedingungen berücksichtigt werden müssen. Die *Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative Bayern* meint, dass „eine pauschale ‚Schuldenbremse‘ (...) auf Kosten der kommenden Generationen (geht), wenn dadurch die Infrastruktur verfällt“. *Hild* kritisiert, dass die Kirchen nur wenige Worte für die Opfer der Sparpolitik finden, bei Haushaltskonsolidierung hingegen argumentierten „als wären sie die Troika höchst persönlich“.

In einigen Beiträgen wird diskutiert, durch welche Maßnahmen eine Haushaltskonsolidierung bestenfalls erreicht werden könnte. Eine Minderheitenmeinung vertritt der *Evangelische Arbeitskreis der CDU*, für den das Sozialwort bei der Haushaltskonsolidierung zu sehr die Einnahmenseite betone. „Es müssten vielmehr sämtliche staatlichen Ausgaben kritisch überprüft werden.“ *Küppers* lobt hingegen, dass im Sozialwort gefordert wird, die mit der Haushaltskonsolidierung verbundenen Lasten gerecht zu verteilen. Wenn es um die Frage gehe, wie eine gerechte Verteilung erreicht werden könne, werde eindeutig die Einnahmenseite favorisiert, während Ausgabenkürzungen sehr kritisch gesehen würden.

Relativ viele Autoren sind der Auffassung, dass das Sozialwort zu zaghaft mit den Themen Steuerhöhungen und Einführung neuer Steuern umgehe. So beklagt *Emunds*, dass im Sozialwort „ganz allgemein eine ‚gerechtere Steuerpolitik‘ (31) gefordert (wird), während das großkoalitionäre Reizwort ‚Steuererhöhungen‘ peinlich gemieden wird“. *Janowski* kritisiert, dass konkrete Maßnahmen wie die Bekämpfung von Steueroasen, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine angemessene Vermögenssteuer und eine europäisch abgestimmte Steuerpolitik nicht gebührend – wenn überhaupt – gewürdigt werde. *Fröhlich* schreibt: „Dass auch die Einnahmenseite bei den öffentlichen Kassen einbezogen werden muss, streift die Studie am Rande.“ Er kritisiert zudem,

dass gerechtere Steuerpolitik im Sozialwort vorwiegend als Instrument verstanden werde, die Akzeptanz von Sparmaßnahmen zu erhöhen. *Fabian/Thierse* argumentieren ähnlich: „Konkrete Forderungen, im Interesse von Armen und des sozialen Ausgleichs Reiche und deren Vermögen wie Einkommen möglichst europaweit stärker progressiv zu besteuern, fehlen jedoch.“ *Kruip* bedauert vor dem Hintergrund seines Insiderwissens über die Entstehung des Sozialwortes, dass eine in einer Vorabversion noch enthaltene Forderung, über die Besteuerung hoher Vermögen und Erbschaften nachzudenken, in der veröffentlichten Version nicht mehr vorhanden ist. Auch der *Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche von Westfalen* kritisiert, dass zwar von gerechter Steuerpolitik gesprochen werde, aber „weder Erbschafts- und Vermögenssteuer noch Finanztransaktionssteuer als Möglichkeiten, eine solche Politik umzusetzen“, genannt würden.

Die Referentinnen und Referenten des *Diakonischen Werks Bayern* fügen der Steuerdiskussion ein weiteres Element hinzu, indem sie die Staatsverschuldung Deutschlands ins Verhältnis zum privaten Nettovermögen setzen. In Deutschland stünden öffentlichen Schulden von über 2 Billionen Euro ein privates Nettovermögen von über 7 Billionen Euro gegenüber, das darüber hinaus sehr ungleich verteilt sei. Der Begriff Reichtum erscheine aber an keiner Stelle des Sozialwortes. Ähnlich argumentiert auch *Böhm*, der darauf hinweist, dass im Gemeinsamen Wort von 1997 noch offen das Thema Reichtum angesprochen werde: „In der Sozialinitiative kommt die Umverteilungsidee nicht mehr vor. Sie begnügt sich zur Konsolidierung des Sozialstaats damit, Steuerschlupflöcher schließen zu wollen und an die Steuerpflicht als eine ‚moralische Bürgerpflicht‘ zu appellieren.“ *Hubert* spricht in diesem Zusammenhang an, dass im Sozialwort zwar erwähnt werde, dass die Finanzkrise Hauptursache für die anwachsenden Staatsschulden gewesen sei und die Krise bis-

lang hauptsächlich die Schwächeren treffe, aber daraus nicht die Folgerung gezogen werde, dass zur Haushaltskonsolidierung hauptsächlich Vermögende herangezogen werden sollten.

2.1.1.4 Finanzmarktkrise und Finanzmarktregulierung

Die Analyse der Ursachen der Finanzmarktkrise wie auch die daraus im Sozialwort abgeleiteten Forderungen treffen weitestgehend auf Zustimmung. Mit Ausnahme der „Mütterrente“ lässt sich in keinem anderen Themengebiet ein ähnlich großes Einverständnis mit dem Text des Sozialwortes beobachten.

Der *Sachausschuss Kirche und Arbeiterschaft des Katholikenrates Aachen-Stadt* lobt, dass als Ursache der Finanzmarktkrise im Sozialwort „neoliberale Deregulierung“ ausgemacht werde und dass es neuer ordnungspolitischer Maßnahmen in Politik und Wirtschaft bedürfe, um Ähnliches künftig zu verhindern. *Emunds* unterstützt die ausgiebige Ursachenanalyse des Sozialwortes, die von einer Verselbstständigung der Finanzindustrie ebenso spreche wie vom Eingehen nicht mehr überblickbarer Risiken. Auch die Folgen der Entstehung von Großbanken, die „too-big-to-fail“ sind, werde korrekt herausarbeitet. Das *Kolpingwerk Deutschland* hebt lobend hervor, dass der Impulstext deutlich klarstelle, dass Kapital eine dienende Funktion habe, und „dass Arbeit das eigentliche Wesen menschlichen Seins“ sei. *Janowski* begrüßt, „dass die Kirchen ein klares Wort zu den verheerenden Folgen ‚losgelöster‘ Finanzmärkte sprechen“. Benötigt werde eine Ordnungspolitik, „die den Auswüchsen des gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus Einhalt gebietet“. Auch *Küppers* lobt die Ausführungen des Sozialwortes, ihm gefällt insbesondere, dass das Sozialwort trotz eindeutiger Schuldzuweisungen differenziert über den Zweck und die Funktionsweise des Finanzmarktes spreche. *Küppers* unterstützt zudem die Forderung der Kirchen nach einer erneuerten Finanzmarktord-

nung und nach einem besseren Schutz des Steuerzahlers, so dass dieser nicht noch einmal die Folgen von Finanzmarktkrisen tragen müsse.

Einige Autoren stimmen dem Text des Sozialwortes grundsätzlich zu, sind jedoch nicht vollends überzeugt. So unterstützt *Fabian* zwar, dass „der Text der Sozialinitiative von 2014 die Gier von Spekulanten und deren Verantwortung für die Weltfinanzkrise von 2007/08 deutlich anprangert“ und „auch auf strukturelle Ursachen“ verweist. Er vermisst jedoch im Forderungskatalog des Sozialwortes das Thema Transaktionssteuer. Auch das *Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung* vermisst bei aller Zustimmung ebenfalls ein klares Bekenntnis zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer. *Fabian/Thierse* halten zwar den Forderungskatalog des Sozialwortes für durchaus umfangreich, merken aber dennoch an: „Aber es bleibt ein eigentümliches Unge-nügen – an der Vorsichtigkeit und dem unübersehbaren Kompromisscharakter vieler Formulierungen.“ Für *Wiemeyer* ist die Ursachenanalyse des Sozialwortes zwar weitestgehend zutreffend, sei aber noch nicht vollständig. Er vermisst, dass „die aktuelle Entwicklung in den Wirtschaftswissenschaften ausdrücklich kritisiert“ wird. Denn: „Vorherrschend waren für den Finanzmarkt Theorien, die gerade eine besondere Effizienz und Überlegenheit der Finanzmärkte betont und so erst Deregulierungsforderungen legitimiert hatten.“ *Küppers* sieht diesen Punkt differenzierter und weist auf den Tatbestand konkurrierender Finanzmarkttheorien hin. Die Kirchen hätten sich „in diesem wirtschaftstheoretischen Meinungsstreit eindeutig auf die Seite Robert J. Shillers gestellt, aus dessen Sicht die Effizienzmarkttheorie „einer der größten Fehler in der Geschichte des ökonomischen Denkens“ sei. Für *Hubert, Neukirch, Neumann* und *Hild* fehlt bei der Analyse der Ursachen der Finanzmarktkrise ein wichtiger Baustein: Der Staat bzw. dessen Versagen bei der Beaufsichtigung von Finanzmarktakteuren. Dessen Versagen

hätte weniger mit herrschenden „Finanzmarkttheorien“ zu tun, sondern sei Ergebnis von Lobbyismus. Die genannten Autoren haben daher auch wenig Hoffnung, dass künftig mit einer besseren Finanzmarktordnung zu rechnen ist. So führt *Hubert* aus: „Die in der These angesprochene geforderte Regulierung der Wirtschaft bleibt eine hohle Forderung und entspricht nicht der Realität.“ Das *Kolpingwerk Deutschland* vermisst im Sozialwort eine klare Benennung der Verantwortlichen für die Finanzkrise und die immer noch defizitäre Bankenregulierung.

Eine Einzelmeinung vertritt *Händler*. Er ist der Überzeugung, dass nicht – wie das Sozialwort formuliert – unverantwortlich handelnde Banker oder unzureichende Regulierung ausschlaggebend für die Finanzkrise gewesen seien: „Was an den Finanzmärkten passierte, hatte nichts mit bösen Menschen und gierigen Bankern zu tun, sondern war die Folge eines zu Ende investierten Strukturzyklus.“ Blasenbildungen an den Finanzmärkten seien in dieser Situation ganz natürlich gewesen.

2.1.2 Sozialpolitische Themen

2.1.2.1 Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung

Die Thesen des Sozialwortes, die sich mit dem Arbeitsmarkt und insbesondere mit den Sozialstaatsreformen der letzten Jahre befassten, wurden mit weitem Abstand am ausgiebigsten und kontroversesten diskutiert. Um hier ein wenig Übersicht zu schaffen, werden verschiedene Diskussionsschwerpunkte im Folgenden getrennt besprochen: (a) Prinzip des Förderns und Forderns und Umgang mit Langzeitarbeitslosigkeit, (b) Niedriglohntektor und Mindestlohn, (c) Mitbestimmung und (d) Spezifischer Arbeitsbegriff des Sozialwortes.

(a) Prinzip des Förderns und Forderns und Umgang mit Langzeitarbeitslosigkeit

Die überwiegende Zustimmung des Sozialwortes zu den jüngeren Sozialstaatsreformen und insbesondere zur Hartz IV-Gesetzgebung bei gleichzeitiger Kritik an den Mittelstreichungen bei den Eingliederungstiteln sowie die damit zusammenhängende Forderung nach einem Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung sind sowohl auf Zustimmung als auch auf erhebliche Kritik gestoßen.

Überwiegende Zustimmung

Kruip lobt die differenzierte Darstellung der Maxime des Förderns und Forderns im Sozialwort. Das Sozialwort gehe sehr wohl darauf ein, dass diese für grundsätzlich richtig gehaltene Maxime in der Praxis Defizite aufweise und der Sozialstaat in der Pflicht sei, Bedingungen zu schaffen, „damit die Balance zwischen ‚Fordern‘ und ‚Fördern‘ gewahrt bleibt beziehungsweise wiederhergestellt wird“. *Schlesinger* ist mit dem Sozialwort der Überzeugung, dass sich die Agenda 2010 förderlich auf die Beschäftigungslage in Deutschland ausgewirkt habe. Ebenso auch *Eggers*, nach dessen Auffassung viele Menschen erst durch die Arbeitsmarktreformen den Einstieg in den Arbeitsmarkt gefunden hätten. Erfreulich sei auch die Feststellung des Sozialwortes, dass geringfügige Beschäftigung, Gestaltung von Werkverträgen und von Leiharbeit sinnvolle Instrumente seien, die nicht zuletzt einen Übergang in dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse darstellen könnten. Ähnlich sieht es *Küppers*, der schreibt: „In den Jahren zuvor war es gelungen, durch eine stärkere Dezentralisierung der Tarifpolitik und durch Arbeitsmarkt- und Sozialreformen die Arbeitskosten zu senken und so die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zu stärken. Hier liegen auch die Gründe, weswegen

Deutschland die Finanzmarktkrise und die Eurokrise so gut überstanden hat.“

Unterstützung findet das Sozialwort vor allem mit der Formulierung des Leitbildes der Inklusion und Partizipation (*Fabian*) sowie bei seiner Kritik an der Kürzung öffentlicher Mittel im geförderten Arbeitssektor (*Fabian/Thierse, Küppers, Ökumenische Arbeitsgruppe der Aktion Arbeit des Bistums Trier und der Evangelischen Kirche im Rheinland*). *Stockmeier* lobt, dass sich die Kirchen in der Arbeitsmarktpolitik deutlich für eine öffentlich geförderte Beschäftigung aussprechen. Man dürfe nicht hinnehmen, dass gerade langzeitarbeitslose Menschen dauerhaft von Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden.

Zustimmung mit Einschränkungen

Dörflinger ist zwar der Ansicht, dass die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre mehr Menschen in Beschäftigung gebracht hätten. Dieser Erfolg müsse jedoch ins Verhältnis zu den Nebenwirkungen gesetzt werden: „Allerdings – und das ist die Kehrseite dieser Entwicklung – gibt es auch Beispiele, dass sich die neuen Instrumente gesamtgesellschaftlich bewertet ins Gegenteil kehren. Niedriglohnbereiche und prekäre Beschäftigungsverhältnisse führen dazu, dass Menschen vom Lohn ihrer Arbeit nicht leben können. Es ist letztlich nicht nur mit den Grundprinzipien der katholischen Soziallehre unvereinbar, dass ein zum Leben ausreichender Lohn nicht vom Arbeitgeber entrichtet, sondern letztlich durch den Steuerzahler subventioniert wird.“ *Dörflinger* begrüßt, dass das Sozialwort auch Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt anspreche, dabei sei es aber zu zaghaft. Er fordert – in Übereinstimmung mit dem Sozialwort – Kurskorrekturen, um Instrumente wie Leiharbeit und Werkverträge „auf ihre ursprüngliche Funktion zurückzuführen ohne sie abzuwürgen“. *Schönherr* argumentiert am Beispiel der

Arbeitnehmerüberlassung ähnlich und sieht wie das Sozialwort, dass solch prinzipiell sinnvolle Instrumente zum Teil missbraucht werden. Er fordert ein „Eingreifen des Staates, um den Auswüchsen unregulierter Arbeitsmärkte entgegenzutreten“. Der *Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche von Westfalen* gesteht der Sozialinitiative zu, dass sie kritisiere, die Sozialstaatsreformen hätten einen zu starken Schwerpunkt beim Fordern gesetzt und entsprechend wenig für das Fördern eingesetzt. Über Alternativen sage sie aber viel zu wenig. „Zwar kritisiert sie den ‚Missbrauch‘ von geringfügiger Beschäftigung, Leiharbeit oder Werkverträgen – es fehlen aber klare Perspektiven, wie dieser Missbrauch zu verhindern ist.“

Überwiegende Kritik

Emunds kritisiert, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit im Sozialwort unter Vernachlässigung makroökonomischer Gegebenheiten direkt auf die Hartz-Reformen zurückgeführt werde. Tatsächlich sei die wissenschaftliche Evidenz hier nicht so eindeutig, wie das Sozialwort impliziere. Auch hält er es für nicht angemessen, wenn im Sozialwort die Bereitschaft jedes Einzelnen zur gesellschaftlichen Teilhabe angemahnt werde. „Dabei dürften die Hartz-Reformen vor allem darin ‚erfolgreich‘ gewesen sein, dass die Transferempfänger die ‚Pflicht‘ verinnerlicht haben, alles für die eigene Erwerbspartizipation zu tun.“ *Schmiedcke* hält die Erfolgsmeldung einer gesunkenen Arbeitslosigkeit für vorschnell und davon ablenkend, dass „rund 3 Millionen plus etwa 1,5 Millionen nicht registrierte Arbeitslose“ kein Grund seien, zufrieden zu sein. *Schnackig* kritisiert, dass im Sozialwort allein die Zunahme der Beschäftigung bzw. der Rückgang der Arbeitslosigkeit als Erfolgsindikator für die Arbeitsmarktpolitik gewählt wird. Er führt hierzu aus: „Die Arbeitnehmer zahlen einen hohen Preis für die zunehmende Beschäftigung: sinkende Einkommen, prekäre Beschäftigung, verschlech-

terte Arbeitsbedingungen, steigende Arbeitszeiten und wachsende Mobilität, um eine kleine Auswahl an steigenden Belastungen zu nennen. Aus unserer Sicht hat sich der Arbeitsmarkt in den letzten zehn Jahren deutlich negativ entwickelt.“ Das Begriffspaar Fördern und Fordern sei in der Praxis längst zu einem Instrument der Disziplinierung geworden und dürfe kein Beispiel für die Weiterentwicklung des Sozialstaats sein. Ebenso wie *Schnackig*, halten auch *Bußmann/Heek/Meiers/Seier* die wachsende Zahl von Beschäftigten nicht für einen hinreichenden Nachweis einer positiven Arbeitsmarktentwicklung: „Insgesamt muss es Zielrichtung sein, die atypischen/prekären Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen zugunsten von Normalarbeitsverhältnissen“. Ähnlich auch *Hubert*: „Die Aussage, dass sich der Arbeitsmarkt positiv entwickelt hat, entspricht nicht der Realität. Die Anzahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse ist auf ein Viertel aller Beschäftigten angestiegen – und diese Entwicklung geht weiter. Die Tarifautonomie und Tarifbindung wird immer mehr ausgehöhlt. Die Tarifbindung nimmt weiter ab.“ Die Problematik von atypischen Beschäftigungen sowie Werkverträgen und Leiharbeit werde im Sozialwort nur kurz gestreift und relativiert. Es wird nicht konkret auf den massenhaften und systematischen Missbrauch dieser Beschäftigungsverhältnisse eingegangen. Auch die „gesellschaftszerstörende Dimension dieser Entwicklung hin zur Tagelöhnerie“ werde nicht angesprochen.

Hild kritisiert, dass die Kirchen Arbeitsmarktreformen loben, die in der Konsequenz dazu führten, „Arbeitslose, die schon per Gesetz dazu gezwungen sind, unter dem Existenzminimum zu leben (Hartz IV), mit Sanktionen noch darunter zu drücken“. Ähnlich auch der *Offene Treffpunkt „Wirtschafts-Ethik“ der katholischen Betriebsseelsorge Böblingen*: „Die Politik fand bislang kein einziges Wort der positiven Zuwendung gegenüber diesen gesellschaftlichen Opfern. Wenigstens unsere Kirchen sollten öffentlich für die Betroffenen Anerkennung, Würdigung

und Dankbarkeit geben und politisch einfordern und sich gegen jedwede Diffamierung und Ausgrenzung wenden.“ *Janowski* kritisiert, dass die Sozialinitiative in ihren Ausführungen eine grundsätzliche Zustimmung zu den zurückliegenden Arbeitsmarktreformen signalisiere, „auch wenn sie konstatiert, „dass das angemessene Verhältnis von *Fordern* und *Fördern* aus der Balance geraten ist“. Im Schatten der Arbeitsmarktreformen habe sich eine „Hartz IV-Ökonomie“ entwickelt, die „durch Tafeln, Suppenküchen, Kleiderkammern und Sozialkaufhäuser gekennzeichnet“ sei. Die *Ökumenische Arbeitsgruppe der Aktion Arbeit des Bistums Trier* und der *Evangelischen Kirche im Rheinland* sieht die Aussagen des Papiers zur Mitverantwortung der Empfänger staatlicher Leistungen kritisch, insbesondere wenn gleichzeitig – wie vom Sozialwort richtigerweise bemängelt – Eingliederungsmittel gestrichen werden. Das *Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau* kritisiert, dass prekäre Beschäftigung im Sozialwort einmal als Brücke in reguläre Beschäftigung, ein anderes Mal als Problem gesehen würde. Eine Brückenfunktion erfülle sie in der Realität ohnehin nicht. *Böhm* sieht weitere negative Nebenwirkungen: „Die Existenzangst im Betrieb, die fortschreitende Tariffucht und eine schwächer gewordene betriebliche Mitbestimmung sind mithilfe dieser sogenannten Reformpolitik eher befördert worden.“ Ähnlich argumentiert auch *Ecker*: „Die Erhöhung des Druckes auf die Arbeitslosen und ihre teilweise Verfassungswidrigkeit wird ohne Kritik hingenommen. Es wird nicht gesehen, dass diese Entwicklung auch die Arbeitnehmer mit sicheren Arbeitsplätzen unter Druck setzt.“

Fröhlich hält die Argumentation des Sozialwortes für unvollständig, weil die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre zwar als Reaktion auf die Globalisierung und als Anpassung der Sozialen Marktwirtschaft an veränderte Rahmenbedingungen dargestellt, die negativen Folgen der Reformen jedoch nicht in Zu-

sammenhang mit diesen Ursachen bzw. der mit ihnen einhergehenden Forderung nach mehr internationaler Wettbewerbsfähigkeit gebracht würden: „Wettbewerbsfähigkeit bedeutet in der Praxis immer: soziale Errungenschaften und erkämpfte Rechte der Arbeitnehmer werden abgebaut“. Dies sagt die Studie aber geflissentlich nicht, sondern beklagt es im späteren Teil.

(b) Niedriglohnsektor und Mindestlohn

Überwiegende Zustimmung

Kruip hält es für gut, dass die Kirchen im Sozialwort eine nur vorsichtige Zustimmung zu Mindestlöhnen formuliert haben bzw. anmahnen, auf mögliche negative Folgen zu achten. „In der Tat wird man sehen müssen, ob die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns auf hohem Niveau nicht doch eher denen schadet, die zu schützen die Vertreter einer solchen Maßnahme vorgeben, weil nämlich doch auch Arbeitsplätze für Geringqualifizierte verloren gehen könnten.“ Auch *Belafi* begrüßt, dass die Kirchen vor negativen Folgen des Mindestlohns warnen, „der neue Schranken für die Integration Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt errichten könnte“. In Bezug auf den Niedriglohnsektor ist er der Auffassung, dass die Kirchen ihn richtigerweise (nur) dann kritisch sehen, wenn er dazu führe, dass Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen verharren. *Küppers* argumentiert ganz ähnlich. Das Sozialwort betone sehr deutlich, dass „eine Ausweitung und Verfestigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse nicht hinnehmbar“ sei. Dort, wo die Tarifautonomie nicht greife, unterstütze sie auch einen gesetzlichen Mindestlohn, warne aber auch vor den Gefahren: „Vor allem für jugendliche Berufseinsteiger, für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose dürfen keine neuen Barrieren zum Einstieg in den Arbeitsmarkt errichtet werden.“ Die Vorsicht des Sozialwortes bei der Unterstützung eines Mindestloh-

nes zeuge daher von Verantwortungsbewusstsein. *Helmer* begrüßt, dass das Sozialwort Tarifflicht und die immer geringere Tarifbindung kritisiere und in diesem Zusammenhang auch einen Mindestlohn für sinnvoll halte. „Gut, dass die Kirchen hier den Finger in eine Wunde legen, denn die Tarifbindung befindet sich seit Jahren im Sinkflug. (...) Das kann eine ‚Soziale‘ Marktwirtschaft nicht dulden, zu der sich die Kirchen bekennen.“ Er kritisiert allerdings, dass das Sozialwort keine sonstigen Antworten zum Thema Tarifflicht enthalte.

Überwiegende Kritik

Wetzel ist der Auffassung, dass „Arbeit um jeden Preis“ und „zu jedem Preis“ der Würde des Menschen widerspreche. Arbeit müsse so gestaltet werden, dass der Verdienst zu einem Leben in Würde reiche. Ein anständiger Mindestlohn in einer Höhe, die vor Armut schützt, sei deshalb das Mindeste. Dieser Aspekt werde im Sozialwort nicht ausreichend diskutiert. *Gather* vermisst, dass das Thema Mindestlohn im Sozialwort nicht auch unter dem Aspekt der Verhinderung von Altersarmut diskutiert werde. *Hubert* kritisiert, dass die Behauptung der Gefährdung von Arbeitsplätzen durch einen gesetzlichen Mindestlohn empirisch nicht belegt sei, im Sozialwort aber dennoch unkritisch als Argument angeführt werde.

Helmer sieht kritisch, dass das Sozialwort zwar das Problem prekärer Arbeit – auch unter dem Begriff atypische Arbeit – benenne, dabei aber „inkonsequent und blass“ bleibe. Ein politisches Signal der Veränderung würde so nicht ausgesandt. Die *Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative Bayern* vermisst im Sozialwort einen Hinweis darauf, dass die Zunahme prekärer Arbeit und Niedriglohnbeschäftigung durch die Hartz-Reformen erst verursacht worden sei. Deswegen müssten die Hartz-Reformen korrigiert werden, anstatt an den Regeln prekärer Beschäftigung

herumzudoktern. „Prekäre Arbeit ist kein Einstieg in gesellschaftliche Teilhabe, sondern oft der Ausstieg aus ihr.“ Der *Diözesanrat der Katholiken im Bistum Essen* stößt sich an der relativierenden Beschreibung des Problems der Niedriglohnbeschäftigung im Sozialwort. Diese sei alles andere als ein Randphänomen. „Niedrigstlöhne gewinnen an Bedeutung: Immer mehr Niedriglohnbeschäftigte verdienen immer weniger.“ *Janowski* bemängelt, dass im Sozialwort Niedriglöhne und atypische Beschäftigungsverhältnisse erst akzeptiert werden, man sich dann aber doch für einen Mindestlohn als geeignetes Instrument ausspreche. Hier sei mehr Klarheit notwendig, um eine eindeutige Vorstellung davon zu vermitteln, wie gute und gerechte Arbeitsverhältnisse auszusehen hätten.

(c) Mitbestimmung

Im Sozialwort wird Mitbestimmung nur kurz als ein Faktor angesprochen, der im Rahmen der Sozialpartnerschaft zur positiven Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland beigetragen habe. Verschiedene Autoren bemängeln, dass Mitbestimmung im Sozialwort kein größerer Stellenwert zugemessen worden ist. So fordert *Wetzel* von den Kirchen, wieder stärker zu betonen, „dass es zum Ausdruck der Menschenwürde gehört, die eigenen Lebensumstände durch Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und über Tarifverträge mitgestalten zu können“. Ähnlich kritisieren *Fabian/Thierse*, dass eine mögliche und notwendige Weiterentwicklung von Mitbestimmung und Teilhabe von Arbeitnehmern, ein „seit Oswald von Nell-Breuning zentrales Anliegen christlicher Sozialethik“ sei, in der Sozialinitiative aber überhaupt nicht thematisiert werde. *Helmer* bemängelt, dass im Sozialwort nur auf die entsolidarisierende Wirkung von Spartengewerkschaften hingewiesen werde. „Entsolidarisierend wirken aber vor allem die Aufspaltung von Belegschaften in Kern- und Randbeschäftigte (z. B. Leiharbeit),

sowie die juristische Abgrenzung und Aufteilung von größeren Betrieben in rechtlich selbstständige kleine Betriebseinheiten oder Betriebsteile. In beiden Fällen werden nicht selten Mitbestimmungsorgane und Tarifverträge teilweise außer Kraft gesetzt.“ In gleicher Weise äußert sich *Ecker*: „Wir vermissen die Forderung nach einem weiteren Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung. Denn das Lob der Sozialpartnerschaft nimmt nicht zur Kenntnis, wie stark die Verhandlungsmacht von Betriebsräten und Gewerkschaften abgebaut wurde.“

(d) Spezifischer Arbeitsbegriff des Sozialwortes

Verschiedene Autoren kritisieren, dass Erwerbsarbeit sicher ein wichtiger Faktor für gesellschaftliche Teilhabe sei, das Sozialwort jedoch zu stark auf diesen Zusammenhang abstelle. So schreibt *Schnackig*: „Vor gut 30 Jahren hat Papst Johannes Paul II. in seiner Lehrschrift *Laborem exercens* ausführlich dargestellt, dass es beim Thema Arbeit nicht nur um die Erwirtschaftung der Lebensgrundlagen und um die Weiterentwicklung der Gesellschaft gehen darf. Arbeit als Ausdruck von ‚Menschsein‘ und darin als Ausdruck von Teilhabe am göttlichen Schöpfungswirken haben die Autoren augenscheinlich aus dem Blick verloren. Allein schon vor diesem historischen und theologischen Hintergrund ist die verkürzende Sicht auf die Erwerbsarbeit an dieser Stelle zu rügen.“ Auch das *Kolpingwerk Deutschland* kritisiert, dass „Erwerbsarbeit alleine als das Maß für gesellschaftliche Teilhabe und Wertigkeit betrachtet“ werde. „Sowohl Gesellschaft als auch Wirtschaft leben von Voraussetzungen, die sie einerseits nicht selbst schaffen, gleichzeitig aber darauf angewiesen sind. Das sind im Wesentlichen die familiären und freiwilligen Leistungen.“ Auch *Dörflinger* ist der Auffassung, dass Erwerbsarbeit zwar wesentlicher, jedoch nicht die alleinige Möglichkeit gesellschaftlicher Partizipation sei: „Wenn jemand aus welchen Gründen auch immer keiner Erwerbsarbeit

nachgehen kann, ist ihm dann der Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe auf Dauer verstellt? Wohl kaum.“ Beispielsweise habe das Sozialwort Familien- und Pflegearbeit offenbar nicht im Blick. *Bauer* meint, dass eine wache Kirche an erster Stelle hinterfragen müsse, warum man in unserer Gesellschaft nur dann voll akzeptiert werde, wenn man einer bezahlten Arbeit nachgehe. Es sei eine „Aufgabe der Kirchen, der Gesellschaft den Spiegel vorzuhalten und sie dazu zu bewegen, Menschen, die nicht unserem Standardbild eines voll-funktionierenden Gesellschaftsmitgliedes entsprechen, so zu akzeptieren wie sie sind, anstatt sie in das Schema des leistungsfähigen Konsumenten zu pressen“. Ganz ähnlich die Kritik von *Emunds*: „Zur Problematik der in dem Sozialpapier geforderten Inklusionsstrategie gehört, dass sich die Autoren des Papiers Inklusion offenbar nur als Erwerbsspartizipation vorstellen können. Der ungeheure Druck, unbedingt Erwerbsarbeit zu finden, unter dem viele Langzeitarbeitslose so sehr leiden, wird damit „kirchenamtlich“ bestätigt und nicht – wie noch im Sozialwort von 1997 – durch das Plädoyer für einen weiteren Arbeitsbegriff relativiert.“

2.1.2.2 *Armut und Ungleichheit*

Im Folgenden werden aus Gründen der Übersichtlichkeit zwei Themenblöcke unterschieden: (a) Armut und (b) Ungleichheit.

(a) Armut

Überwiegende Zustimmung

Die Ausführungen des Sozialwortes zum Thema Armut werden so gut wie nicht positiv kommentiert. Eine Ausnahme bildet *Schnackig*, der jenen Ausführungen voll zustimmt, die beschreiben, was Armut mit Menschen anrichtet. „Und auch der Forderung, dass sozialstaatliche Hilfe den Hilfeempfänger als würde-

vollen Menschen mit Recht auf Individualität anerkennt, ist zuzustimmen.“

Überwiegende Kritik

Ein hauptsächlichlicher Kritikpunkt ist, dass die vorrangige Option für die Armen im Sozialwort zwar ausdrücklich unterstrichen werde, die Armen aber im weiteren Text kaum vorkämen. So bemängelt *Fröhlich*, dass das Sozialwort zwar „hier und da den Ausdruck ‚Option für die Armen‘ fallen“ ließe, ihn aber nie konkret fülle“. Die gleiche Kritik findet sich bei *Sauter-Ackermann*: „Das Sozialwort macht sich stark für eine ‚vorrangige Option für die Armen‘. Zugleich aber geht der Text an zwei Stellen relativ oberflächlich und leichtfertig über die Lebenssituation von armen Menschen und deren Probleme hinweg.“ Auch werde im Sozialwort fälschlicherweise suggeriert, Armut sei ein Randphänomen und eine Ausnahmeerscheinung, wovon nur „bedauerliche Einzelfälle“ betroffen seien. Auch wären „die Folgen dieser Benachteiligungen wesentlich drastischer als im Sozialwort beschrieben“. Ganz ähnlich die Kritik des *KDA-Bundesausschusses Erwerbslosigkeit, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik*: „Das Papier, dem doch die ‚biblische Option für die Armen‘ als Leitorientierung vorangestellt ist, findet wenig Anschluss an die Armutsdebatten, die in Gesellschaft und Kirchen geführt werden.“ So werde kein Wort über die beunruhigende Entwicklung verloren, dass sich seit Jahren eine Gleichzeitigkeit des Booms am Arbeitsmarkt und einer Verschärfung der Armut beobachten lasse. Besonders enttäuschend sei, dass das Sozialwort langjährige Forderungen, für die die Kirchen und ihre Sozialverbände an anderer Stelle stritten, wie beispielsweise die Neuberechnung des Existenzminimums bei den Grundversicherungsleistungen, nicht einmal erwähne. Die gleiche Kritik äußern die Referentinnen und Referenten des *Diakonischen Werks Bayern*: „Die Ausführungen in der gemeinsamen Sozialinitiati-

ve vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz geben die Dimensionen der gesellschaftlichen Verwerfungen und Ungerechtigkeiten mit ihren dramatischen Auswirkungen auf das Leben vieler unmittelbar betroffener Menschen nicht umfassend wider. Das Ergebnis der Auseinandersetzung ist unbefriedigend, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Sozialinitiative für sich in Anspruch nimmt, dass die Kirchen sich zu Wort melden wollen, wenn Armut und Ungerechtigkeit verhindern, dass alle Menschen in Würde leben können.“ *Helmer* kritisiert, dass die Sozialinitiative die Option für die Armen in eine prinzipielle Option für die Armen und für das Ganze umwandle, die Option für die Armen aber mehr als ein bloßes Prinzip sei: „Option für die Armen ist nicht nur ein ethisches, christliches Kriterium unter vielen, es ist die entscheidende Kategorie zur Beurteilung sozialen und christlichen Handelns in unserer Zeit.“ Ähnlich kritisch äußert sich der *Sachausschuss Kirche und Arbeiterschaft des Katholikenrates Aachen-Stadt*. Seiner Auffassung nach bleibe die „Option für die Armen im Vorwort des Dokumentes geparkt. Die Armen selbst kommen im gesamten weiteren Dokument nicht mehr vor.“

Verschiedene Autoren verbinden ihre Kritik mit der Suche nach Gründen, warum das Thema Armut im Sozialwort so wenig vorkomme. *Körner* fragt sich „in welchem Milieu die Verfasser leben, wenn sie zwar an die ‚Option für die Armen‘ erinnern, aber nicht mit den Armen und Betroffenen über die gesellschaftlichen Notstände reflektieren, um zu wirklichen neuen Impulsen zu kommen“. Und *Hild* stellt die Frage: „Warum machen sich die Spitzenvertreter der Kirchen nicht zu den Fürsprechern der Armen, der Arbeitslosen und fordern Rechte für diese ein, zum Beispiel die Abschaffung der menschenunwürdigen Hartz IV-Sanktionen, oder warum gehen sie nicht demonstrativ hin zu den Armen und Verlorenen in Griechenland und anderswo, auch hierzulande, und rücken sie in den Blick der Öffent-

lichkeit und der Politik?“ *Segbers* ist der Auffassung, dass das Sozialwort, indem es den Rand der Gesellschaft vernachlässige, übersehe, welches Unbehagen sich dort aufgestaut habe. Es sei aber für ein kirchliches Sozialwort unbedingt notwendig „von den Rändern des Systems her, von den arbeitslos und arm Gemachten, den Hartz IV-Empfängern, den arbeitslosen Alleinerziehenden und Leidtragenden her, die es auch in unserem Land gibt, Fragen zu stellen, die andere Teilnehmer am gesellschaftlichen Diskurs nicht oder nicht so stellen“.

(b) Ungleichheit

Überwiegende Zustimmung

Zustimmung erhält das Sozialwort in diesem Themenbereich nur von wenigen, z. B. von *Küppers* und *Kruip*. Sie unterstützen die Anregung des Sozialwortes, „den oft auf das Paradigma der Verteilungsgerechtigkeit verengten sozialpolitischen Diskurs durch einen stärker chancenorientierten gesellschaftspolitischen Diskurs zu ergänzen“. Sie sehen darin keinen impliziten Vorbehalt gegen Umverteilung, sondern lediglich eine Klarstellung, dass es keinen Gegensatz zwischen Beteiligungs- und Verteilungsgerechtigkeit gebe, vielmehr gehörten beide Formen der Gerechtigkeit zwingend zusammen: „Um Beteiligung sicherzustellen, muss eben auch umverteilt werden.“

Überwiegende Kritik

Ecker ist der Auffassung, dass die Schere zwischen Arm und Reich politisch gewollt größer werde und daraus folge, dass Beteiligung gerade nicht sichergestellt werden solle. Daher sei es nicht sachdienlich, wenn das Sozialwort die gesellschaftspolitische Diskussion zur Verteilungsgerechtigkeit mit einer stärkeren Betonung der Chancengerechtigkeit führen wolle. *Fröhlich*

argumentiert ähnlich, wenn er schreibt: „Mit Mitgefühl konstatieren die Autoren aber auch, dass trotzdem (Anmerkung des Autors: trotz Abbau der Arbeitslosigkeit) die ‚ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen zugenommen‘ hat und dass darauf noch keine Antwort gefunden worden sei. Diese wachsende Ungleichheit geschah und geschieht genau wegen dieser Politik.“ Das Sozialwort versäume es, die Frage der ungleichen Verteilung von Vermögen und Einkommen in Verbindung mit Alternativen „zur ungerechten Politik der letzten Jahre zu bringen“. Die *Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative Bayern* schreibt zu diesem Thema: „Wie meistens verdeckt die Rede von Chancengerechtigkeit mangelnde Verteilungsgerechtigkeit.“ Wohlstand und Bildung seien in Deutschland extrem ungleich verteilt. Hier müsse erst ein Wandel eintreten, bevor es lohnend sei, von Chancengerechtigkeit zu sprechen, die letztlich auf Verteilungsgerechtigkeit aufbaue, nicht umgekehrt.

2.1.2.3 Alterssicherung

Insgesamt fallen die Reaktionen auf die Äußerungen des Sozialwortes zur Alterssicherung zahlenmäßig gering aus. Die Kritik soll hier zur Übersichtlichkeit dennoch nach vier Themenfeldern gegliedert werden: (1) Rentensystem allgemein, (2) Renteneintrittsalter, (3) Berücksichtigung von Familienarbeit und (4) Kapitaldeckung.

(a) Rentensystem allgemein

Der *Evangelische Arbeitskreis der CDU Berlin-Brandenburg* bedauert, dass die vielen Fragen, die mit dem demografischen Wandel zusammenhängen, im Sozialwort so gut wie ausschließlich auf Aspekte der Rentenversicherung heruntergebrochen würden. Damit werde man den vielen sonstigen Herausforderungen nicht gerecht. *Böhm* ist der Ansicht, dass die Rentenfra-

ge unter dem alleinigen Aspekt des demografischen Wandels deshalb schlecht aufgehoben ist, weil es sich bei der Finanzierung dieses umlagefinanzierten Systems nicht allein um ein vertikales Demografieproblem handelt, sondern auch intragenerationale Verteilungsfragen berücksichtigt werden müssten. Insbesondere kritisiert er, dass die Frage des Einbezugs weiterer Personengruppen in die gesetzliche Rentenversicherung nicht diskutiert werde. *Ecker* kritisiert, dass die Rentenpolitik im Sozialwort auf Fragen der Kürzungen und Lebensarbeitszeit-Verlängerung heruntergebrochen werde. Es gebe andere Ansätze. „Wir vermissen die Erkenntnis, dass die ständige Steigerung der Produktivität in der Rentenformel berücksichtigt werden muss. Denn nur durch die gerechte Verteilung dieser Wohlstandssteigerung haben die jeweiligen Generationen der noch nicht Arbeitenden, der Beschäftigten und der nicht mehr Arbeitenden einen ihnen zustehenden Anteil.“ Das *Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau* ist der Auffassung, dass das Sozialwort in Bezug auf die Rentenpolitik hinter dem Anspruch, Orientierungswissen bereitzustellen, zurückbleibe. Die Vorschläge blieben den derzeit dominierenden Denkanstößen verhaftet und könnten so keine Systemalternativen – z. B. Bürgerversicherung – anbieten. *Fabian/Thierse* bedauern, dass die Rentendiskussion der Kirchen „vor allem unter der Fragestellung des demografischen Wandels und weniger der solidarisch-gerechten Verteilung zunehmenden gesellschaftlichen Reichtums geführt“ wird.

(b) Renteneintrittsalter

Küppers lobt, dass das Sozialwort die Erhöhung des Renteneintrittsalters befürworte. Es gebe vor dem Hintergrund des sich verändernden Altersaufbaus nur zwei Alternativen: Weitere Absenkungen des Rentenniveaus oder längere Arbeitszeiten. „Bei der Wahl zwischen einer (noch weiteren) Senkung des Netto-

rentenniveaus und der Verlängerung der Lebensarbeitszeit geben die Kirchen deshalb der zweiten Alternative aus genuin sozialethischen Gründen eindeutig den Vorzug.“ Denn nur so ließe sich künftig ein Anstieg der Altersarmut dämpfen. Auch *Kruip* findet es erfreulich, dass die Rente mit 67 im Sozialwort „angesichts des demographischen Wandels eindeutig als notwendig bezeichnet“ werde. Ein Renteneintritt mit 63 nutze nur Rentnern mit ohnehin hohen Ansprüchen und verschärfe den Fachkräftemangel. Der Trägerkreis *Lankwitzer Friedensgespräche* begrüßt den Vorstoß des Sozialwortes, auf fixe Renteneintrittsalter künftig völlig zu verzichten. Wer vor oder nach 63 in Rente gehe, müsse mit entsprechenden Zu- oder Abschlägen rechnen. Wer länger arbeite, müsse aber auch weiterhin beitragspflichtig in der Rentenversicherung bleiben.

Fabian/Thierse kritisieren, dass im Sozialwort auf der einen Seite eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 für notwendig gehalten, auf der anderen Seite aber für eine völlige Flexibilisierung des Renteneintritts geworben werde. Hierbei würde verkannt, dass eine Flexibilisierung des Renteneintrittsalters nur scheinbare Wahlfreiheit eröffne, weil Renteneintritte vor 67 aufgrund erheblicher Abschläge kaum möglich wären. Die *Diakonie Bayern* sieht kritisch, dass die grundsätzliche Befürwortung einer Rente mit 67 gerade bei Beschäftigten in der Pflege die berufliche Realität und die damit zusammenhängenden Belastungen verkenne.

(c) Berücksichtigung von Familienarbeit

In keinem einzigen Beitrag wird die sogenannte Mütterrente kritisiert. Verschiedentlich wird jedoch eine noch stärkere Anrechnung von Zeiten der Familienarbeit – Kindererziehung und Angehörigenpflege – gefordert. *Stiwe* vertritt dabei die Auffassung, dass es nicht ausreiche, in der Rentenversicherung auf den veränderten Altersaufbau stets nur zu reagieren. „Rentenrefor-

men können lediglich dazu dienen, die ökonomischen und sozialen Folgen des demographischen Wandels zu beeinflussen und eine gerechtere Verteilung der damit verbundenen finanziellen Belastungen anzustreben. Eine zukunftsgerichtete Politik aber sollte nicht bloß reagieren, sondern versuchen, die demographische Entwicklung mitzugestalten.“ *Wehner* warnt, dass eine stärkere Berücksichtigung von Erziehungs- und Pflegeleistungen in der Rentenversicherung im Umkehrschluss dann auch bedeuten müsse, dass Kinderlose entsprechend stärker belastet werden. Ansonsten würden lediglich neue Ansprüche entstehen. *Bußmann* fordert neben rentenerhöhenden Kindererziehungszeiten auch eine Beitragsentlastung in der Rentenversicherung für Kindererziehende. „Beides ist bisher nicht in verfassungskonformem Umfang umgesetzt, so dass unter anderem insbesondere Mütter, die langjährig Kinder erzogen haben und deshalb auf Erwerbstätigkeit verzichtet haben, im Alter überproportional häufig von Armut betroffen sind.“ Sie plädiert zudem für eine deutliche Erhöhung der für die Pflege angerechneten Beitragszeiten, „um diese gesellschaftlich so wichtige Sorgearbeit angemessen auszugleichen“.

(d) Kapitaldeckung

Die wenigen Autoren, die sich mit der Frage einer kapitalgedeckten Zusatzversicherung beschäftigen, lehnen diese strikt ab. Das *Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau* kritisiert, diese sei insbesondere für Frauen und Langzeitarbeitslose als den Hauptbetroffenen von Altersarmut keine sinnvolle Alternative, weil es diesen zum einen an entsprechenden Möglichkeiten fehle, überhaupt Rücklagen zu bilden. Der *Offene Treffpunkt „Wirtschaftsethik“ der katholischen Betriebsseelsorge Böblingen* hält die teilweise Verlagerung von einer umlagegedeckten zu einer kapitalgedeckten Alterssicherung für nicht zielführend: „Für die,

die es sich leisten können, ergibt sich annähernd die gleiche finanzielle Belastung. Wer heute arm ist (Kinder, Kranke, Arbeitsuchende), wird es bleiben. Die Altersvorsorge wird weit volatiler. Kirchen haben aus christlichem Glauben heraus eine ‚Option für Solidarität‘.“ *Hubert* argumentiert mit der „Mackenroth-These“ aus den 1950er Jahren, wonach kapitalgedeckte Rentenversicherungen ebenfalls nicht demografieresistent seien. „Denn unabhängig von der Organisationsform muss die Finanzierung der nicht mehr produktiven Generation immer aus dem laufenden Volkseinkommen erfolgen.“ Zudem habe sich die kapitalgedeckte Alterssicherung in der Finanzkrise als hochvolatil und daher wenig sicher entpuppt.

2.1.2.4 Familienpolitik

Familienpolitik kommt im Sozialwort so gut wie nicht vor. Entsprechend gibt es hier nur sehr wenige Reaktionen. *Küppers* lobt, dass die Sozialinitiative die gläserne Decke anspreche, mit der Frauen im Erwerbsleben noch häufig konfrontiert werden. Auch die mangelhaften Möglichkeiten, Erwerbstätigkeit und Familie zu verbinden, würden erwähnt. Er regt an, dass die Sozialinitiative Vorschläge einer auf 32 Stunden reduzierten Elternarbeitszeit aufgreifen solle. Der Trägerkreis *Lankwitzer Friedensgespräche* sieht in der schwierigen Vereinbarkeit von Arbeit und Familie einen Hauptgrund für unterlassene Familiengründungen. „Übersteigerte Vorstellungen von Möglichkeiten beruflicher Selbstverwirklichung und Überforderung von Partnerinnen und Partnern sind weitere ernst zu nehmende Hindernisse. Dagegen muss in Kirchen mutig angepredigt werden.“ *Stüwe* hält es für mutlos, wenn das Sozialwort feststelle, durch noch so engagierte Familienarbeit ließe sich am demographischen Wandel nichts mehr ändern. Zwar sei klar, dass Familienpolitik nur ein Baustein einer familienfreundlichen Umwelt sei.

Aber: „Ein Debattenbeitrag der Kirchen zum Umgang mit dem demographischen Wandel sollte sich nicht darin erschöpfen, Empfehlungen zur sozialverträglichen Umgestaltung des Rentensystems zu geben. Als gesellschaftliche Akteure und als Werte stiftende Institutionen müssen die Kirchen vielmehr immer wieder darauf verweisen, welche Bedeutung die Familie für die Zukunft unserer Gesellschaft hat.“ *Bußmann/Heek/Meiers/Seier* fordern eine vorrangige Option für die Familie, die im Sozialwort gänzlich zu kurz käme. Notwendig sei dazu ein Mix aus Geld (z. B. Grundeinkommen für Kinder), Zeit und Infrastruktur (Quantitativer und qualitativer Ausbau der Kinderbetreuung). *Kunze* ist der Auffassung, dass im Sozialwort eine Verzwecklichung der Familie durchscheine. Diese werde vornehmlich als Dienstleister für Wirtschaft oder Sozialstaat gesehen. Dabei gerate aus dem Blick, dass Familienfunktionen nicht einfach durch öffentliche Erziehung ersetzt werden könne – denn zu Recht weise das Sozialwort selbst darauf hin, dass die Familie der erste Bildungsort sei.

2.1.2.5 Bildungspolitik

Überwiegende Zustimmung

Die *Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative Bayern* lobt, dass Bildung im Sozialwort „erfreulich weit“ und nicht nur im Sinne von „Beschäftigungsfähigkeit“ definiert werde. Auch sei es richtig, wenn frühkindliche Bildung im Sozialwort als Schlüsselfrage für gesellschaftliche Teilhabe thematisiert werde. *Küppers* hingegen unterstützt, dass Bildungspolitik im Sozialwort vor allem als vorsorgende Sozialpolitik verstanden werde, die „eine gute soziale Rendite“ verspreche. *Deor* hebt vor allem die Forderung nach lebenslanger Bildung insbesondere für diejenigen, die „bereits abgehängt“ wurden, lobend hervor. Sie vertritt die Auffassung, dass an dieser Stelle längst etwas hätte geschehen

sollen, „im Sinne einer Wiedergutmachung bzw. Anerkennung für Lebensleistungen in Arbeitsprozessen, die weggebrochen bzw. (...) disqualifiziert und herabgewürdigt worden sind“. Auch *Kruip* stimmt den Ausführungen des Sozialwortes zum Thema Bildung weitestgehend zu. Er kritisiert allerdings, dass die Forderung nach einem kostenlosen Kindergartenplatz nicht in das Sozialwort aufgenommen worden sei.

Überwiegende Kritik

Westphal lobt zwar, dass Bildungspolitik im Sozialwort als wichtiger Teil einer vorsorgenden Sozialpolitik begriffen werde, kritisiert allerdings, dass die „weiteren Ausführungen an der Oberfläche“ hängenbleiben würden. Sie kritisiert vor allem, dass Bildung im Sozialwort „vor allem unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigungsfähigkeit und der volkswirtschaftlichen Effizienz“ diskutiert werde. Kritisch sei auch, dass die im Sozialwort formulierten Forderungen nach lebenslangem Lernen für Geringqualifizierte zu Zumutungen führen könnten, wenn sie nicht in der Lage sind, dem damit entworfenen Bild zu entsprechen. Sie gibt zudem zu bedenken, dass gerade die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände Arbeitgeber sein könnten, die lebenslanges Lernen ermöglichen und fördern. „Nicht (nur) aus betriebswirtschaftlichen oder volkswirtschaftlichen Erwägungen, sondern als Dienst am Nächsten und als eigener Beitrag zu einer gerechteren Gesellschaft.“ *Kunze* sieht es kritisch, wenn Bildung in den Kontext der vorsorgenden Sozialpolitik gerückt werde, weil auf diese Weise eine Rhetorik der Anpassung gefördert werden könne. Bildung solle im Gegensatz dazu zunächst einmal danach ausgerichtet werden, Freiheit im Denken und Handeln zu ermöglichen: „Dieses Potenzial geht verloren, wenn Bildung auf ein Instrument wirtschafts- oder sozialpolitischer Steuerung reduziert wird.“ Auch der *Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche von*

Westfalen kritisiert, dass die Formulierungen des Sozialwortes Gefahr liefen, „Bildung auf ihre Dienlichkeit für den Arbeitsmarkt zu verengen“. Ebenso auch das *Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau*, das davor warnt, Bildung allein nach ihrem „Gebrauchswert“ zu beurteilen, Potenziale für die Leistungs- und Wissensgesellschaft zu erschließen. *Hubert* hält es für widersprüchlich, wenn im Sozialwort einerseits darauf hingewiesen werde, Bildung sei mehr als die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten, andererseits aber werde sie, „angefangen von der frühkindlichen Bildung, unter die Vorgaben der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes gestellt“. *Ecker* kritisiert, dass das Sozialwort unangegessen dem Bildungsbegriff des Bologna-Prozesses und der Pisa-Studien folge, der vorwiegend auf wirtschaftlich verwertbare berufliche Bildung ausgerichtet sei. Nicht erwähnt werde im Text, dass sich nicht nur der Einzelne durch Bildung an sich verändernde Bedingungen anzupassen habe, sondern dass Bildung auch stets emanzipatorische Ziele verfolge und sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen gerade durch Bildung ändern könnten. *Ecker* kritisiert zudem, dass im Sozialwort nichts von der Bedeutung der Herzens- und Gewissensbildung sowie von emotionaler Bildung zu finden sei, die letztlich Grundlage jeder Bildung sein sollten. „Wie wollen die Kirchen Einfluss auf die Bürger haben, wenn von Herzensbildung keine Rede ist?“

2.1.2.6 Migration

Das Thema Migration wird im Sozialwort kaum angesprochen, entsprechend fallen auch die Reaktionen zahlenmäßig überschaubar aus. *Küppers* hebt lobend hervor, dass die Kirchen klar beim Namen nennen würden, dass Menschen mit Migrationshintergrund weiterhin nicht die gleichen sozialen Chancen hätten.

Für andere Autoren ist der Zugang des Sozialworts zum Thema Migration hingegen defizitär, insbesondere weil nur über bereits in Deutschland lebende Migranten gesprochen werde. Das *Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung* ist der Auffassung, dass ein Sozialwort der Kirchen „Chancengleichheit für Flüchtlinge und Migranten einfordern“ müsse. Die Referentinnen und Referenten des *Diakonischen Werks Bayern* kritisieren, dass sich die Flüchtlingsströme aus den Krisengebieten, die innereuropäischen Wanderungen und die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Konsequenzen „in keiner der zehn Thesen der Sozialinitiative finden“, obwohl ihnen überragende Bedeutung für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland und für die Bewältigung des demographischen Wandels zukomme. *Sauter-Ackermann* sieht kritisch, dass der verzögerte Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit im Sozialwort unter anderem damit begründet werde, dass der Beschäftigungszuwachs aus dem Ausland erfolgt sei. „Tatsächlich ist aber die Verstetigung der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland in erster Linie darauf zurückzuführen, dass benachteiligte Bevölkerungsgruppen dauerhaft den Anschluss verpassen und ausgeschlossen werden.“ Das Sozialwort blende mit seinen Äußerungen die faktische und in Deutschland als Einwanderungsland auch gewollte gesellschaftliche Vielfalt aus. „Diese mangelnde kulturelle Sensibilität widerspricht dem Leitgedanken von Partizipation und Inklusion.“

2.1.3 Globale und europäische Themen

2.1.3.1 Globale Themen

Zwei diskutierte Themenfelder sollen hier unterschieden werden: (a) Internationale Übertragbarkeit des Modells öko-soziale Marktwirtschaft und (b) Umfang des Eingehens auf globale Themen im Sozialwort.

(a) Internationale Übertragbarkeit des Modells öko-soziale Marktwirtschaft

Überwiegende Zustimmung

Kruip lobt den grundsätzlichen Anspruch des Sozialwortes, das Konzept einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft im Sinne einer globalen Ordnung für globale Märkte zu exportieren, auch wenn er einschränkt, dass dies noch weitestgehend ausstehe. *Bedford-Strohm* unterstützt das Konzept einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft und betont dabei insbesondere den ökologischen Aspekt, ohne dessen deutliche Aufwertung eine wünschenswerte Entwicklung der ärmeren Volkswirtschaften innerhalb planetarischer Grenzen kaum möglich sei.

Zustimmung mit Einschränkungen

Vogt gibt zu bedenken, dass das Modell der Sozialen Marktwirtschaft „spezifische kulturelle und institutionelle Voraussetzungen (hat), die in vielen Ländern nicht gegeben sind“. Er sieht die Ökumenische Sozialinitiative als Impuls in einem europäischen Diskurs, der die unterschiedlichen Erfahrungen in Ländern und Kirchen „durch eine vertiefte sozialphilosophisch und theologische Reflexion“ aufgreife, um so „einen originären Beitrag zur gemeinsamen Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft zu entfalten“. Die Entwicklung einer öko-sozialen Marktwirtschaft in Deutschland sei insofern grundsätzlich positiv, die Vorstellung einer Übertragbarkeit dieses Modells auf andere Staaten aber eher abwegig.

Überwiegende Kritik

Fabian/Thierse halten es für widersprüchlich, dass in der Sozialinitiative zwar über die öko-soziale Marktwirtschaft als Modell und Vorbild für andere Staaten gesprochen werde, zur glei-

chen Zeit jedoch „geerdetere“ Themen wie ein fairer Welthandel, entwicklungspolitische Zusammenarbeit und die globale Verantwortung Deutschlands, Europas und seiner Kirchen sowie die Situation von Flüchtlingen und Zuwanderern im Sozialwort so gut wie keine Rolle spielten. *Segbers* bezweifelt, dass die deutsche Soziale Marktwirtschaft überhaupt als Vorbild für andere Länder taugen könne. Denn sie bröckele bereits, es zeigten sich „zunehmend Risse in der hohen Mauer“. Er folgert: „Eine Ausdehnung der Sozialen Marktwirtschaft reicht nicht, um die Globalisierung zu bändigen und die zerstörerischen Kräfte zu kanalisieren.“

(b) Umfang des Eingehens auf globale Themen im Sozialwort

Eine erhebliche Anzahl von Autoren beklagt, dass das Sozialwort – mit Ausnahme der „Eurokrise“ – nur selten über den nationalen Tellerrand hinausschaut. Manche Autoren belassen es in ihrer Kritik bei der Feststellung, dass Deutschland keine Insel sei, auch wenn man beim Lesen des Sozialworts den Eindruck gewinnen könne (*Lohse*). Andere Autoren gehen mehr ins Detail. So fragt *Fröhlich*, warum die Autoren des Sozialworts „keine ökumenischen Kontakte in die Länder im Süden Europas und im Süden der Welt genutzt haben, um gemeinsam zu fragen, welches Wort von der Bibel her zum Thema ‚Gerechtigkeit‘ in unserem Land und in der Welt heute zu sagen ist“ – zumal doch im Sozialwort häufig angesprochen werde, dass sich viele Probleme nur noch global lösen ließen. *Böhm* bemängelt, dass in den Grundannahmen des Sozialwortes zwar festgestellt werde, dass die gesamte Menschheitsfamilie den Verantwortungshorizont bilde, aber völlig unerwähnt bleibe, dass der deutsche Wohlstand auch auf Kosten anderer Länder bzw. der dort arbeitenden Menschen zustande komme. Zwar heiße es, unser Wohlstandsmodell sei nicht übertragbar und moralisch fragwür-

dig, es fehle aber der Mut, diese Fragwürdigkeit an konkreten Beispielen zu verdeutlichen. *Schmiedecke* bemerkt, dass das deutsche Exportmodell nicht nur dem Binnenmarkt, sondern der Weltwirtschaft fortgesetzt Nachfrage entziehe und daher keine Konjunkturlokomotive sei, sondern ein bloßer Trittbrettfahrer der weltweiten Konjunktur, wodurch in anderen Staaten Arbeitslosigkeit und Überschuldung entstünden. „Eine global denkende Kirche sollte diese Effekte im Blick haben, statt nur auf den deutschen Tellerrand fixiert zu sein.“ Auch *Nothelle* plädiert dafür, „dass gerade Christen nicht nur auf das Wohlergehen des eigenen Landes achten“.

Mit Blick auf andere Staaten kritisiert *Hubert* die deutsche Ressourcenverschwendung und die Verlagerung der Textilproduktion in Staaten mit noch niedrigeren Löhnen, Sozial- und Umweltstandards: „Wir vermissen in der aktuellen Sozialinitiative den glaubwürdigen Erfahrungshorizont der weltweiten Kirche, insbesondere der Christen in Afrika, Süd- und Mittelamerika sowie aus Asien.“ Auch *Ballewski* kritisiert, dass im Sozialwort vor allem die eigene Gesellschaft beurteilt würde, nicht aber der von Ungerechtigkeiten geprägte Zustand der übrigen Welt, an dem diese Gesellschaft partizipiere.

2.1.3.2 Europäische Themen – Europäische Schuldenkrise

Überwiegende Zustimmung

Küppers lobt, dass sich das Sozialwort eindeutig auf die Seite der europäischen Idee stelle „und gegen die auch hierzulande Zulauf gewinnenden Kräfte, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen und nationalstaatlichen Chauvinismus propagieren“. Positiv hervorzuheben sei zudem, dass das Sozialwort die gemeinsame Verantwortung der europäischen Partner und das Gebot der Solidarität betone. Er wendet sich gegen Kritiker, die

vom Sozialwort eine eindeutige Verurteilung der deutschen Exportstrategie als Mitverursacher der Schuldenkrise fordern, da die wissenschaftliche Meinung zu diesem Thema letztlich geteilt sei und die Kirchen kein Mandat besäßen, auf Grundlage „wackeliger Argumente“ die Regierungspolitik zu verurteilen. *Kauder* hält das neue Sozialwort auch deshalb für wichtig, weil es die erste Stellungnahme der Kirchen zur Euro-Krise sei, in der es nicht nur um Euro und Cent gehe, sondern auch um die Frage nach dem Zusammenhalt Europas, wobei er vor allem ein Vertrauensproblem sieht: „Wie hier Vertrauen wiederhergestellt werden kann, zeigt die christliche Soziallehre auf. Erst das ausgeglichene Zusammenspiel von Sozial- und Eigenverantwortung schafft eine Vertrauenskultur, in der sich die Schwachen auf die Hilfe der Gemeinschaft verlassen können und die Starke auf die Anstrengung der Schwachen vertrauen dürfen.“

Zustimmung mit Einschränkungen

Das *Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung* hebt positiv hervor, dass das Sozialwort Kritik an den sozialen Auswirkungen einer überzogenen Austeritätspolitik übe. Es vermisst allerdings konkrete Vorschläge, wie die Arbeitslosigkeit in den Krisenstaaten bekämpft werden könne. *Hatzinger* teilt die Analyse des Sozialwortes insoweit, als die besonders von der europäischen Schuldenkrise betroffenen Staaten nicht sich selbst überlassen werden dürften, gleichzeitig aber Anstrengungen bei der Modernisierung und Haushaltskonsolidierung leisten müssten. Sie wendet jedoch ein, dass die Wirklichkeit um einiges komplexer ist, „als es die Formel von Solidarität und Verantwortung erahnen lässt“. Es brauche Zeit, bis Reformen wirken und es brauche auch Ehrlichkeit, eigene Fehler in der Vergangenheit selbstkritisch zugeben. *Hatzinger* bemängelt zudem, dass die europäische Dimension der Wirtschafts- und Sozialpolitik nur im Zusammenhang mit der Schuldenkrise im Sozialwort vorkomme. Europa

sei aber mittlerweile soweit zusammengewachsen und aufeinander angewiesen, dass bei allen 10 Thesen des Sozialwortes die europäische Dimension stets mit bedacht werden müsse. *Fabian/Thierse* heben zwar lobend hervor, dass im Sozialwort angesprochen werde, kurzfristige Ausgabenkürzungen der Krisenländer könnten das Ziel der Haushaltskonsolidierung konterkarieren. Sie vermissen jedoch einen konkreten Alternativvorschlag, „um Krisenländern in Verbindung mit einer effizienter neugestalteten EU-Regionalförderung überhaupt eine Chance zu geben, sich selbst zu helfen“.

Überwiegende Kritik

Die *Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative Bayern* ist der Auffassung, dass von Solidarität und Verantwortung in Europa kaum die Rede sein könne. Die Austeritätspolitik treffe in den Krisenstaaten fast nur die Schwachen und sei das Gegenteil solidarischer Politik. Die Rettungspakete kämen hingegen einer Finanzindustrie zugute, die „jede Verantwortung für das Gemeinwohl ablehnt“. *Hild* vertritt die Meinung, dass die Verantwortung Deutschlands in der Schuldenkrise anders als im Sozialwort formuliert nicht unter den Begriff Solidarität fallen sollte, weil Deutschland die Ungleichgewichte im Euroraum durch seine im Vergleich zu den europäischen Partnern zu zurückhaltende Lohnentwicklung maßgeblich verursacht habe. *Emunds* argumentiert ähnlich wie *Hild*. Er kritisiert am Sozialwort, dass es alle Analysen völlig ausblende, „in denen die exportorientierte Wirtschaftspolitik einiger nordeuropäischer Länder, allen voran des – auch aus diesem Grund – so erfolgreichen Deutschland, für die Überschuldung manch südeuropäischen Staates mitverantwortlich gemacht wird“. Ihn verwundert zusätzlich, dass angesichts der vielen Belastungen, die insbesondere europäischen Arbeitnehmern im Zuge der Schuldenkrise aufgebürdet wurden, im Sozialwort ausgerechnet die Belastung der Spa-

rer sozialetisch besonders kritisch beurteilt werde. *Groll* äußert eine ähnliche Kritik und spricht davon, dass Deutschland mit Lohndumping-Politik seine Arbeitslosigkeit „exportiere“. *Hubert* kritisiert, dass eine aus makroökonomischer Sicht sinnvolle Alternative zur Lösung der Schuldenkrise – eine nachfrageorientierte Fiskalpolitik – überhaupt nicht in Erwägung gezogen werde und stattdessen „weltweit gescheiterte angebotsorientierte Wirtschaftsideologien wieder als alternativlos dargestellt“ würden. *Hatzinger* bemängelt schließlich, dass die europäische Dimension der Wirtschafts- und Sozialpolitik nur im Zusammenhang mit der Schuldenkrise im Sozialwort vorkomme. Europa sei aber mittlerweile soweit zusammengewachsen und aufeinander angewiesen, dass bei allen zehn Thesen des Sozialwortes die europäische Dimension stets mit bedacht werden müsse.

2.1.4 Die Eigenverantwortung der Kirchen als Wirtschaftsakteure

Glück ist mit dem Sozialwort der Auffassung, dass die Kirchen eine wichtige Vorbildfunktion besitzen. „Wir müssen den eigenen ethischen Maßstäben in unserem Handeln als Arbeitgeber, in der Finanz- und Anlageverwaltung, als Auftraggeber und als Kunde gerecht werden. Nur dann sind wir ein glaubwürdiger Partner für andere im gesellschaftlichen Dialog.“

In den Beiträgen wird jedoch auch relativ häufig Kritik daran geäußert, dass das Sozialwort die eigene Verantwortung der Kirchen nur verkürzt reflektiere und lediglich anmahne, Veränderungen und Aufgaben für das eigene Handeln zu überprüfen. *Sauter-Ackermann* ist der Auffassung, dass sich das Sozialwort Widerständen und Kritik aussetze, weil „die Kirchen ihre ‚gemeinsame Verantwortung‘ nicht primär auf ihr eigenes Handeln beziehen und Akteure, Verantwortlichkeiten sowie deren Grenzen konkret benennen“. Der *Offene Treffpunkt* „Wirtschafts-

Ethik“ der katholischen Betriebsseelsorge Böblingen hält es für einen Ausdruck von Doppelmoral, wenn die Kirchen auf der einen Seite mit ihrer guten sozialen Absicherung der Seelsorger, Diakone und Bischöfe zu verstehen geben, dass sie um den Wert beruflicher und wirtschaftlicher Sicherheit wissen, auf der anderen Seite aber unkritisch den Stimmen aus Politik und Wissenschaft gegenüber stünden, die den Wunsch nach sozialer Sicherheit als „unangemessen und unanständig“ abtun.

Verschiedene Autoren nennen konkrete Beispiele, an welchen Stellen die Kirchen ihr eigenes wirtschaftliches und soziales Handeln auf den Prüfstand stellen sollten. *Westphal* hält es für überzeugend und wirkungsvoll, wenn die Kirchen ihre Beobachterrolle aufgeben „und entsprechend der eigenen, objektiv vorhandenen Stärke als gesellschaftliche Akteure und als Arbeitgeber von vielen tausend Menschen das Richtige (...) tun“ würden. Konkret schlägt sie vor, dass die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände Arbeitgeber sein sollten, die lebenslanges Lernen fördern und gegen den Trend in die Bildung vor allem gering Qualifizierter investieren. *Emunds* nennt „die prekären Beschäftigungsverhältnisse in karitativen Einrichtungen“ als wichtigen Prüfstein kirchlicher Eigenverantwortung. *Göbel* ist der Auffassung, die Kirchen sollten auf ihr eigenes Arbeitsrecht verzichten, weil dieses zu unsolidarischen Praktiken verführe, beamtenähnliche Dienstverhältnisse sollten schrittweise abgebaut werden, „um so das umlagefinanzierte Rentensystem materiell zu stärken und ideell zu propagieren“.

Kiefer fordert, die Kirchen sollten „den Weg zu einer nachhaltig-lebenswerten Welt mitgehen“. Die Vorreiterrolle, die die Kirchen bei der Entwicklung nachhaltiger Lebensstile spielen könnten, spricht auch die *Ökumenische Arbeitsgruppe Freiburg* an: „Für die Kirchengemeinden wäre die Empfehlung wichtig, den Energieverbrauch und die Art der Energiegewinnung zu überprüfen, Achten auf Fair-Trade und Bioqualität bei Einkäufen

und Festen, Bewusstseinsbildung unter den Mitgliedern durch Bildungsarbeit.“

2.1.5 Über inhaltlich-thematische Aspekte hinausgehende Diskussionspunkte

2.1.5.1 Entstehungsprozess und Weiterentwicklung des Sozialwortes

Das Sozialwort wird insbesondere vor dem Hintergrund des Entstehungsprozesses des Gemeinsamen Wortes von 1997 kritisch diskutiert, wobei sich drei Diskussionsbereiche abgrenzen lassen: (a) Spezifischer Entstehungsprozess des Sozialwortes, (b) Vernachlässigung der Basis und (c) Weiterentwicklung der Sozialinitiative.

(a) Spezifischer Entstehungsprozess des Sozialwortes

Küppers erläutert vor dem Hintergrund seines Insiderwissens um den Entstehungsprozess des Sozialwortes, dass dieses durchaus auf Grundlage eines langwierigen Diskussionsprozesses unter Hinzuziehung externer Experten entstanden sei. Dieser mühevollen Prozess sei notwendig gewesen, um nach 17 Jahren einen Text zu formulieren, der ökumenische Gemeinsamkeiten im Sinne einer Schnittmenge sozialetischer Stellungnahmen der beiden Kirchen zum Ausdruck bringt.

Emunds kritisiert hingegen, dass das Sozialwort – anders als das Gemeinsame Wort von 1997 – nicht als Ergebnis eines Konsultationsprozesses, sondern „hinter verschlossenen Türen“ entstanden sei. Ein solches Vorgehen entspreche einem veralteten Verständnis von Sozialverkündigung. Ein modernes Verständnis von Kirche erfordere hingegen, sich erst dann zu weitreichenden Themen wie einer „Erneuerung der Wirtschafts- und

Sozialordnung“ zu positionieren, wenn zuvor „die Erfahrungen und Sachkompetenz der kirchlichen Basis in ihrer ganzen Breite einbezogen“ und Dialoge mit anderen gesellschaftlichen Gruppen gesucht wurden. *Vogt* ist wie *Emunds* der Auffassung, dass das dialogische Prinzip eines Konsultationsprozesses das Grundverständnis kirchlicher Verkündigung berühre: „Sein Mangel zeigt sich auch in der weitgehend abstrakten Sprache (...), die den Eindruck einer abgehobenen Ferne von den lebensweltlichen Erfahrungen kirchlicher Sozialarbeit erzeugt.“ *Fabian/Thierse* ziehen wie viele andere den Vergleich zum Gemeinsamen Wort von 1997. Dieses sei vor allem deshalb auf ein positives Echo gestoßen, weil es Folge eines breit angelegten Konsultationsprozesses gewesen sei und die Endfassung des Textes die hierbei gesammelten Stellungnahmen und Vorschläge vielfach berücksichtigt habe. Die Entstehung des Sozialwortes sei dagegen intransparent gewesen und die Endfassung nicht öffentlich diskutiert worden. Der *Diözesanrat der Katholiken im Bistum Essen* ist der Auffassung, dass das Sozialwort deshalb kaum beachtet worden sei, weil es anders als das Gemeinsame Wort von 1997 nicht im Dialog entstanden sei, sondern für die Basis mehr oder weniger „zufällig geschah“. *Segbers* glaubt, dass sich dem Sozialwort mithilfe eines dialogischen Einbezugs der Basis Horizonte für Themen geöffnet hätten, die Menschen tatsächlich bewegen. Stattdessen formuliere es „bloß den gesellschaftlichen Konsens“. *Hubert* kritisiert, dass die Anknüpfung des Sozialwortes 2014 an das Gemeinsame Wort von 1997 Letzteres und den damit zusammenhängenden jahrelangen Dialogprozess relativiere. Statt Dialog zu motivieren, treffe das Sozialwort darüber hinaus „feststehende und unverrückbare“ Annahmen und könne schon deshalb nicht ungeteilt angenommen werden. Ganz ähnlich auch die Kritik von *Langenbach*, der es fragwürdig findet, wenn die kirchliche Basis auf Grundlage eines Sozialwortes Debatten führen oder anstoßen solle, „an dessen

Entstehung sie nicht beteiligt war und dessen Inhalte sie nur bedingt als ihre annehmen kann“.

(b) Vernachlässigung der Basis

Verschiedene Autoren bemängeln, dass es nicht nur versäumt worden sei, im Rahmen eines Konsultationsprozesses den Dialog mit der kirchlichen Basis zu suchen, sondern dass deren Ansichten und Positionen überhaupt ignoriert würden. So kritisiert der *Sachausschuss Kirche und Arbeiterschaft des Katholikenrates Aachen-Stadt*, dass das Sozialwort außer Acht lasse, dass „viele christliche Initiativen, Gruppen und Verbände zu den Maßnahmen der Bundesregierung anders lautende und deutlich abweichende Positionen“ formuliert hätten, beispielsweise zu den Themen Hartz IV und Mindestlohn. Das *Kolpingwerk Deutschland* vertritt die Auffassung, dass von einem Sozialwort der Kirchen wenigstens hätte erwartet werden müssen, jene Debatten zu registrieren, die (unter anderem) innerhalb der katholischen Verbändelandschaft geführt werden. Die Referentinnen und Referenten des *Diakonischen Werks Bayern* kritisieren, dass die „Rolle der kirchlichen Wohlfahrtsverbände bei der Initiative für einer erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung nicht in den Blick genommen wurde“. An keiner Stelle des Sozialwortes fänden sich Diakonie und Caritas wieder.

(c) Weiterentwicklung der Sozialinitiative

Eine größere Zahl von Autoren kritisiert, dass der Weiterentwicklungsprozess des Sozialwortes völlig unklar sei. Das liege erstens an der zu kurzen Frist, in der überhaupt Stellungnahmen abgegeben werden könnten, zweitens am Medium (Internet), das für die Stellungnahmen gewählt wurde, und drittens am nicht erklärten Ergebnis dieses Prozesses. So kritisiert *Emunds*, dass eine Befristung der Diskussion des Sozialwortes bis zum

Kongress in Berlin am 18. Juni 2014 zu kurz gewählt sei, um ernsthafte Diskussionen zu führen. Zudem werde von den Kirchenleitungen völlig offen gelassen, ob die Stellungnahmen und Debatten zu einer Veränderung des Sozialwortes oder zu einer neuen kirchlichen Stellungnahme führen sollten. *Emunds* schlägt vor, dass der Rat der EKD und die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) sich verpflichten sollten, auf Grundlage der Debatten um das Sozialwort „eine neue gesellschaftspolitische Stellungnahme zu erarbeiten“. Eine gleichlautende Kritik wird in der *Stellungnahme Katholischer Sozialethiker* formuliert. Der Diskussionsprozess müsse verlängert werden, insbesondere aber sollte von den Kirchenleitungen zugesagt werden, einen „aufgrund der Debatten veränderten Text zu veröffentlichen“. Eine reine Dokumentation der Stellungnahmen sei hierfür kein Ersatz und schwäche die Motivation, sich überhaupt an Debatten zu beteiligen. *Fabian/Thierse* raten EKD und DBK „ihr eigenes Diskussionsangebot insoweit ernst zu nehmen, dass sie kritische Vorschläge und Anregungen aus Kirche und Gesellschaft in einem konkretisierten und ergänzten Text einer Sozialinitiative 2.0 berücksichtigen“. Auch das *Kolpingwerk Deutschland* hält es für völlig unzureichend, wenn Verbände und Organisationen „lediglich den Impulstext kommentieren, ohne dass diese Kommentare wiederum eine Debatte auslösen“. Ebenso der *Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche von Westfalen*, der die Auffassung vertritt, dass es für den Erfolg der Sozialinitiative ganz entscheidend sei, „auf welche Weise EKD und DBK auch die kritischen Anmerkungen rezipieren“. *Segbers* kritisiert, dass die zeitliche Begrenzung einzubringender Stellungnahmen, die Wahl einer Internetplattform als Kommunikationsmedium und das offene Ziel, der auf diese Weise angestoßenen Debatten, zu einem lediglich vorgetäuschten Konsultationsprozess führe. Auch *Vogt* beklagt, dass keine Perspektive vorhanden sei, was mit eingebrachten Diskussions-

impulsen geschehe. So müsse der Eindruck entstehen, dass Kirchenleitungen „bloß verkünden und nicht zuhören“, zudem würden „methodische Standards von Dialogprozessen zu sozialetischen Fragen unterlaufen, die sich im vergangenen Jahrzehnt auch international etabliert haben“.

2.1.5.2 (Fehlende) politische Akzentuierung

Um die Frage, ob ein Sozialwort bzw. eine Sozialinitiative der Kirchen stärkere politische Akzentuierungen setzen müsse, als im veröffentlichten Text zu finden sind, wurde in den Gastbeiträgen und zum Teil auch in den Testimonials eine ausgesprochen kontroverse – und dabei überwiegend kritische – Diskussion geführt. Ausschlaggebend war dabei sicherlich auch, dass über den Status des Sozialwortes große Unklarheit herrschte. Sollte es, wie das Gemeinsame Wort von 1997, bereits die Endfassung des kirchlichen Beitrags zu Fragen der Gestaltung einer erneuerten Wirtschafts- und Sozialordnung sein oder sollte es den Beginn einer Debatte markieren, die im Ergebnis zu einer endgültigen bzw. überarbeiteten kirchlichen Stellungnahme führt? Wie bereits unter V.1 geschildert, wurde diese Frage im Vorfeld der Veröffentlichung des Sozialwortes und auch anschließend nicht hinreichend transparent geklärt. Neben der in den Kapiteln I bis IV dargestellten Kritik an einzelnen Inhalten des Sozialwortes ließ sich so in vielen Beiträgen eine Generalkritik an der als zu groß wahrgenommenen Ausgewogenheit seiner Inhalte beobachten.

Verschiedene Autoren – hauptsächlich „Kircheninsider“ – unternahmen den Versuch, die inhaltliche Ausgewogenheit des Sozialwortes zu erläutern bzw. zu erklären. So weist *Küppers* darauf hin, Ziel des Textes sei es gewesen, eine Ökumenische Sozialinitiative „überhaupt erst einmal anzustoßen“ und gesellschaftliche Debatten anzuregen, anstatt von vornherein kirchen-

amtliche Festlegungen zu treffen. Es sei aufgrund der „unklaren Faktenlage“ nicht angezeigt gewesen, allzu steile politische Behauptungen und Forderungen aufzustellen, dies sollten andere im Rahmen der Sozialinitiative tun. *Ueberschär* ist der Auffassung, die zehn Thesen des Sozialwortes seien zunächst einmal ein Arbeitsprogramm im Sinne der Öffnung eines Gesprächsraumes. Die Kirchen hätten gut daran getan, „in keine Richtung Türen zuzuschlagen“, schließlich seien alle zur Debatte eingeladen. Ähnlich die Argumentation von *Göring-Eckardt*, die in der Sozialinitiative eine Möglichkeit sieht, „gemeinsam mit den Menschen und der Politik darüber zu reden, wie wir leben wollen“. Es gebe keine fertigen Rezepte, diese könnten nur im Gespräch gefunden werden. *Zollitsch* und *Marx* weisen darauf hin, dass die Kirchen nicht selbst Politik, sondern Politik möglich machen wollen. Expliziter formuliert *Marx*, es sei nicht darum gegangen, ein neues Sozialwort zu schreiben, sondern zu einer breiten Diskussion und zum Nachdenken einzuladen. Die Kirche selbst habe keine Rezepte zu bieten, sie könne nur sozial-ethische Orientierung bieten und auf diese Weise bei der Entwicklung von Politik helfen.

Die Kritik am ausgewogenen Stil und am geringen Grad politisch akzentuierter Aussagen des Sozialwortes ist zu zahlreich, um hier im Einzelnen wiedergegeben zu werden. Daher seien nur die wichtigsten Stichworte nebst einer (nicht abschließenden) Auswahl jener Beiträge aufgeführt, die eine entsprechende Kritik üben. Zum einen wird kritisch angemerkt, das Sozialwort bzw. die dort vorgebrachten Analysen, Thesen und Vorschläge seien zu vage, unkonkret, unverbindlich, oberflächlich und voller Allgemeinplätze (so z. B. *Fröhlich*, *Naumer*, *Dietz*, *Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative Bayern*, *Verband Familienarbeit e.V.*, *Hild*, *Westphal*, *Diözesanrat der Katholiken des Bistums Essen*, *Evangelisches Forum Sozialethik Köln*, *Akademie Solidarische Ökonomie und der Offene Treffpunkt* „*Wirtschafts-*

Ethik“ der katholischen Betriebsseelsorge Böblingen). Etwas anders gelagert ist die Kritik, das Sozialwort sei zu mut- und ratlos und aus diesem Grund in seinen Formulierungen zu zaghaft, vorsichtig und zurückhaltend (so z. B. *Wetzel, Böhm, Kolpingwerk Deutschland, Göbel, Neukirch* und *Ökumenischer Gesprächskreis der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden in Scheidt*). Zum Teil wird auch direkt das Bemühen um Ausgewogenheit und die als „Sowohl-als-auch-Stil“ bezeichnete Argumentationsweise kritisiert (so z. B. *Fröhlich, Helmer* und die Referentinnen und Referenten des *Diakonischen Werks Bayern*). Ein Teil der Beiträge unterstellt dem Sozialwort bzw. seinen Autoren, es sei (sie seien) vor allem darauf bedacht, nicht anzuecken bzw. Zustimmung von allen Seiten zu bekommen (so z. B. *Emunds, Hild, Schirmer* und der *Publik-Forum Leserkreis*). Schließlich wird kritisiert, dem Sozialwort mangle es an einer eigenen Positionierung und es könne daher weder einen Impuls aussenden noch ethische Orientierung bieten (so z. B. *Menne, Körner, Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche von Westfalen* und das *Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau*).

2.1.5.3 Auslassungen

(a) Menschen mit Behinderung

Obwohl Inklusion und Partizipation ein Leitgedanke des Sozialwortes sind, findet die Situation von Menschen mit Behinderung im Text keinerlei Erwähnung. Das ist auf erhebliche Kritik gestoßen. *Fabian/Thierse* stellen explizit die Frage, warum die Sozialinitiative bei der Verfolgung des Anliegens von Inklusion und Partizipation „die Forderung nach Inklusion von behinderten Mitmenschen bisher nicht anspricht“? Eine gleichlautende Kritik äußern die Referentinnen und Referenten des *Diakoni-*

schen Werks Bayern: „Menschen mit Behinderung werden überhaupt an keiner einzigen Stelle erwähnt.“ *Brusius* kritisiert ebenfalls, „dass trotz der wiederholten Verwendung des Begriffs (Inklusion) an keiner Stelle der Bezug zum Kontext der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) hergestellt wird. Menschen mit Behinderung werden im Text nicht explizit erwähnt, sondern höchstens mitgemeint und bleiben damit unsichtbar.“ Es hätte wenigstens erwartet werden können, dass das Sozialwort die Debatte um das geplante Bundesteilhabegesetz erwähnt, das Menschen mit Behinderung aus dem Fürsorgesystem herausholen solle und ein tiefer Einschnitt in die bisherige deutsche Sozialgesetzgebung sei. Auch *Böhm* kritisiert die Auslassung von Menschen mit Behinderung, die immer noch vor großen Barrieren stünden, die eine volle Teilhabe – im Arbeitsleben, aber auch jenseits der Erwerbsarbeit – ausschließen. In gleicher Weise vermisst *Hambrinker* „die Auseinandersetzung mit den Lebenslagen und den Exklusionsrisiken von Menschen mit Behinderung“. *Hambrinker* weist zudem darauf hin, dass im Sozialwort auch bei der Abhandlung des Themengebietes Bildung keine Auseinandersetzung mit den Schwierigkeiten und Chancen inklusiver Bildung zu finden sei. *Stockmeier* lobt zwar die Position des Sozialwortes, die umfassende soziale Inklusion und Partizipation aller Menschen zum gesellschaftlichen Ziel und zur Leitperspektive von Sozialpolitik zu erklären. Dieses Ziel dürfe aber nicht unbestimmt bleiben, sondern müsse konkret werden, z. B. indem mit Menschen mit Behinderung gemeinsam Teilhabe gestaltet werde.

(b) Sorgearbeit

Nothelle kritisiert, dass insbesondere Pflege und Familie im Sozialwort nicht oder nur unzureichend thematisiert werde. Auch *Emunds* bemängelt, dass das Thema Fürsorgearbeit im Sozialwort kaum angesprochen wird. Zwar sei die Frage, wie Fürsor-

gearbeit künftig „gerecht und für alle Seiten zufriedenstellend“ zu organisieren sei, nur schwer zu beantworten. Ein Sozialwort, dem es um eine Erneuerung der Wirtschafts- und Sozialordnung gehe, müsse diese Frage aber wenigstens stellen.

2.1.5.4 Christlich-sozialethische Fundierung des Sozialwortes

Einige Beiträge setzen sich kritisch mit der ethischen Fundierung des Sozialwortes auseinander. Ein erster Kritikpunkt ist dabei, dass es dem Sozialwort an einem spezifisch kirchlichen oder theologischen Zugang zu den behandelten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Phänomenen fehle. So bemängelt *Menne*, das Sozialwort lasse eine spirituelle Dimension vermissen, ihm fehle daher die „Strahlkraft des Glaubens“. Nur aus einer spezifisch spirituellen Dimension heraus könne aber ein Impulsbeitrag der beiden Kirchen in der Debatte um eine gerechte Gesellschaft überhaupt relevant und von sonstigen Meinungsbeiträgen – beispielsweise der Gewerkschaften oder Parteien – unterscheidbar sein. Ganz ähnlich auch die Kritik der Referentinnen und Referenten des *Diakonischen Werks Bayern*, die „deutlichere Aussagen mit entsprechender Bildsprache für die spirituelle Dimension des Menschen“ vermissen: „Wenn nicht die beiden großen Konfessionen einen Zusammenhang zwischen einer wachsenden erlebten Sinnentleerung und der Tendenz einer zunehmenden Degradierung des Menschen zu einem bloßen Faktor im Wirtschaftskreislauf herstellen, wer dann?“ *Vogt* kritisiert, dem Sozialwort fehle ein originärer theologischer Blick. Dieser hätte sich „gerade beim Freiheitsbegriff, der in der katholischen Tradition lehramtlicher Verkündigung wie wissenschaftlicher Sozialethik lange vernachlässigt wurde, angeboten“. Stattdessen werde im Sozialwort Freiheit „vorschnell oder zumindest einseitig mit Marktfreiheit assoziiert“. Das Fehlen einer theologisch argumentierenden Sprache habe letztlich zur

Folge, dass vieles im Sozialwort zwar richtig sei, „dass es aber auch andere sagen könnten und die Adressaten nicht klar sind“. Auch *Schirmer* ist der Ansicht, dass es dem Sozialwort an einem biblisch begründeten Eigenprofil fehle. Aufgeführte Bibelstellen würden sich zudem ausschließlich auf individuelles Handeln beziehen, während politisch und ökonomisch konkrete Texte der Bibel, „die Hinweise auf alternatives Handeln im Wirtschaftsleben enthalten“, fehlten. Vielmehr sei die Bibel der Sozialinitiative die Soziale Marktwirtschaft und ihr Credo das Finden eines Gleichgewichts zwischen Freiheit und sozialem Ausgleich. Ganz ähnlich *Fröhlich*, der insbesondere kritisiert, das Sozialwort rekurrenziere vorwiegend klassische biblische Texte der Individualethik, in denen keine Konkretion von Gerechtigkeit enthalten sei: „Auf diese Weise entschärfen die Autoren die Einseitigkeit und Wucht der Bibel zum Thema Gerechtigkeit und können in der Folge nicht über allgemeine Klagen um soziale Missstände hinauskommen“.

Emunds hält es für auffällig, wie wenig die gesellschaftspolitischen Positionen des Sozialwortes durch eine ethische Argumentation fundiert seien. Zwar enthalte es einen theologisch-ethischen Einstieg, dieser bleibe aber „seltsam allgemein und blass“. Die vier zitierten Bibelstellen des Sozialwortes seien nur schmückendes Beiwerk, „würden weder sozialtheologisch angedeutet oder sozialetisch konkretisiert“ und spielten für die weitere Argumentation keine Rolle. Verwendete ethische Begriffe wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität würden im Text nicht „definiert, erläutert oder von anderen Begriffen abgegrenzt“ und sie würden auch nicht dazu genutzt – „was Zeitgenossen von einer kirchlichen Stellungnahme am ehesten erwarten dürften“ –, ethisch zu argumentieren. Der Text wirke daher über weite Strecken so, als wollten die Autoren des Sozialwortes „nur den Konsens aller Wohlmeinenden der Gesellschaft wiedergeben; ein Konsens dessen Bestandteile so plausibel sind,

dass sie keiner weiteren Begründung bedürfen“. Auch *Segbers* ist der Ansicht, das Sozialwort sei theologisch dürftig. Einziger Zweck der wenigen verwendeten Bibelzitate sei es, überhaupt als Kirchenpapier wahrgenommen zu werden, denn argumentativ würden sie dem Text nichts hinzufügen. Die Problematik eines solchen Schriftstellengebrauchs sei, dass er „die biblische Tradition zur Absicherung eigener Interessen“ instrumentalisieren. Die Kirchen scheuten sich offensichtlich, sich „bei wirtschaftsethisch relevanten Themen auf biblische Normen zu beziehen“, obwohl diesen in der biblischen Tradition ein großes Gewicht zukomme.

Anhang

Liste der Gastbeiträge

1. Thorsten Hild (Journalist, Blogger, Ökonom)
2. Hans-Jörg Naumer (Chef Forschungsabteilung Kapitalmarkt Allianz Global Investors – AEU, Laienprediger)
3. Dieter Lohse
4. Winfried Gather (Diözesansekretär KAB Köln)
5. Katholikenrat Aachen-Stadt; Sachausschuss Kirche und Arbeiterschaft
6. Rene Schlesinger (Dipl.-Ök.)
7. Gerhard Endres (Kath. Theologe, Vorsitzender KAB Bildungswerk München und Freising)
8. Inga Deor (Autorin und Beraterin für Logotherapie und Existenzanalyse)
9. Bernd-M. Wehner (Bundesvorsitzender des Verbandes der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung – KKV)

10. Alexander Dietz (Theologe, Referent im Diakonischen Werk Hessen und Nassau sowie Wiss. Mitarbeiter am Seminar für Systematische Theologie an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz)
11. Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative Bayern – KGI
12. Reiner Fröhlich (Evangelischer Pfarrer/Kirchengemeinde Kierspe)
13. Elisabeth Bußmann (Präsidentin des Familienbundes der Katholiken)
14. Alois Glück (Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, CSU)
15. Günter A. Menne (Pressesprecher des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region)
16. Barbara Brusius (Evangelische Pfarrerin, Theologische Referentin des Dachverbandes der Evangelischen Blinden- und Sehbehindertenseelsorge)
17. Detlef Wetzlar (Vorsitzender IG Metall)
18. Gerhard Kruijff (Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz)
19. Günter Salz
20. Christoph Körner (Evangelischer Pfarrer, 2. Vorsitzender der Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung)
21. Jürgen Bauer
22. Verband Familienarbeit e. V.
23. Ohne Verfasser; Sammlung kritischer Anfragen zur Ökumenischen Sozialinitiative im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung am 22. Mai 2014 in Frankfurt a. M.

-
24. Bernd Schnackig (Arbeitslosenberater, Katholische Arbeitnehmerpastoral in der Erzdiözese Bamberg)
 25. Bernhard Emunds (Professor für Christliche Gesellschaftsethik und Sozialphilosophie, Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts)
 26. Markus Vogt/Bernhard Emunds/Gerhard Kruijff/
Marianne Heimbach-Steins u. a. (Stellungnahme Katholischer Sozialethiker)
 27. Manfred Böhm (Leiter der Betriebsseelsorge im Bistum Bamberg)
 28. Gisela Sauter-Ackermann/Margarethe Wegenast (Bundesgeschäftsführerin der Konferenz für kirchliche Bahnhofsmision/Bildungsreferentin in der Bundesgeschäftsstelle der Bahnhofsmision)
 29. Franz Groll (Autor und Politiker der Linkspartei)
 30. Silke Westphal (Unternehmerin, AEU)
 31. Arnd Küppers/Peter Schallenberg (Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle)
 32. Erwin Helmer (KAB-Diözesanpräses und Leiter der Betriebsseelsorge Augsburg)
 33. Publik-Forum Leserkreis
 34. Elke Neukirch (Mitglied Publik-Forum Leserkreis)
 35. Gerhard Ballewski (Mitglied Publik-Forum Leserkreis)
 36. Josef Göbel (Mitglied Publik-Forum Leserkreis)
 37. Christian Weyer/Gerhard Koepke (Superintendent Kirchenkreis Saar-West/Superintendent Kirchenkreis Saar-Ost)
 38. Peter Neumann (Mitglied Publik-Forum Leserkreis)

39. Siegfried Ecker (Vorsitzender des Bildungswerks Bamberg der KAB)
40. Klaus Hubert (Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen Ev.-Luth. Kirche in Bayern)
41. Erik Händeler (Stellvertretender Landesvorsitzender KKV Bayern)
42. Dietrich Schirmer (Ev. Theologe, Arbeitskreis Ökonomie und Kirche Berlin)
43. Marianne Krummel (Arbeitskreis Ökonomie und Kirche Berlin)
44. Referentinnen und Referenten des Diakonischen Werks Bayern
45. Bernd Winkelmann/Hans-Jürgen Fischbeck (Akademie Solidarische Ökonomie)
46. Axel Bernd Kunze (Erziehungswissenschaftler und Sozialethiker)
47. Trägerkreis Lankwitzer Friedensgespräche
48. Norbert Fabian/Ulrich Koch (Sozialethiker/Pfarrer; Pax Christi)
49. Thomas Dörflinger MdB (CDU)
50. Clemens Bieber (Domkapitular, Vorsitzender des Caritasverbandes der Diözese Würzburg)
51. Pax Christi
52. Klaus Stüwe (Direktor des Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt)

-
53. Matthias Kiefer (Abteilung Umwelt des Erzbischöflichen Ordinariats München und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der deutschen (Erz-)Bistümer)
 54. Christian Hirte MdB (CDU)
 55. Joachim Wiemeyer (Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum)
 56. Michael Wohlgemuth (Direktor der Denkfabrik „Open Europe Berlin“)
 57. Traugott Jähnichen (Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum)
 58. Matthias Belafi (Geschäftsführer der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz)
 59. Evangelische Arbeitskreis – EAK – der CDU Berlin-Brandenburg
 60. Peter Hambrinker (Leiter der Behindertenhilfe der Stiftung Anscharhöhe in Hamburg)
 61. Werner Schmiedecke (KAB Diözesanverband Dresden)
 62. Initiative e. V. bzw. Initiative-Europa (Fördergesellschaft für evangelische Verantwortung in der Wirtschaft Mittel- und Osteuropas)
 63. Diözesanrat der Katholiken des Bistums Essen
 64. Ökumenische Arbeitsgruppe Sozialwort Auferstehungsgemeinde Freiburg
 65. Ökumenische Arbeitsgruppe der Aktion Arbeit des Bistums Trier und der Evangelischen Kirche im Rheinland

66. Gerhard Schönherr (Kirchenbezirks-Sozialarbeiter in der Stadtmission der Diakonie Chemnitz)
67. Kolpingwerk Deutschland
68. Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche von Westfalen
69. Claudia Nothelle/Mirko Schadewald (Sachausschuss Politik und Gesellschaft des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Berlin)
70. Beuroner Forum (Ansätze für einen positiven Gegenentwurf zur heutigen, vorrangig gewinnorientierten Wirtschaftsordnung)
71. KDA-Bundesausschuss ESA
72. Evangelisches Forum Sozialethik Köln
73. Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau – ZGV
74. Norbert Fabian/Wolfgang Thierse (Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD/Ehemaliger Präsident des Deutschen Bundestages, SPD)
75. Dirk Langenbach (KAB Kreis Düren)
76. Joachim Wildeis
77. Franz Segbers (apl. Professor für Sozialethik an der Universität Marburg)
78. Seminar der Friedrich Ebert Stiftung (Tagungsergebnisse)
79. Elisabeth Bußmann u. a. (Stellungnahme der Heimvolkshochschule Gottfried Kőnzgen KAB/CAJ und des Familienpädagogischen Instituts der KAB)
80. Horst Maess (Mitglied Publik-Forum Leserkreis)

-
81. Offener Treffpunkt Wirtschafts-Ethik der katholischen Betriebsseelsorge Böblingen
 82. Kathrin Hatzinger (EKD Brüssel)
 83. Markus Vogt (Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Sozial-ethik an der Ludwig-Maximilians-Universität München)
 84. Ökumenischer Gesprächskreis der ev. und kath. Kirchengemeinden in Scheidt

Liste der Testimonials

1. Horst Eggers (Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Handwerk und Kirche in der EKD und stellvertretender Vorsitzender des Evangelischen Verbandes Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt)
2. Peter Janowski (Ehemaliger Bundesvorsitzender des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt – KDA – und ehemaliger Vorsitzender des Evangelischen Verbandes Kirche Wirtschaft Arbeitswelt – KWA)
3. Andrea Nahles MdB (SPD, Bundesministerin für Arbeit und Soziales)
4. Volker Kauder MdB (CDU, Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU)
5. Barbara Hendricks MdB (SPD, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit)
6. Peter Barrenstein (Vorsitzender des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer in Deutschland)
7. Alois Glück (CSU, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken)

8. Ellen Ueberschär (Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages)
9. Kathrin Göring-Eckardt MdB (Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen)
10. Johannes Stockmeier (Präsident Diakonie Deutschland)
11. Marie-Luise Dött MdB (CDU, Vorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer)
12. Anton Losinger (Weihbischof, Leiter der Arbeitsgruppe Sozialpolitik der Kommission VI der Deutschen Bischofskonferenz)
13. Bernd Wehner (Bundesvorsitzender des Verbandes der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung – KKV)
14. Robert Zollitsch (Ehemaliger Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz)
15. Nikolaus Schneider (Ehemaliger Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland)
16. Reinhard Kardinal Marx (Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz)
17. Heinrich Bedford-Strohm (Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland)

2.2 Auswertung der Reaktionen in den Printmedien

Christoph Krauß

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle (Mönchengladbach)

Vorbemerkung	172
2.2.1 Zustimmung	172
2.2.1.1 <i>Vollständige Zustimmung</i>	172
2.2.1.2 <i>Zustimmung zu einzelnen Themen</i>	174
2.2.2 Kritik	175
2.2.2.1 <i>Völlig ablehnend</i>	175
2.2.2.2 <i>Grundlegende Kritik</i>	175
2.2.2.3 <i>Fehlende Stringenz der ethischen Argumentation</i>	177
2.2.2.4 <i>Vermisste Themen</i>	177
2.2.2.5 <i>Eigene Verantwortung der Kirchen</i>	178
2.2.2.6 <i>Inhaltliche Kritik in Einzelstimmen</i>	178
2.2.2.7 <i>Kritik am Entstehungsprozess des Textes</i>	180
2.2.3 Besondere Formen der Reaktion	182
2.2.3.1 <i>Kolumnen in der Tagespost – Auseinandersetzung mit einzelnen Thesen</i>	182
2.2.3.2 <i>Artikel in theologischen Zeitschriften</i>	186
2.2.3.3 <i>Reaktionen von Politikern</i>	188

Vorbemerkung

Die Reaktionen auf die Sozialinitiative in den Printmedien waren unmittelbar nach der Veröffentlichung sehr stark, nahmen dann allerdings kontinuierlich ab und kamen im Sommer 2014, nach dem Kongress in Berlin am 18. Juni 2014, beinahe zum Erliegen. Neben grundsätzlicher Zustimmung und Zustimmung mit Vorbehalten gab es umfassende und partielle inhaltliche Kritik und formale Kritik. Zudem lässt sich für die Reaktionen in den Printmedien konstatieren, dass oft nicht zu einzelnen Thesen, sondern eher zur Sozialinitiative insgesamt Stellung bezogen wird. Eine strikt inhaltliche Gliederung der Evaluation der Printmedien wurde verworfen, da viele Reaktionen allgemeiner Natur waren und Dopplungen der Akteursnennungen vermieden werden sollten. Abschließend werden für die Printmedien noch drei Sonderformen der Reaktion aufgeführt: Die Kolumnen in der *Tagespost*, die von November 2014 bis Januar 2015 wöchentlich erschienen sind und sich jeweils mit einer These auseinandersetzten (wobei sich ein Teil der Anregungen auch schon vorher findet, wenn diese Punkte auch von anderen angeführt wurden), Aufsätze in theologischen Fachzeitschriften und Reaktionen führender Politiker.

2.2.1 Zustimmung

2.2.1.1 Vollständige Zustimmung

Zunächst wurde allgemein gelobt, dass die Kirchen sich gemeinsam zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung äußern. Allein *Rainer Hank* formulierte in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, dass er getrennte Papiere besser gefunden hätte.

Auch wurde positiv vermerkt, dass im Text der Sozialinitiative ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft bei gleichzeitiger

Erfassung der Dynamik dieses Gesellschaftsmodells formuliert wurde. So äußern sich *BKU*, *BDA*, *KKV*, das *Institut der deutschen Wirtschaft Köln* und viele andere, die die Weiterentwicklung der traditionellen Idee der Sozialen Marktwirtschaft zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft mit einem starken Staat, der die Rahmenordnung vorgibt, positiv würdigen. Zu diesem Thema gehört allerdings auch, dass *Michael Wohlgemuth*, Direktor der Denkmanufaktur Open Europe Berlin, in einer Kolumne in der *Tagespost* beklagte, der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft werde zunehmend konturlos. Über die Anerkennung der Sozialen Marktwirtschaft hinaus lobte u. a. *Georg Cremer*, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes e. V., die Sozialinitiative, da sie verdeutliche, dass die Wirtschaftsordnung kein Selbstzweck sei und „Moral und Ökonomie zusammen zu denken und nicht als Gegensatz zu verstehen seien“ (vgl. auch den Artikel von *Bernhard Emunds* in *Stimmen der Zeit*). Das Problem des Sozialstaates liege nicht in dem Mangel an Hilfen, sondern in seinen Versäumnissen zur Vorbeugung sozialer Notlagen, so *Cremer*.

In vielen Kommentaren in der Presse ist zu lesen, dass die Sozialinitiative einen wichtigen Anstoß der Debatte darstelle. Die Ausgewogenheit des Papiers wird von einzelnen Journalisten gelobt: „Die Kirchen vertreten keine einseitigen Interessen, sondern die Interessen des Menschen, dem alles Wirtschaften zu dienen hat“ – so *K. Rüdiger Durth* im *General-Anzeiger* vom 5. März 2014 oder auch *Tibor Pészain* in der *Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen* (HNA) vom 1. März 2014: „Wer die Initiative als zu weichgespült ansieht, muss sich fragen lassen, ob er sie gelesen hat.“ *Michael Inacker*, Vorsitzender der Internationalen Martin Luther Stiftung findet den Text der Sozialinitiative erstaunlich und (erfreulich) sachlich. In einem *n-tv*-Kommentar wird festgehalten: Die Kirchen stellen sich an die

Seite der Schwachen in Deutschland und kritisieren Gier und Maßlosigkeit, die zur Finanzkrise führten.

Der Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, *Alois Glück*, begrüßte, dass der Begriff „Verantwortungskultur“ eine zentrale Rolle spielt. Er betonte, der Text stelle ein „wichtiges Zeugnis für die Bereitschaft der Christen beider Konfessionen, Verantwortung für eine gerechte Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung zu übernehmen“ dar. Die Soziale Marktwirtschaft als Konzept greife Ideen von Papst Franziskus zum Wirtschaftssystem auf, so *Glück*. Auch die im Text ange-mahnte Regulierung der Finanzmärkte (These 7) findet breite, ja nahezu vollständige Zustimmung aller Kommentatoren.

2.2.1.2 Zustimmung zu einzelnen Themen

Viele Gruppen haben sich einzelne konkrete Aspekte aus dem Text herausgesucht, die sie positiv würdigen, so die Gewerkschaften die Absage des Papiers an die „Ideologie der Deregulierung“ (S. 25 der Sozialinitiative), besonders auf den Finanzmärkten. Daraus müsse sich eine grundsätzliche Debatte über die Gestaltung von Wirtschaft und Arbeit ergeben, so DGB-Vorsitzender *Michael Sommer*. Sein Nachfolger *Reiner Hoffmann* sieht es im *Kolpingmagazin* als grundsätzlich positiv an, dass die Kirchen einen Debattenbeitrag leisten und dass viele Themen angesprochen werden. Negativ bewertet er die Einschätzung der Rente mit 67. Zudem sei das Papier oft „zu vage und vorsichtig, mehr Zuspitzung und Pointierung hätten hier nicht geschadet.“ Dennoch begrüßt er den Text als ersten Aufschlag für die Debatte.

Auch der *BDA* bewertet einzelne Aspekte positiv, etwa, dass in der Sozialinitiative nicht nur Verteilungsfragen, sondern auch Teilhabe- und Chancengerechtigkeit thematisiert werden (*dpa*

vom 5. März 2014). Ebenfalls wird die Forderung der Sozialinitiative unterstützt, dass durch den Mindestlohn keine Arbeitsplatzvernichtung geschehen soll. Auch das Bekenntnis zu den Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder und die Betonung der Bedeutung von Bildung werden ebenso wie das Bekenntnis zur Tarifautonomie anerkannt. Generell sieht die *BDA* in der Sozialinitiative wichtige wirtschaftspolitische und ordnungspolitische Orientierungen.

In ähnlicher Weise greifen einige Kommentatoren einzelne Thesen auf, die positiv gewürdigt werden, etwa die „Ablehnung der Gewinnmaximierung um jeden Preis“ (*Barbara Dribusch* in der *taz* vom 1. März 2014) oder auch die grundsätzliche Zustimmung zum Mindestlohn, der jedoch differenziert gestaltet werden müsste.

2.2.2 Kritik

2.2.2.1 Völlig ablehnend

In der schärfsten Kritik wird der Text als das derzeit günstigste Schlafmittel bezeichnet und den Kirchen vorgeworfen, Binsenproduzenten zu sein und einen banalen und nichtssagenden Text verfasst zu haben (*Matthias Kessler* in *Cicero*, *Hubert Maessen* im *Deutschlandfunk*).

2.2.2.2 Grundlegende Kritik

- „Begleitschreiben der Großen Koalition“: Dieser Vorwurf wird u. a. von *Franz Segbers* in *Publik-Forum* erhoben, außerdem von *Haverkamp* im *Kirchenbote – Wochenzeitung für das Bistum Osnabrück* (9. März 2014), von *Joachim Frank* in der *Berliner Zeitung* vom 1. März 2014, von *Bernhard Emunds* in der *Frankfurter Rundschau* am 28. Februar

(vor Veröffentlichung des Papiers!), außerdem von *Volker Resing* (KNA am 28. Februar 2014), von *Claudia Keller* am 3. März im *Tagesspiegel* und von *Reinhard Bingener* in der *FAZ* vom 1. März 2014. Es werde „ein entschiedenes sowohl als auch gepflegt“ (*dpa, Resing KNA*), das die Zuspitzung einzelner Thesen unmöglich mache. Vielmehr werde es für jede gesellschaftliche Gruppe möglich, in dem Text eine Aussage zu finden, mit der sie sich identifizieren kann (wie unter Punkt I.2 ausgeführt).

- Gute Analysen der Situation, aber keine Handlungsoptionen: Viele Kommentatoren heben hervor, dass die Analyse der Situation im Text der Sozialinitiative gelungen sei, es aber an konkret erwähnten Handlungsoptionen fehle. So formuliert die *KAB*, dass es eine gute Initiative sei, die allerdings nicht „in den unverbindlichen Weiten des Internets verschwinden darf“. Vielmehr müsse die Diskussion fortgesetzt werden, um nach dem Schema „Sehen–Urteilen–Handeln“ nun konkrete Schritte umzusetzen. In dieser Stellungnahme wird Bezug genommen auf den Würzburger Beschluss der *KAB* von 2011 („Fair teilen statt sozial spalten – nachhaltig leben und arbeiten“). Abschließend wird konstatiert, dass der Text der Sozialinitiative einen Rückschritt zum Papier von 1997 darstelle, etwa im Arbeitsbegriff, der nun auf Erwerbsarbeit verengt sei. Ähnlich äußerte sich am 3. Juni 2014 auch die *Akademie Solidarische Ökonomie* (*Bernd Winkelmann* und *Hans-Jürgen Fischbeck*) und *Lisi Maier* (Bundesvorsitzende BDKJ): „Es mangelt an konkreten Handlungsansätzen aus christlicher Perspektive. Wenn Einkommens- und Vermögensungleichheiten wahrgenommen werden, braucht es tiefer greifende Veränderungsvorschläge der Kirchen“ (zitiert bei *dpa* 28. Februar 2014).

- Viele Kommentatoren verdeutlichen diese Kritik an einzelnen Beispielen: So werde etwa die Option für die Armen zwar benannt, aber nicht in die konkrete Politik hinein übersetzt (*Erwin Helmer*, Diözesanpräses KAB Augsburg; *Gerhard Endres*, Vorsitzender des KAB-Bildungswerks des Diözesanverbandes der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung München und Freising). Ähnliches findet sich in vielen Pressekommentaren (*Matthias Kamann* in der *Welt* vom 1. März 2014; ferner *Nürnberger Nachrichten*, *Südwest Presse Ulm*, *Heilbronner Stimme*).
- Zudem wird oft die Diskrepanz zwischen päpstlichen Äußerungen und dem Text der Sozialinitiative hervorgehoben (viele Kommentatoren).

2.2.2.3 Fehlende Stringenz der ethischen Argumentation

Sozialethiker beider Konfessionen sehen es kritisch, dass die ethische Argumentation nicht stringent durchgezogen werde. Es würden zu Beginn einige grundlegende Dinge geäußert wie etwa das Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe. Danach gebe es jedoch nur noch die Nennung einzelner ethischer Begriffe, die um die Leitthemen „Verantwortung“ und „Gerechtigkeit“ kreisten (*Franz Segbers*, *Bernhard Emunds*, *Mariannne Heimbach-Steins*, *Hartmut Kreß*).

2.2.2.4 Vermisste Themen

Darüber hinaus werden auch viele Themen vermisst, zu denen sich die Sozialinitiative nach Meinung vieler Arbeitskreise und Verbände hätte äußern sollen. Besonders häufig wird das Thema Familie als fehlend hervorgehoben (etwa vom *Verband Familienarbeit*, aber auch von *Thomas Dörflinger* und *Karl Schie-*

werling in ihren Kolumnen in der *Tagespost*, ferner *Franz Josef Jung*). Daneben werden auch Migration, die Genderperspektive, Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, die Demokratisierung der EU und der Aufbau eines europäischen Sozialstaates vermisst. Die *Evangelischen Unternehmer* vermissen die Thematisierung und Einbeziehung der nächsten Generation. Auch die fehlende Wachstumskritik wird oft genannt (*KAB* und viele Kommentatoren).

Der Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, *Alois Glück*, vermisst bei aller Wertschätzung und Zustimmung zu den Thesen der Sozialinitiative zum einen die Betonung der Bedeutung des Marktes zur Erwirtschaftung von Wohlstand und zum anderen die Hervorhebung des Subsidiaritätsprinzips. Als fehlend wird auch die globale Dimension beklagt, so *Jähnichen* im *Deutschlandfunk*. *Friedrich Schorlemmer* fordert die Ausdehnung der Grundprinzipien auf die Weltwirtschaftsordnung, die im Papier hätte erwähnt werden sollen.

2.2.2.5 Eigene Verantwortung der Kirchen

Häufig wird die Selbstverpflichtung der Kirchen angemahnt (*Nothelle-Wildfeuer* im *Kolpingmagazin* im August 2014 und viele andere). Als konkreten Beitrag zur Diskussion über eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung müsste es innerkirchliche Reformen geben, beispielsweise im Arbeitsrecht (u. a. *Alois Glück* und *Publik-Forum Leserkreis Berlin*). Auch gehe die Kirche nicht an die Ränder der Gesellschaft (viele Kommentatoren).

2.2.2.6 Inhaltliche Kritik in Einzelstimmen

BetriebsseelsorgerInnen: Es wird beklagt, dass das Thema „Umverteilung“ ausgeklammert bleibe. Allerdings werden auch einzelne Aspekte positiv gewürdigt: Zum Thema wirtschaftliches

Wachstum werden durchaus einige grundsätzlich richtige Aussagen gemacht, wie die Notwendigkeit der „Dienstfunktion des Geldes“ oder die „nicht zu akzeptierende Gewinnmaximierung um jeden Preis“ (*Manfred Böhm*, Betriebsseelsorge Erzbistum Bamberg).

Diakonisches Werk Bayern: Die gesellschaftlichen Verwerfungen und Ungerechtigkeiten werden unbefriedigend aufgenommen und rezipiert. An vielen Stellen hätte es einer Konkretisierung bedurft. Konkret sei es bezüglich der in These 6 erwähnten Altersarmut nicht nachvollziehbar, dass es im Text heißt, diese würde „heute nur ein begrenztes Problem“ darstellen. Die Befürwortung der Rente mit 67 wird infrage gestellt. Im Themenfeld der Konsolidierung der Staatsfinanzen fehlt nach Meinung des diakonischen Werkes ein Hinweis zur Forderung nach einer gerechten Steuerpolitik. Auch die Flüchtlingsproblematik fehlt. Konkrete Probleme werden beim Lob der Sozialen Marktwirtschaft übersehen: so die Lebensbedingungen behinderter Menschen, Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt, private Überschuldung, Spaltung von Armut und Reichtum in der Gesellschaft. Ein letzter Kritikpunkt der Stellungnahme ist die Tatsache, dass die Sozialverbände nicht erwähnt werden.

Einzelne Pressestimmen:

- In der *Eisenacher Presse* wird moniert, das Papier komme Jahre zu spät.
- In der *FAZ* wird dem Papier eine Furcht vor der Zukunft attestiert, wie dies allerdings auch in der Großen Koalition wahrzunehmen sei.

Als Meinungsbild für den Kongress vom 18. Juni 2014 sei auf das *Kolpingmagazin* (Ausgabe August 2014) verwiesen. Dort wurden Kommentare einzelner Referenten wiedergegeben:

Hans Peter Wollseifer (Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks) lobt die Würdigung der Sozialen Marktwirtschaft, während er den Vorschlag der Einrichtung des öffentlich geförderten Arbeitssektors kritisiert. Die Herausforderung der Finanzierung der Sozialversicherungen angesichts der demographischen Entwicklung bleibt nach seiner Einschätzung unterbelichtet.

Thomas Dörflinger MdB (CDU und Bundesvorsitzender Kolpingwerk Deutschland) lobt die Aussagen der Sozialinitiative, in denen Arbeit als Wert an sich angesehen wird und stimmt auch denjenigen zu, in denen die Regulierung der Finanzmärkte angemahnt wird. Er bedauert, dass das Themenfeld Familie fast ausgeklammert wird.

Karl Schiewerling MdB (Arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion): Der Text formuliere zu viele Appelle an den Staat, es würden zu wenig andere Akteure angesprochen. Es fehlt ein Appell an alle Bürgerinnen und Bürger zur Gemeinwohlverpflichtung. Das Thema Familie wird vermisst.

Ursula Nothelle-Wildfeuer (Professorin für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Freiburg im Breisgau) würdigt positiv, dass die Sozialinitiative betone, dass kein Mensch als nicht aktivierungsfähig abgeschrieben werden dürfe. Dennoch besitze der Mensch auch jenseits von Aktivierungsfähigkeit Würde. Der Text transportiere ein negatives Elternbild, was nicht gut sei.

2.2.2.7 Kritik am Entstehungsprozess des Textes

Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung gibt es viele Stimmen, die sich kritisch mit der Entstehung des Textes beschäftigen. So bemängelten manche Kommentatoren die unzureichen-

de Einbindung der Verbände (u. a. *Bernhard Emunds* und *Peter Hanack* in der *Frankfurter Rundschau* vom 1. März 2014). Diese Kritik erheben auch die Verbände selbst (vgl. Auswertung der Homepage). In diesem Kontext muss auch die Kritik von *Thomas Sternberg* MdL (Direktor des Franz Hitze Hauses in Münster) gesehen werden, der beklagt, dass das *ZdK* nicht in die Vorbereitung eingebunden war (auf *katholisch.de*).

Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der SozialethikerInnen und Sozialethiker halten die Zeit für differenzierte Stellungnahmen für zu kurz. Auch die bloße Dokumentation der Diskussion scheint hier nicht ausreichend, vielmehr wurde eine neue Veröffentlichung als hilfreicher angesehen. Neben der Arbeitsgemeinschaft gab es viele weitere Diskussionsbeiträge, die argumentierten, dass die Diskussions- und Handlungsprozesse nach der ersten Veröffentlichung weitergehen müssen (*KAB-Bundespräsident Johannes Stein* und viele Kommentare in Zeitungen, u. a. *Bingener* in der *FAZ*, *Tibor Pészain* in *HNA-online* vom 28. Februar 2014, *Martin Tröster* in *morgenweb.de* vom 28. Februar 2014).

Häufiger wird in Zeitungskomentaren die Frage aufgeworfen: „Wer spricht, wenn ‚die Kirchen‘ sprechen?“ (etwa *Lausitzer Rundschau*). Damit ist der Zweifel verbunden, dass die Repräsentanten der Kirchen mit der Sozialinitiative die Meinung nur der Mehrheit der Kirchenmitglieder wiedergeben.

2.2.3 Besondere Formen der Reaktion

2.2.3.1 *Kolumnen in der Tagespost – Auseinandersetzung mit einzelnen Thesen*

(November 2014 bis Januar 2015)

Matthias Belafi (DBK) führt in seiner einleitenden Kolumne aus, dass es viel Kritik gebe und der Text nicht, wie beim Gemeinsamen Wort von 1997 oft zu hören war, „totgelobt“ werde. Er betont, dass der Text eine Diskussionsgrundlage bilde und nicht das Ergebnis der Diskussion darstelle: „Zentrales Thema des Impulstextes ist die Frage, wie Freiheit und Verantwortung miteinander verbunden werden können.“

Erste These: *Traugott Jähnichen* (Ruhr-Universität Bochum) betont, dass die Wirtschaft „in den Dienst des Menschen gestellt werden“ müsse. Besonders hebt er die dienende Funktion der Finanzmärkte hervor. In Weiterführung der Debatte in der Sozialinitiative regt er an, zwei weitere Kennzahlen zu erheben, um ökonomisches Wachstum lebensdienlich zu machen: den „ökologischen Fußabdruck“ eines Landes und eine Grenze für ein „Höchstmaß an Ungleichheit“. Er will den Parameter des Wachstums nicht abschaffen, sondern durch den Vergleich mit Ressourcenverbrauch und der Entwicklung sozialer Ungleichheit relativieren. Er betont, dass es ordnungspolitischer Weichenstellungen bedürfe, um das Wirtschaftssystem zukunftsfähig zu halten. Hier sollten aus seiner Sicht die „Kirchen mahnend am Ball bleiben“.

Zweite These: *Michael Wohlgemuth* (Direktor der Denkmanufaktur Open Europe Berlin) beklagt, wie oben bereits angeführt, dass die Soziale Marktwirtschaft, auch durch die Popularität des Begriffs, zunehmend in den Konturen unschärfer wird. Zwei mögliche Interpretationen gibt es seines Erachtens: 1. Leistungs-

wettbewerb, Vertragsfreiheit, Haftung, privilegienfreie Ordnungspolitik u. a. werden entweder als notwendiges „Übel“ betrachtet, um soziale Leistungen zu finanzieren, oder als in sich selbst sozial angesehen. *Walter Eucken* vertrat eher die zweite Ansicht, die Sozialinitiative vertritt nach *Wohlgemuths* Vermutung eher erstere. Dazu bemerkt er, dass der Sozialstaat ohne Wachstum nicht zu finanzieren sei. Allerdings stimmt er der Sozialinitiative zu, wenn sie betont, dass die Haftung auf den Finanzmärkten durchgesetzt werden müsse; dass die Staatsfinanzen konsolidiert werden müssten; dass es einen offenen Zugang zu Bildung, Inklusion von Ausländern (und Zuwanderung), soziale Aufstiegsmobilität und stabiles Geld für private Altersvorsorge geben müsse, um die Soziale Marktwirtschaft zu sichern.

Dritte These: *Joachim Wiemeyer* (Ruhr-Universität Bochum) merkt zum Thema der notwendigen Regulierung der Finanzmärkte an, dass keine Konsequenzen aus der Krise gezogen wurden. Er beklagt die Arroganz der Banker und bedauert, dass allein die Ordnungspolitik Euckens in der Sozialinitiative betont werde, aber keine grundsätzliche Kritik an den Wirtschaftswissenschaften formuliert werde. Seiner Ansicht nach steht die grundlegende Erneuerung der Wirtschaftswissenschaften noch aus. Dazu sei auch in Zukunft kritische Begleitung besonders der Entwicklung der Finanzmärkte durch Kirche notwendig.

Vierte These: *Christian Hirte* MdB (CDU) formuliert leider nur einen Text zur „sinnvollen Politik der CDU zur Reduzierung der Staatsverschuldung“, stellt allerdings keinen wirklichen Bezug zur Sozialinitiative her.

Fünfte These: *Matthias Kiefer* (Leiter der Abteilung Umwelt des Erzbischöflichen Ordinariats München und Freising und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der deutschen (Erz-)Bistümer – AGU) lobt die Betonung der Nachhaltigkeit und besonders die notwendige Mahnung zur Verände-

rung von Lebens- und Wirtschaftsstilen (individual- und sozial-ethische Dimension). Für ihn ist Ressourcenschonung besonders auch von Christen gefordert. Hierbei kommt auch der Kirche als Institution aus seiner Sicht eine besondere Verantwortung zu, etwa bei Gebäudesanierungen.

Sechste These: *Klaus Stüwe* (Direktor des Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft) betont die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit dem demographischen Wandel. Hierzu fordert er familienfreundliche Bedingungen in der Gesellschaft (Stichwort: Vereinbarkeit von Familie und Beruf), um das Verhältnis von Kindern und Eltern wieder in eine bessere Relation zu bringen. Die Sozialinitiative wirkt hier fatalistisch und mutlos, wenn sie nur an einen entsprechenden Umbau des Rentenversicherungssystems denkt. Die Kirchen sollten auf die Bedeutung der Familie für die Gesellschaft verweisen.

Siebte These: *Clemens Bieber* (Vorsitzender des Caritasverbandes für die Diözese Würzburg und Vorsitzender des Bundesverbandes Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder – KTK) behandelt das Thema Inklusion und Partizipation. Dabei hebt er die Bedeutung der Familie und der dort erlernten Solidarität hervor und wirft der Sozialinitiative vor, zu wenig konkret zu sein. Eine Konkretisierung sei aber notwendig, um Anliegen der Sozialinitiative zu verdeutlichen. Dies könnte durch die Betonung der Bedeutung der Pädagogik zur Unterstützung der Familie geschehen. Er stimmt der These der Sozialinitiative zu, dass Inklusion auch Menschen mit Migrationshintergrund betreffe. Er betont, die Kirchen sollten die eigene gelungene Arbeit mehr darstellen.

Achte These: *Thomas Dörflinger* MdB (CDU und Bundesvorsitzender Kolpingwerk Deutschland) regt an, die Arbeit neu zu verstehen. Die Sozialinitiative sei aus seiner Sicht zu sehr auf Erwerbsarbeit fokussiert, aber auch Familien-, Pflege- und zi-

vilgesellschaftliche Arbeit seien für den Zusammenhalt des Gemeinwesens wichtig. Die Arbeitsmarktreformen sind aus seiner Sicht insgesamt, wie dies auch die Sozialinitiative tut, positiv zu bewerten, aber manche Instrumente (Niedriglohnsektor, Befristungen) könnten auch zu Sackgassen werden. Auf Dauer wird ein zweiter Arbeitsmarkt notwendig sein mit sinnstiftenden und gemeinwohlorientierten Tätigkeiten, der aber den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt weiterhin ermöglichen sollte, ohne diesen zu stören.

Neunte These: *Axel Bernd Kunze* (Erziehungswissenschaftler und Sozialethiker) thematisiert in seinem Beitrag die Bildung. Bildung sollte auch unverzweckt betrachtet werden und besonders zu Selbstbewusstsein erziehen. Er stimmt der Sozialinitiative zu, die die Familie als ersten Bildungsort begreift. Zugleich kritisiert er die Aussage, es werde zu viel in die Elite und zu wenig in die Breite investiert (angesichts stetig steigender Studierendenzahlen und mangelnder Ausstattung der Hochschulen). Auch die konstatierte mangelnde Durchlässigkeit sieht *Kunze* nicht. Er betont, es brauche zielgenaue Förderangebote und die Förderung herausragender Bildungsleistungen. Diese sollten nicht gegeneinander ausgespielt und aufgerechnet werden.

Zehnte These: *Katrin Hatzinger* (Oberkirchenrätin und Leiterin der Dienststelle Brüssel der Evangelischen Kirche in Deutschland) beschäftigt sich in ihrer Kolumne mit dem Thema Europa. Dabei übt sie Kritik daran, dass Europa explizit erst in der letzten These vorkommt: Eigentlich müsste es in allen Thesen eine Rolle spielen, „denn zur Gestaltung einer gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung ist Europa unabdingbar“. Aus ihrer Sicht drohe Europa eine soziale Spaltung. Die Kirchen weisen ihres Erachtens richtigerweise darauf hin, dass die Krise bzgl. des Zusammenhalts Europas nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische ist. Solidarität und Subsidiarität bzw. Solidarität und Verantwortung seien sicher wichtig, wie die Kirchen

festgestellt haben, die Realität sei jedoch komplexer. Die soziale Dimension der Union müsse ausgestaltet werden. Da bedürfe es Ideen, wie die Sozialpartner, die Kirchen und die Zivilgesellschaft zusammenarbeiten sollen. *Hatzinger* findet es gut, dass die Kirchen hier ihren Beitrag leisten wollen. Sie schließt sich der häufigen Kritik an, dass die Initiative gut sei, aber zu wenig konkret bleibe.

2.2.3.2 Artikel in theologischen Zeitschriften

Marianne Heimbach-Steins (*amos international* 2/2014, S. 40–47): Die Autorin vermerkt positiv, dass die Kirchen sich gemeinsam zu Wort melden. Auch dass die Soziale Marktwirtschaft gestärkt wird, befürwortet sie, allerdings hält sie einige Konkretionen, etwa zur Qualität von Beschäftigungsverhältnissen, für notwendig. Beim Thema der Energiewende müsste ihres Erachtens auf Probleme bei der Umsetzung hingewiesen werden. Sie kritisiert, dass die eigene Rolle der Kirche in der Gesellschaft nicht thematisiert wird. Dennoch anerkennt sie die Fülle wichtiger Themen, wenn auch der Status der Sozialinitiative und die Möglichkeiten der Diskussion (zunächst) unklar blieben. Sie kritisiert, dass der Text der Sozialinitiative zu wenige klare Positionen einnehme, auch gebe es eine wenig stringente ethische Argumentation und nur eine halbherzige Einladung zur Debatte.

Bernhard Emunds (*Stimmen der Zeit*, Mai 2014, S. 335–345) betont trotz des Titels seines Beitrags „Fehlstart“ zunächst drei Stärken des Papiers: 1. Konvergenz zwischen Ethik und Volkswirtschaftslehre. Ausgrenzung ist auch ökonomisch schlecht. Diese Einsicht reduziert das „Risiko, als blauäugige Sozialromantiker abgestempelt zu werden“ (S. 337). 2. Die Interessen Benachteiligter werden in den Diskurs eingebracht. 3. Der Text

geht auf Zeitumstände ein und kritisiert die Finanzwirtschaft und die dort vorfindliche Aushebelung des Haftungsprinzips.

Zugleich formuliert *Emunds* drei Schwächen des Papiers: 1. Es gebe keinen roten Faden bei der ethischen Argumentation, sondern nur eine blasse Einleitung, dann einen bunten Strauß von Begriffen, in dessen Mitte „Verantwortung“ und „Gerechtigkeit“ stehen. 2. Starke Betonung der Eigenverantwortung von Arbeitslosen, die Verantwortung der Arbeitgeber wird dagegen übergangen. 3. Konkretisierungen nur da, wo die Autoren auf die Zustimmung der Großen Koalition setzen können und nicht anecken. Eindeutiges Begrüßen der Arbeitsmarktreformen zu Beginn des Jahrtausends; viele andere Themen würden abgemildert: „gerechtere Steuerpolitik“ statt Steuererhöhungen. Er beklagt, dass es keine Herausstellung zentraler Handlungsfelder und Herausforderungen für die Zukunft gebe und kritisiert den Entstehungsprozess des Textes der Sozialinitiative.

Gerhard Kruip (*Herder Korrespondenz*, April 2014, S. 173–177): *Kruip* rekonstruiert die Entstehung des Textes (so deutlich nur hier). Zudem verdeutlicht er, dass der Text einen Impuls zur weiteren Diskussion darstelle, dabei viel Wichtiges thematisiere, das man nicht lapidar als richtig, aber nicht aufschreckend qualifizieren dürfe. Er beschreibt das Dilemma der Kirchen, deren ausgewogene und vernünftige Äußerungen bestenfalls als langweilig gälten. Er betont, dass die Aussagen nicht weniger relevant würden, weil sie auch andere gesellschaftliche Akteure träfen. Wichtig scheinen ihm die christliche Betonung des Doppelgebotes der Gottes- und Nächstenliebe und die Betonung der Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft. Der Text macht seiner Ansicht nach deutlich, dass dieses Modell „nicht dazu dienen [kann], Gerechtigkeitsdefizite ideologisch zu bemänteln“ (S. 175). *Kruip* bemerkt allerdings, dass das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft keineswegs so unumstritten ist, wie man zunächst annehmen könnte, weshalb diese Betonung durch

die Sozialinitiative positiv sei. Etwas kurz werde aus seiner Sicht die eigene Verantwortung der Kirchen thematisiert. Auch im Artikel wiederholt er seine Kritik, es gebe zu wenig Zeit zur Diskussion. Zudem sei das Ziel des Prozesses zumindest zu Beginn nicht klar gewesen. Er betont abschließend, dass es gut sei, dass beide Kirchen sich gemeinsam äußerten.

2.2.3.3 Reaktionen von Politikern

Sarah Wagenknecht MdB (Die Linke) findet das Papier gut und klar, fragt aber nach der Christlichkeit der C-Parteien und hofft auf Beistand der Kirchen, wobei sie sich aber mehr auf den Papst als auf die Sozialinitiative bezieht. Die Linksfraktion in Mecklenburg-Vorpommern begrüßt das Papier (Sprecher *Torsten Koplín*) und formuliert, dass es gut den Finger in die Wunden der Gesellschaft lege.

Kerstin Griese MdB (Religionspolitische Sprecherin der SPD) und der Arbeitskreis Christen in der SPD hätten sich deutlichere Worte gewünscht: „Mögliche Streitpunkte werden durch vage Sätze überdeckt, das Papier bleibe merkwürdig blass.“ *Andrea Nahles* MdB (SPD und Bundesministerin für Arbeit und Soziales) fordert: Die Kirchen sollen sich in die Politik einmischen. Kirchliche Kritik tut ihr nach eigener Aussage mehr weh als Kritik von BDI oder DGB. Allerdings hätte sie sich mehr Pointierungen und eine globalere Perspektive gewünscht. *Katja Mast* MdB (Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales) findet den Beitrag der Kirche erfreulich, kritisiert jedoch, dass die Jugend in der Sozialinitiative zu wenig thematisiert werde.

Karl Friedrich Laumann MdB (CDU) und *Andreas Krauß* loben die Initiative als Stärkung der CDA und würdigen positiv die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, die Betonung des

Forderns und die Erklärungen, was sozialpolitisch dringend sei („Bemerkenswert eindeutig“!). *Franz Josef Jung* MdB (CDU und Bundesminister der Verteidigung a. D.) beklagt das Fehlen der Themen Familie, Stellung der Frau in der Gesellschaft und Ehrenamt. Auch er schließt sich dem Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft an.

Kerstin Andreae MdB (Stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag von Bündnis 90/Die Grünen) betont, sie finde das Papier „gut, wenn auch unkonkret“. Sie sieht in dem Text eine „Aufforderung an die Bundesregierung, ihre zukunftsvergesessene Politik zu überdenken“. *Wolfgang Strengmann-Kuhn* MdB (Sprecher für Sozialpolitik Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen) beurteilt die Initiative grundsätzlich gut und findet, dass sie auch die richtigen Themen aufgreift: Gleichwohl hält er den Text für zu brav. Dennoch sieht er einen guten Anstoß der Debatte, die aber nicht zu früh abgeschlossen werden dürfe.

3. Gemeinsame Feststellung zur Ökumenischen Sozialinitiative

3.1 Im Dienst an einer gerechten Gesellschaft

Gemeinsame Feststellung zur Ökumenischen Sozialinitiative des Vorsitzenden des Rates der EKD, Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, und des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx vom 2. Oktober 2015

Am 28. Februar 2014 haben der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die Deutsche Bischofskonferenz mit dem Impulstext „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ eine Ökumenische Sozialinitiative angestoßen. Genau 17 Jahre nach der Veröffentlichung des Gemeinsamen Wortes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ meldeten sich die Kirchen wieder gemeinsam zu den grundlegenden sozialen Herausforderungen zu Wort. Die verschiedenen Krisensituationen der vergangenen Jahre waren Anlass, noch einmal eine breite Diskussion über die Wirtschafts- und Sozialordnung in Gang zu bringen. Ziel der Ökumenischen Sozialinitiative ist es, sich sowohl mit einer sozialetischen Positionierung der Kirchen in die gesellschaftlichen Debatten einzubringen als auch eine grundlegende Diskussion über die aktuellen Herausforderungen in unserem Land anzustoßen.

Seit der Vorstellung unserer zehn Thesen im Februar 2014 hat sich vieles getan. Die Diskussion um unsere Thesen hat einiges von dem, was wir zu sagen versucht haben, noch deutlicher profiliert. Manchen waren diese Thesen zu systemimmanent. Sie fordern von den Kirchen das Eintreten für einen Wechsel

des Wirtschaftssystems. Andere vermissten eine klarere Würdigung der Erfolge unserer Sozialen Marktwirtschaft.

Deswegen besteht Anlass, ein klärendes Wort zum Verhältnis von Fundamentalkritik und Reformorientierung zu sagen. Beides schließt sich nicht aus, aber beides braucht auch seinen Ort. Papst Franziskus hat wiederholt grundsätzliche Kritik an einem Kapitalismus geübt, der rücksichtslos über die Interessen der Schwachen und über die Würde der außermenschlichen Natur hinweggeht und beides den Kapitalinteressen unterordnet. Dieser Kritik, die auch aus den weltweiten ökumenischen Zusammenschlüssen der reformatorischen Kirchen kommt, stimmen wir ausdrücklich zu. Gleichzeitig ersetzt sie nicht die Frage, wie in einer hochkomplexen modernen Wirtschaft die richtigen Schritte aussehen müssen, damit der Schutz der Schwachen und die Bewahrung der außermenschlichen Natur den größtmöglichen Stellenwert bekommen. Das war der Sinn der zehn Thesen der Sozialinitiative. Wir setzen uns für eine öko-soziale Marktwirtschaft ein, weil sich gezeigt hat, dass es genau die kluge Verbindung von Marktmechanismen und gesetzlich festgelegten sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen ist, die diesen ethischen Zielen am ehesten zur Durchsetzung zu helfen vermag.

Aus kirchlicher Sicht sagen wir aber sehr deutlich: Niemand soll sich die Illusion machen, dass die notwendigen Veränderungen allein durch die Veränderung politischer Strukturen in Gang gesetzt werden können. Beides, Strukturen und Lebensstile, müssen sich verändern. Zu Recht hat die Botschaft der Ökumenischen Friedenskonvokation in Kingston/Jamaika 2011 im Hinblick auf die ökologischen Herausforderungen festgestellt: „Die Umweltkrise ist eine zutiefst ethische und spirituelle Krise der Menschheit. Wir erkennen an, dass die Menschen der Erde mit ihrem Verhalten Schaden zugefügt haben, und bekräftigen unser Bekenntnis zur Bewahrung der Schöpfung und zu dem Lebensstil, den uns dies abverlangt. (...) Gemeinsam mit der

globalen Zivilgesellschaft appellieren wir an Regierungen, all unsere wirtschaftlichen Aktivitäten radikal umzustrukturieren, mit dem Ziel, eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft auf den Weg zu bringen.“

Dieser Grundimpuls hat in der Enzyklika *Laudato si'* von Papst Franziskus eine eindrucksvolle Verstärkung erfahren, denn der Papst weist darauf hin, dass ökologische und soziale Fragen untrennbar miteinander verbunden sind: „Wir kommen jedoch heute nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde“ (LS 49).

Als Kirchen können wir keine bestimmten politischen Konzepte auf unsere Fahnen schreiben und ihnen damit einen Heiligenschein geben. Aber wir können einfordern, dass sich die im politischen Raum diskutierten Konzepte an bestimmten ethischen Maßstäben orientieren, die nun allerdings klar benennbar sind. In der Diskussion um unsere zehn Thesen haben sich vier Orientierungen als tragfähige ethische Maßstäbe erwiesen, die aus christlicher Sicht breiten Konsens verdienen.

Die erste Orientierung ist ein Gerechtigkeitsverständnis, das sich an der Verbesserung der Situation der schwächsten Glieder einer Gesellschaft orientiert. Die durch gute Vernunftgründe gestützte biblische Option für die Armen ist Grundlage für ein Gemeinwesen, das allen dient. Wir sehen daher mit Sorge eine Entwicklung, nach der in unserem Land der Reichtum wächst, ohne dass die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft davon profitieren. Diese Entwicklung widerspricht dem christlichen Gerechtigkeitsverständnis. Wir fordern daher wirksame Maßnahmen, die dieser Entwicklung entgegensteuern. Wir unterstützen alle politischen Ideen, die Armut in unserem Land und weltweit

überwinden helfen. Wir befürworten Programme, die – auch durch öffentliche Unterstützung dauerhaft arbeitsloser Menschen – Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen.

Die zweite Orientierung ist ein Freiheitsverständnis, das den Menschen als Gottes Ebenbild versteht und das deswegen persönliche Freiheit immer mit der Verantwortung für die anderen verbindet. Solidarität und Eigenverantwortung gehören zusammen. Die Betonung der Eigenverantwortung darf nicht zur Chiffre für Entsolidarisierung werden. Und umgekehrt darf das Einfordern von Solidarität nicht zur Abwehr der Forderung nach eigenen Anstrengungen missbraucht werden. Diese Grundbestimmung gilt für unseren Sozialstaat, in dem staatliche Verpflichtung und zivilgesellschaftliches Engagement zusammenspielen. Sie gilt aber auch für internationale soziale Verpflichtungen, etwa bei der Bewältigung der Griechenlandkrise, aber auch bei den globalen Entwicklungsanstrengungen.

Dass persönliche Freiheit und soziale Verantwortung zusammengehören, ist auch für unternehmerisches Handeln von zentraler Bedeutung. Unternehmen, die ihre ökonomische, soziale und ökologische Verantwortung ernst nehmen und damit das Gewinninteresse in den Kontext eines gesellschaftlichen Auftrags stellen, verdienen unsere besondere Unterstützung. Sie sind Ausdruck der in der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik vertretenen Betonung des Vorrangs der Arbeit vor dem Kapital und eines christlichen Verständnisses des Menschen und der Natur als Schöpfung Gottes.

Damit ist eine dritte Orientierung angesprochen: ein Naturverständnis, das auch die außermenschliche Natur als Schöpfung Gottes sieht und daher ihre Reduktion auf ein Ausbeutungsobjekt für den Menschen zurückweist und ihre „Mitgeschöpflichkeit“ ernst nimmt. Gegenwärtig werden in dieser Hinsicht wichtige Weichen für die Zukunft gestellt. Die Klimakonferenz von

Paris im Dezember dieses Jahres wird über das Ziel zu entscheiden haben, die Klimaerwärmung auf ein gerade noch vertretbares Maß von 2 Grad Celsius zu begrenzen. Um dieses Ziel erreichbar zu machen, müssen verbindliche Maßnahmen zum Klimaschutz beschlossen werden. Wir erwarten von unserer eigenen Regierung und den Regierungen Europas, dass sie durch die eigene Verpflichtung auf weitgehende CO₂-Einsparungsziele zum Motor für die notwendige weltweite Verringerung der CO₂-Emissionen werden. Die extremen Ungleichheiten im jährlichen Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ – in Deutschland etwa liegt er bei ca. 10 t, während er in Ruanda bei nur 0,05 t liegt – zeigen, dass die hochindustrialisierten Länder eine besondere Verantwortung für eine global gerechte und ökologische Entwicklung tragen.

Wir bekräftigen die Notwendigkeit, den Verbrauch natürlicher Ressourcen den planetarischen Grenzen anzupassen. Der zunehmende Raubbau an der Natur muss gestoppt werden. Zu Recht haben wir darauf hingewiesen, dass eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Marktwirtschaft stärker auf qualitative Wohlstandsteigerungen setzen muss. Wir brauchen ein neues Wachstumsverständnis, in gewisser Weise eine neue Fortschrittsidee. Das lässt sich nicht allein an wirtschaftlichen Indikatoren bemessen. Als Kirchen müssen wir die Aufgabenstellung für die Wirtschaftspolitik im Hinblick auf diese Frage noch einmal unterstreichen. Die prioritäre Aufgabenstellung ist nicht die Sicherung unseres gegenwärtigen Lebensstiles, insbesondere dann nicht, wenn er auf Kosten der folgenden Generationen geht. Die prioritäre Aufgabenstellung ist die Entwicklung einer Form des Wirtschaftens, die zukünftigen Generationen und Menschen, die heute in anderen Teilen der Welt leben, die gleichen Lebenschancen einräumt wie uns selbst.

Die vierte Orientierung schließlich ist ein Verständnis des Menschen als Ebenbild Gottes, nach dem Gott allen Menschen die

gleiche Würde zuerkennt und die Menschen diese Würde untereinander zu achten haben. Wie hoch relevant diese Grundorientierung ist, zeigt sich in den gegenwärtigen Herausforderungen im Umgang mit Flüchtlingen. Dieses Verständnis des Menschen ist der Grund dafür, dass wir als Kirchen so nachdrücklich für umfassende Seenotrettungsprogramme auf dem Mittelmeer eintreten. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, wissentlich in Kauf zu nehmen, dass Flüchtlinge, die sich aus Verzweiflung auf die risikoreiche Fahrt übers Meer einlassen, dort elendiglich ertrinken. Weil jeder Mensch zum Bilde Gottes geschaffen ist, muss auch jeder Mensch, der hier Asyl sucht, menschenwürdig behandelt werden. Stimmungsmache gegen Flüchtlinge oder gar Hass und Gewalt sind mit dem christlichen Glauben unvereinbar. Deswegen ist im öffentlichen Reden über Flüchtlinge jede Rhetorik zurückzuweisen, die solche Stimmungsmache begünstigt. Der richtige Weg des Umgangs mit der großen Zahl von Menschen, die hier Zuflucht suchen, ist eine große humanitäre Anstrengung von Staat und Zivilgesellschaft, bei der wir als Kirchen weiterhin eine tragende Rolle spielen wollen. Damit Menschen nicht quälend lange auf eine Entscheidung zu warten haben, müssen Asylanträge rasch bearbeitet werden, ohne dass eine gründliche Einzelfallprüfung unterlassen wird. Zusätzlich zur Aufnahme von Asylsuchenden brauchen wir ein Einwanderungsgesetz, das Menschen, die hier eine wirtschaftliche Zukunft suchen, klar geregelte Wege und Erwartungssicherheit dafür bietet. Denn unser Land braucht Zuwanderung. Wenn es uns gelingt, die hierher kommenden Menschen zu integrieren, nützt sie allen.

Entscheidend für den langfristigen Umgang mit den Flüchtlingsbewegungen ist die Bekämpfung der Fluchtursachen. Seit langer Zeit weisen wir als Kirchen auf die Dringlichkeit der Überwindung weltweiter Armut, sowie der Ursachen für Terror und Krieg hin. Nun werden die Konsequenzen weltweiter Not

durch die globalen Flüchtlingsbewegungen in unserem eigenen Land sichtbar. Die Menschen werden nur in ihren Ländern bleiben und dort für die gesellschaftliche Entwicklung zur Verfügung stehen, wenn sie für sich eine Zukunft sehen. Deswegen ist eine faire Handelspolitik, die armen Ländern wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht, Flüchtlingspolitik für die Zukunft. Deswegen ist eine Friedenspolitik, die die Entwicklung rechtsstaatlicher Strukturen unterstützt und militärischen Auseinandersetzungen – z. B. durch eine restriktive Handhabung von Rüstungsexporten und Austrocknen der Geldströme für Waffenhandel – die Mittel entzieht, Flüchtlingspolitik für die Zukunft. Deswegen ist auch eine Klimapolitik, die verhindert, dass Menschen in der Zukunft wegen Versteppung oder Überflutung ihre Heimat verlassen müssen, Flüchtlingspolitik für die Zukunft.

Unsere zehn Thesen haben wichtige Aufgaben beschrieben, vor denen wir in Deutschland und weltweit stehen. Einige dieser sozialen und ökologischen Herausforderungen sind uns seit der Veröffentlichung der Thesen – auch durch deren lebhaftige Diskussion – noch deutlicher vor Augen getreten. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen ist es wichtig, sich immer wieder von neuem klarzumachen, wie gesegnet wir in diesem Land sind. Wem viel geschenkt ist, der kann auch viel geben. Wir sind überzeugt davon, dass es unserem Land gut tut, wenn es die Würde aller Menschen ins Zentrum seines Handelns rückt und deswegen denen besondere Aufmerksamkeit gibt, deren Würde verletzt wird. Die gesellschaftliche Vision, die daraus erwächst und die wir nachdrücklich bekräftigen, fordert uns als Kirchen, die kirchlichen Gruppen und Verbände, aber auch die gesellschaftlichen Organisationen, Politik und Wirtschaft auf, uns immer wieder neu unserer gemeinsamen Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft zu vergewissern und unser Handeln an ihr auszurichten. Dazu verpflichtet uns auch der Glaube an den

Gott, der in Jesus Christus der Bruder aller Menschen geworden ist, besonders der Armen, der Unterdrückten und Schwachen.

Reinhard Kardinal Marx

Landesbischof

Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Vorsitzender der Deutschen
Bischöfskonferenz

Vorsitzender des Rates der
Evangelischen Kirche in
Deutschland

3.2 Statement des Vorsitzenden des Rates der EKD

Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm

beim Pressegespräch anlässlich der Veröffentlichung der Gemeinsamen Feststellung zum Abschluss der Ökumenischen Sozialinitiative am 2. Oktober 2015

„Gerechtigkeit“ bleibt gemeinsames Leitbild unserer Kirchen für unser Land und die Gesellschaften weltweit! Zu Recht findet dieses Leitbild auch gesamtgesellschaftlich größte Zustimmung.

Die Diskussion der veröffentlichten zehn Thesen zur „Gemeinsamen Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ – so der Titel der Veröffentlichung der Thesen – zeigte allerdings, dass es unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wie man die wirtschaftliche und gesellschaftliche Praxis diesem Leitbild näherbringen kann. Manche Einträge auf der Website forderten einen Wechsel des Wirtschaftssystems, andere wiederum vermissten eine klarere Würdigung der Erfolge unserer Sozialen Marktwirtschaft.

Vor dem Hintergrund dieser innerkirchlichen und öffentlichen Debattenlage stellt sich die Frage: Wie müssen die Schritte aussehen, damit der Schutz der Schwachen und die Bewahrung der außermenschlichen Natur den größtmöglichen Stellenwert bekommen?

Unsere gemeinsame Überzeugung ist, dass wir beides brauchen: Veränderungen unseres Lebensstiles und der vorherrschenden wirtschaftlichen Strukturen. Unser Lebensstil muss das soziale Miteinander fördern und er darf der Natur nicht schaden. Die wirtschaftlichen Strukturen müssen eine kluge Verbindung von

Marktmechanismen und gesetzlich festgelegten sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen widerspiegeln. Auf beiden Feldern, im Alltag des Einzelnen wie in den Strukturen der Volkswirtschaften, geht es darum, ökologische und soziale Fragen im Zusammenhang zu sehen.

Diese grundsätzlichen Überlegungen müssen konkret werden. Es liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen, Lebensstil-Fragen zu bedenken und nach Formen einer verantwortlichen Lebensgestaltung zu suchen. Fragen der ökonomischen Strukturveränderungen sind zunächst Sache der ökonomisch und politisch Verantwortlichen. Sache der Kirchen ist es, dazu aufzufordern, Fragen des Lebensstils wie der wirtschaftlichen Strukturen an ethischen Maßstäben zu orientieren – und dazu den öffentlichen Diskurs zu suchen.

Wir sind gemeinsam der Überzeugung, dass sich folgende vier Orientierungen als tragfähige ethische Maßstäbe erweisen, die breiten Konsens verdienen, über politische, kulturelle und religiöse Grenzen hinweg:

1. Die erste Orientierung ist ein Gerechtigkeitsverständnis, das sich an der Verbesserung der Situation der schwächsten Glieder einer Gesellschaft orientiert. Wir sehen mit Sorge, dass in unserem Land der Reichtum wächst, ohne dass die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft davon profitieren. Wer der vorrangigen Option für die Armen folgt, wird vorrangig dafür sorgen, dass dauerhaft arbeitslose Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht wird. Dadurch wird eine Gesellschaft reicher – reicher an Gerechtigkeit.
2. Eine zweite Orientierung ist ein Freiheitsverständnis, das persönliche Freiheit immer mit der Verantwortung für die anderen verbindet. Verantwortung und Solidarität schränken nach unserem Verständnis die Freiheit nicht ein, son-

dern sind Ausdruck von Freiheit. Persönliche Freiheit, unternehmerische Freiheit und politische Freiheit sind legitim – wenn sie den Menschen dienen und die Natur zu bewahren helfen.

3. Eine dritte Orientierung ist ein Naturverständnis, nach dem die Existenz der Natur und ihr Eigensinn geachtet werden. In diesem Sinne müssen die Teilnehmerstaaten der Klimakonferenz in Paris im Dezember verbindliche Maßnahmen zum Klimaschutz beschließen. Dass eine Veränderung unseres Lebensstils in den industrialisierten Ländern von Nöten ist, macht folgende Zahl deutlich: Der jährliche Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ liegt in Deutschland bei ca. 10 t, in Ruanda bei nur 0,05 t. In struktureller Hinsicht muss sich ein Wachstumsverständnis etablieren, das auf Naturerhalt und qualitativen Wohlstandsgewinn für alle Menschen, insbesondere für die ärmsten Menschen, zielt.
4. Eine vierte Orientierung ist ein Verständnis des Menschen, nach dem Gott allen Menschen die gleiche Würde zuerkennt und die Menschen diese Würde untereinander achten. In Zeiten, in denen tausende Flüchtlinge in unser Land kommen, zeigt sich, was das konkret heißt: Jeder Mensch, der hier Asyl sucht, muss menschenwürdig behandelt werden. Staat, Zivilgesellschaft und Kirche können durch Rechtssicherheit, Unterstützung und Beistand den Geflüchteten gegenüber Achtung zeigen und Würde konkret erleben lassen. Neben dieser sehr konkreten Hilfe muss verstärkt die Aufmerksamkeit auf die Bekämpfung der Fluchtursachen gelenkt werden: Eine faire Handelspolitik, eine aktive Friedenspolitik und eine vorausschauende Klimapolitik sind wirkungsvolle und notwendige Beiträge einer nachhaltigen Flüchtlingspolitik.

Diese vier ethischen Orientierungen ergeben sich einerseits aus sorgfältiger Analyse der sozialen Realität und andererseits aus Glaubenseinsichten über Menschen, soziales Miteinander und die außermenschliche Natur. Zugleich erscheinen sie auch für Menschen anderer Religionen und vor Kriterien der Vernunft plausibel und vor allem lebensdienlich. Diese vier ethischen Orientierungen schaffen eine Basis für ein gemeinsames Handeln von Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Kirchen. Als evangelische und katholische Kirche sind wir bereit, gemeinsam mit den anderen gesellschaftlichen Akteuren für eine gerechte Gesellschaft einzutreten – die zentralen Herausforderungen sind in diesen Tagen und Wochen offensichtlich.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen ist es wichtig, sich immer wieder von neuem klar zu machen, wie gesegnet wir in diesem Land sind. Wem viel geschenkt ist, der kann auch viel geben. Wir sind überzeugt davon, dass es unserem Land gut tut, wenn es die Würde aller Menschen ins Zentrum seines Handelns rückt und deswegen denen besondere Aufmerksamkeit gibt, deren Würde verletzt wird. Die gesellschaftliche Vision, die daraus erwächst und die wir nachdrücklich bekräftigen, hat der Prophet Jesaja vor zweieinhalb Jahrtausenden so beschrieben:

„Brich dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus! (...) Dann wird dein Licht hervorbrechen wie die Morgenröte, und deine Heilung wird schnell voranschreiten, und deine Gerechtigkeit wird vor dir hergehen, und die Herrlichkeit des Herrn wird deinen Zug beschließen ...“ (*Jes* 58,7 ff.).

3.3 Statement des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz

Reinhard Kardinal Marx

zum Pressegespräch anlässlich der Veröffentlichung der Gemeinsamen Feststellung zum Abschluss der Ökumenischen Sozialinitiative am 2. Oktober 2015

Als unsere beiden Vorgänger, Erzbischof Zollitsch und Präses Schneider, am 28. Februar 2014 unter dem Titel „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ die Ökumenische Sozialinitiative der Öffentlichkeit vorgestellt haben, ist dies auf eine große öffentliche Resonanz gestoßen. Dies ist ein deutliches Zeichen, dass es in der Öffentlichkeit nach wie vor ein hohes Interesse an der sozialetischen Positionierung der Kirchen gibt.

Mit der Einladung zur anschließenden Diskussion über die Ökumenische Sozialinitiative haben die Kirchen ein neues Verfahren gewählt, das oft mit dem Konsultationsprozess des Gemeinsamen Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von 1997 verglichen worden ist. Es ging uns aber gerade darum, diese Konsultation nicht einfach zu wiederholen. Das hat in den Kirchen vielfach zu Enttäuschung und Kritik geführt. Stattdessen haben wir uns entschieden, die sozialetischen Thesen zur gesellschaftlichen und sozialen Situation in unserem Land in anderer Weise zur Diskussion zu stellen. Dazu haben wir an die Veröffentlichung unseres Textes eine Diskussionsphase angeschlossen, in der verschiedene gesellschaftliche Kräfte und kirchliche Verbände ihre Positionen in eine Debatte über die gerechte Gestaltung unserer Gesellschaft einbringen konnten. Zudem haben wir im Sommer 2014 einen großen Kongress in Berlin abgehalten, bei dem wir unsere Thesen mit Vertretern

aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft debattiert haben. Zahlreiche kürzere Kommentare, längere Gastbeiträge, prominente Testimonials und andere Rückmeldungen sind über die eigens eingerichtete Homepage www.sozialinitiative-kirchen.de sowie direkt bei uns eingegangen. Es war ein wichtiger Schritt, eine solche Kommentierungsfunktion unseres Textes im Internet zu ermöglichen. Hinter dieses Verfahren der öffentlichen und vor allem auch kirchenöffentlichen Diskussion ihrer Sozialverkündigung kommen die Kirchen nicht zurück. Dies ist ein Erfolg dieses Prozesses.

Dass die Diskussion über die Ökumenische Sozialinitiative nicht die gleiche Aufmerksamkeit gefunden hat wie der Konsultationsprozess 1997 hängt aber vor allem mit den politischen und gesellschaftlichen Umständen zusammen. Während wir in den späten 1990er Jahren einem politischen Reformstau gegenüberstanden, der auch in eine Situation parteipolitischer Polarisierung geführt hat, befinden wir uns derzeit in einer wirtschaftlichen Hochphase, die politisch in einer großen Koalition aufgefangen wird und nicht zu besonders kontroversen Debatten führt. Die Koalition hat nach ihrem Amtsantritt in kurzer Zeit den Mindestlohn und das Rentenpaket verabschiedet; seitdem ruht die sozialpolitische Debatte in Deutschland. Unser Ziel war es jedoch, in dieser Zeit mit einer für unser Land positiven Entwicklung den Finger in die Wunde zu legen und auf bestehende Fehlentwicklungen hinzuweisen. Denn nach wie vor nutzen wir den konjunkturellen Trend zu wenig, um auf die von dieser positiven Entwicklung Ausgeschlossenen zuzugehen und sie in Arbeit und Gesellschaft zu integrieren. Deshalb hat sich die Sozialinitiative besonders der Perspektive der Langzeitarbeitslosen gewidmet. In diesem Sinne entsprach die Ökumenische Sozialinitiative ganz der Aufforderung von Papst Franziskus, an die Ränder der Gesellschaft zu gehen.

Darüber hinaus haben wir langfristige Fragen angesprochen, die noch nicht hinreichend in unserer Politik Berücksichtigung finden. Dies gilt zum einen für das Thema Generationengerechtigkeit und zum anderen für die Frage ökologischer Nachhaltigkeit in unserer Wirtschaftsordnung. Wir haben unterstrichen, dass die konfliktreiche Zielpluralität einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft darin besteht, ökologische Verantwortung mit dem Prinzip der marktwirtschaftlichen Freiheit und dem sozialen Ausgleich zu verbinden. Dass die ökologische Herausforderung und die sozialen Fragen ineinandergreifen und nicht getrennt voneinander gesehen werden können, hat Papst Franziskus auch in der Enzyklika *Laudato si'* deutlich gemacht. Deshalb muss die Gestaltung einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beide Ziele miteinander verbinden.

Von den langfristigen Herausforderungen unserer Sozialordnung ist auch der Text der Gemeinsamen Feststellung geprägt, den wir heute zum Abschluss der Ökumenischen Sozialinitiative vorlegen. Wir wollen neue Entwicklungen ansprechen, aber wir wollen auch eine Bilanz der Rückmeldungen ziehen und Fragen stellen, die im Rahmen der Sozialinitiative bislang noch nicht in ausreichendem Maße behandelt wurden. Das Signal, das von der Veröffentlichung der Gemeinsamen Feststellung heute ausgehen soll, ist: Die Kirchen bleiben dran an den gesellschaftlichen und sozialen Fragen. Wir sind dankbar für alle Beiträge, die uns erreicht haben – ganz gleich ob unterstützend oder kritisch. Sie alle haben uns ermutigt, unseren gesellschaftlichen Auftrag weiter wahrzunehmen und unsere Stimme weiter in die politischen Debatten über die Gestaltung einer gerechten Gesellschaft einzubringen. Die Herausforderungen sind groß. Die Kirchen wollen ihren Beitrag leisten und stellen sich mit ihrer Soziallehre auch in Zukunft in den Dienst des Gemeinwohls.

Impressum

Im Dienst an einer gerechten Gesellschaft

Dokumentation der Diskussionsphase und Gemeinsame
Feststellung zur Ökumenischen Sozialinitiative

Gemeinsame Texte Nr. 23

Herausgegeben von der Evangelischen Kirche in Deutschland,
Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover
Bestellung: versand@ekd.de

und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz,
Kaiserstraße 161, 53113 Bonn
Bestellung: dbk@azn.de

Layout: MediaCompany – Agentur für Kommunikation GmbH

Titelbild: © Tom - Fotolia.com

Druck: DCM, Druck Center Meckenheim GmbH
Gedruckt auf PEFC-zertifiziertem Papier





www.dbk.de | www.ekd.de
